

STANDHALTEN ZUSAMMENHALTEN GEGENHALTEN

Jahresbericht 2012
Perspektiven 2013

Annual Report 2012
Perspectives 2013



**FRIEDRICH
EBERT** 
STIFTUNG

Zahlen und Fakten Facts and Figures

617

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Bonner und Berliner Häusern, den Akademien, Landes- und Regionalbüros sowie im Ausland (2012)

employees in our main offices in Berlin and Bonn, at our political academies, regional and state offices in Germany, and offices throughout the world (2012)

3.000

Bildungsveranstaltungen, Diskussionsforen, Fachtagungen und Ausstellungen, mit über 220 000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern in Deutschland (2012)

educational seminars, discussion forums, expert conferences, and exhibitions, which attract over 220 000 participants in Germany (2012)

107

Auslandsbüros arbeiten an der Förderung von Demokratie und sozialer Gerechtigkeit (2012)

foreign offices work for the promotion of democracy and social justice (2012)

970.000

Bände in der größten Spezialbibliothek zum Themenbereich deutsche und internationale Arbeiterbewegung (2012)

volumes in the largest specialized library on the history of the German and International Labour Movement (2012)

46.000 ifm

Schriftgut im traditionsreichsten Archiv aller deutschen politischen Stiftungen zur Geschichte der Sozialdemokratie, der Gewerkschaften, ihrer Persönlichkeiten und anderer emanzipatorischer Bewegungen (2012)

of documents demonstrating the rich tradition and history of Social Democracy, the trade unions, and other emancipatory movements and their leading personalities (2012)

2.650

Studierende und Promovierende gefördert, davon etwa 280 aus dem Ausland (2012)

graduate, undergraduate, and PhD students supported with financial assistance and programs, of whom approximately 280 come from abroad (2012)



Zeitgenössische Karikatur: Auf der Weltkugel die Repräsentanten von Klerus, Kapital und Militär, Postkarte 1872

Diese Darstellung erinnert auf frappierende Weise an heutige Diskussionen der kapitalismuskritischen Bewegung, deren Vertreter sich selbst als die »99 %« der Gesellschaft bezeichnen, die dem 1 % eines neuen »Finanzfeudalismus« gegenüberstehen.

(Das Titelbild sowie die Abbildungen auf den Seiten 22 bis 48 sind Elemente der im Jahr 2012 vom Archiv der sozialen Demokratie erarbeiteten Ausstellung »150 Jahre deutsche Sozialdemokratie. Für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität«, die im Jubiläumsjahr 2013 an 24 Orten in Deutschland gezeigt wird.)

Inhalt / Content



FES

- 04 Der Sozialen Demokratie verpflichtet
Committed to Social Democracy

Vorwort

- 06 Vorwort zum Jahresbericht 2012
Preface to Annual Report 2012
- 13 2012 in Bildern
2012 in Pictures
- 16 Trauer um Peter Struck
In Memoriam: Peter Struck

Strategische Ziele

- 22 Die Wirtschafts- und Sozialordnung gerecht gestalten
- 28 Politische Teilhabe und gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken
- 36 Die Erneuerung der Sozialen Demokratie fördern

- 40 Den Dialog zwischen Gewerkschaften und Politik vertiefen
- 44 Die Globalisierung sozial gestalten

Pressespiegel

- 49 Die Friedrich-Ebert-Stiftung im Spiegel der Presse

Schwerpunktt Themen

- 66 Ideen für Europas Zukunft
- 68 Wie wollen wir leben? Für einen neuen Fortschrittsbegriff
- 70 Preise der Friedrich-Ebert-Stiftung

Arbeitsbereiche

- 73 Politische Bildung und Beratung
- 80 Die Internationale Arbeit der FES

- 83 Wissenschaftliche Arbeit
- 86 Unselbständige Stiftungen und Sondervermögen

Anhang

- 88 Organisationsplan der Friedrich-Ebert-Stiftung
- 90 Jahresabschluss zum 31.12.2011
- 96 Zum Selbstverständnis der Politischen Stiftungen
- 97 Mitglieder des Vorstandes
- 98 Mitglieder des Vereins
- 100 Mitglieder des Kuratoriums
- 101 Mitglieder des Auswahl-ausschusses
- 102 Vertrauensdozentinnen und Vertrauensdozenten
- 110 Anschriften
- 112 Impressum

Der Sozialen Demokratie verpflichtet

Wer wir sind

1925 als politisches Vermächtnis Friedrich Eberts gegründet, ist die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) heute die traditionsreichste politische Stiftung in Deutschland.

Vor dem Hintergrund des Scheiterns der Weimarer Republik und der Erkenntnis, dass nur eine gelebte Demokratie auch eine starke Demokratie ist, regte der Sozialdemokrat Friedrich Ebert die Gründung einer politischen Stiftung an. »Demokratie braucht Demokraten«, dieser Überzeugung Eberts fühlt sich die Friedrich-Ebert-Stiftung auch heute – 88 Jahre später – verpflichtet.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung versteht sich als Teil der sozialdemokratischen Wertefamilie und der Gewerkschaftsbewegung in Deutschland und der Welt. Soziale Demokratie erweitert und festigt politisches Handeln durch Gerechtigkeit, Solidarität und Freiheit. Soziale Demokratie ist im Alltag gelebte Demokratie für Alle, auch für die sozial Schwachen.

Diesen Ideen und Grundwerten fühlen wir uns zutiefst verbunden. Als gemeinnützige Institution agieren wir unabhängig und befördern den pluralistischen gesellschaftlichen Dialog zu den politischen Herausforderungen der Gegenwart.

Was wir tun

Die Friedrich-Ebert-Stiftung ist bundesweit mit 13 Landes- und Regionalbüros und einer Akademie sowie den Zentralen in Bonn und Berlin vertreten. Darüber hinaus werden zwei weitere Einrichtungen der politischen Bildung gefördert. Der Erfolg des internationalen Engagements beruht nicht zuletzt auf dem weltweiten Netz von 107 Auslandsbüros und Regionalprojekten.

Den Stiftungsauftrag der Förderung und Stärkung von Demokratie erfüllen wir mit unserer Politischen Bildung, der Politikberatung sowie der Internationalen Zusammenarbeit. Wir agieren an den Schnittstellen von politischer Praxis, Wissenschaft, Gewerkschaftsbewegung, Zivilgesellschaft und Wirtschaft.

Ein zentrales Anliegen der Friedrich-Ebert-Stiftung ist die Förderung begabter Studierender und Promovierender aus dem In- und Ausland. Durch die besondere Berücksichtigung junger Menschen mit Migrationshintergrund sowie aus bildungsfernen und finanzschwachen Familien, leisten wir einen wichtigen Beitrag zur Chancengerechtigkeit beim Zugang zu Bildung.

Das Archiv der sozialen Demokratie und die Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung bewahren das kollektive Gedächtnis und historische Fundament von Sozialdemokratie und Gewerkschaften und machen diese der Öffentlichkeit zugänglich.

Committed to Social Democracy

Who we are

Founded in 1925 as the political legacy of Friedrich Ebert, the Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) is today the oldest political foundation in Germany.

Faced with the impending collapse of the Weimar Republic and the recognition that only an active democracy is also a strong democracy, the Social Democrat Friedrich Ebert instigated the establishment of a political foundation. 88 years later, the Friedrich-Ebert-Stiftung is still committed to Ebert's conviction that »democracy needs democrats«.

The Friedrich-Ebert-Stiftung views itself as part of the social democratic family of values and the Labour Movement in Germany and the world. Social Democracy extends and consolidates political action through justice, solidarity and freedom. Social Democracy is everyday democracy experienced by everyone – including the socially disadvantaged.

We feel deeply bound to these ideals and basic values. As a non-profit institution, we act independently and encourage pluralistic dialogue on the prevailing challenges for the society.

What we do

The Friedrich-Ebert-Stiftung is represented throughout Germany with 13 regional offices, an academy and the head offices in Bonn and Berlin. In addition two more institutions of political education are supported. The success of our international engagement is due in no small part to our global network of 107 offices and regional projects.

We pursue the foundation's mission to promote and strengthen democracy by providing political education, political advice as well as international collaboration. We are active at the interfaces between political practice, science, the trade union movement, civil society and the economy.

A central aim of the Friedrich-Ebert-Stiftung is to foster gifted students and postgraduates from Germany and abroad. By particularly focusing on young people with a migration background as well as from poorly educated and economically deprived families, we make an important contribution to promoting equal opportunities in facilitating access to education.

The Friedrich-Ebert-Stiftung's Archive of Social Democracy and its library preserve the collective memory and historic foundations of Social Democracy and trade unions, and make these accessible to the public.

Vorwort zum Jahresbericht 2012



Kurt Beck

Vorstand der Friedrich-Ebert-Stiftung
Chairman of the Friedrich-Ebert-Stiftung

Dr. Roland Schmidt

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied
der Friedrich-Ebert-Stiftung
Secretary General of the Friedrich-Ebert-Stiftung

Die Krise in Europa und die Ungewissheit über die Zukunft des gemeinsamen Währungsraums haben die Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung auch im Jahr 2012 geprägt.

Die komplexen Probleme auf den Finanzmärkten, in der Wirtschaft und deren Auswirkungen auf den sozialen Zusammenhalt haben die Bevölkerung in vielen Ländern verunsichert. Mit engagierten Bürgerinnen und Bürgern, Vertreterinnen und Vertretern der Politik, Gewerkschaften, Wissenschaft, Wirtschaft und der Zivilgesellschaft wurden Konzepte zur Überwindung der Krise, zur Neuausrichtung der Europäischen Union (EU) und zur Rolle Europas in einer globalisierten Welt erörtert. Mit rund 40 Publikationen zu verschiedenen Einzelaspekten der Wirtschafts- und Finanzkrise und zahlreichen Fachtagungen stellte die FES qualitativ hochwertige Erzeugnisse zur Verfügung. Nicht umsonst hält die Stiftung in internationalen Rankings seit längerem eine Spitzenposition unter den führenden Think-Tanks.

Vorschläge zur Überwindung der Krise

Ein besonderes Zeichen der Solidarität haben wir mit der Einrichtung einer Vertretung in Athen gesetzt, um dort im Mai ein neues Projekt des politischen Dialogs zu beginnen. Dort, wie auch an nahezu allen Standorten unserer Vertretungen in der Eurozone, haben wir gemeinsam mit unserem Partnerumfeld hochkarätig besetzte politische und gewerkschaftliche Foren organisiert, die konkrete Instrumente zur Überwindung der Krise bewertet und neue Maßnahmen vorgeschlagen haben.

Das bisherige Wirtschafts- und Wachstumsmodell wird zunehmend infrage gestellt. Angesichts dieser Entwicklungen nimmt in der Bevölkerung der Eindruck zu, dass grundlegende Probleme von den politischen Institutionen nicht mehr überzeugend gelöst werden können. Weltweit wird nach einer grundsätzlich neuen Verständigung über gesellschaftlichen Zusammenhalt, Wohlstand und Wachstum gesucht. Im Mittelpunkt steht die Frage »Wie wollen wir leben?«. Mit ihren Dialog- und Aktionsplattformen im In- und Ausland schafft die FES Grundlagen, um Netzwerke von Vordenkern und Verantwortungsträgern zu knüpfen, die die notwendige Weiterentwicklung unseres Wohlstands- und Wachstumsmodells vorantreiben können.

Preface to Annual Report 2012

The crisis in Europe and the uncertainty over the future of the shared currency area continued to shape the work of the Friedrich-Ebert-Stiftung during 2012.

The complex problems in the financial markets and in the economy and their effects on social cohesion have been a cause for concern for people in many countries. With dedicated members of the public, representatives from politics, the trade union sector, academia, business and civil society, concepts for overcoming the crisis, for finding a new orientation for the EU and on the role of Europe in a globalised world were discussed. The FES made high-quality contributions with around 40 publications on different aspects of the economic and financial crisis and numerous symposia. It is no coincidence that the foundation has been ranked at an international level among the best of the leading think-tanks for many years.

Proposals to Overcome the Crisis

We sent out a particularly clear message of solidarity by opening a representative office in Athens, in order to begin a new political dialogue project there in May. There, as in almost all Eurozone sites where our representative offices are located, we have organised political and trade union fora with high-calibre participants in collaboration with our partners, which have assessed specific tools for overcoming the crisis and recommended new measures.

The economic and growth model that has been pursued to date is increasingly being questioned. In light of these developments, the impression is growing among the population that political institutions can no longer resolve seminal problems. There is a search worldwide for a fundamental new consensus regarding social cohesion, prosperity and growth. The core issue is: »How do we want to live?« With its platforms for dialogue and action in Germany and abroad, the FES provides the basic conditions needed in order to forge networks between original thinkers and those in positions of responsibility which can drive forward the further development needed for our prosperity and growth model.

It is above all the Progress Forum, which was co-founded by the FES, which dedicates itself to these challenges. In the past year, the forum continued to provide constructive support to the work of the Enquete Commission, »Growth, Prosperity and Quality of Life«, at the German Bundestag. The advice given by the Progress Forum resulted in the report »That's How We Want to Live!«, which contains specific recommendations for action in order to make social progress economically viable, socially just and environmentally sustainable.

Searching for Solutions toward a More Just Society

Justice is one important basic principle for social development and general prosperity. During an international justice week, the focus of attention turned to issues of justice as an appropriate balance of interests, opportunities and assets, in particular with regard to social justice worldwide. Starting from different perspectives, solutions for a more just social order, which is not primarily subject to the dictates of the markets and global competition, were sought.

The creation of a just and sustainable global economic order cannot function without the cooperation of strong trade unions. The Friedrich-Ebert-Stiftung has from the beginning collaborated closely with trade union movements worldwide in the fight

Diesen Herausforderungen widmete sich vor allem das von der FES mitgegründete Fortschrittsforum, das auch im vergangenen Jahr konstruktiv die Arbeit der Enquete-kommission »Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität« des Deutschen Bundestages begleitete. Die Beratungen des Fortschrittsforums mündeten im Bericht »So wollen wir leben!«, der konkrete Handlungsempfehlungen enthält, wie gesellschaftlicher Fortschritt ökonomisch tragfähig, sozial gerecht und ökologisch nachhaltig gestaltet werden kann.

Lösungen für eine gerechtere Gesellschaftsordnung gesucht

Gerechtigkeit ist eine wichtige Grundlage für die gesellschaftliche Entwicklung und allgemeinen Wohlstand. In einer internationalen »Gerechtigkeitswoche« wurden Fragen der Gerechtigkeit als angemessener Ausgleich von Interessen, Chancen und Gütern, insbesondere aber unter dem Aspekt der sozialen Gerechtigkeit weltweit in den Blick genommen. Aus verschiedenen Perspektiven wurde nach Lösungen für eine gerechtere Gesellschaftsordnung gesucht, die nicht vorrangig dem Diktat der Märkte und dem globalen Wettbewerb unterworfen sein darf.

Die Gestaltung einer gerechten und nachhaltigen Weltwirtschaftsordnung funktioniert nicht ohne die Mitwirkung starker Gewerkschaften. Die Friedrich-Ebert-Stiftung ist seit jeher enger Partner der Gewerkschaftsbewegungen weltweit im Kampf für bessere Arbeitsbedingungen, mehr Mitbestimmung, Mitsprache in internationalen Prozessen und die Durchsetzung von Kernarbeitsnormen. Auf dieser Grundlage gelang es im Rahmen unserer Projektarbeit auf allen Kontinenten, Fortschritte für die Gestaltung einer gerechten Arbeitsmarkt-, Lohn- und Sozialpolitik zu erzielen.

Die Mehrzahl der Menschen in Deutschland und Europa wünscht sich familienfreundliche Arbeitszeiten, gleiche Löhne für Frauen und Männer, sie befürchten eine Zunahme prekärer Beschäftigungsverhältnisse und steigende Jugendarbeitslosigkeit. Themen, denen wir uns mit der ganzen Bandbreite unserer Bildungs- und Beratungsangebote, Expertenrunden und Fachpublikationen gewidmet haben. So konnte etwa mit einer Studie der FES die These widerlegt werden, Mindestlöhne vernichteten Arbeitsplätze.

Soziale Sicherungssysteme zukunftsfähig gestalten

In zahlreichen Fachtagungen und Gesprächsreihen wurde nach Wegen gesucht, wie die sozialen Sicherungssysteme in Deutschland vor dem Hintergrund des demographischen Wandels und einer veränderten Arbeitswelt zukunftsfähig gestaltet werden können. Hier wurden innovative Konzepte zur Gesundheits- und Pflegepolitik entwickelt, die dem Wunsch nach Generationengerechtigkeit, Rentensicherheit und einem würdevollen Leben im Alter in den Mittelpunkt stellen.

for improved working conditions, greater employee participation, co-determination in international processes and the implementation of core employment standards. On this basis, within the framework of our projects on all continents, it became possible to make progress in creating a just employment market, wage and social policy.

The majority of people living in Germany and Europe want family-friendly working hours and equal wages for men and women, and fear an increase in precarious employment conditions and rising youth unemployment. We have focussed on these issues with our entire range of education and consultation offers, expert discussions and specialist publications. For example, a study conducted by the FES made it possible to refute the thesis that minimum wages destroy jobs.

Creating a Sustainable Social Safety Net

In numerous symposia and debate series, ways were sought to create sustainable social safety net systems in Germany against a background of demographic change and new employment conditions. Here, innovative concepts were developed for health and care policy, which focussed on the desire for equity among the generations, secure pensions and a dignified old age.

During 2011, the Friedrich-Ebert-Stiftung held a large Democracy Congress, which attracted a great deal of attention. The challenges and perspectives of democracy were discussed, while the risks to which it is exposed were also examined. As a continuation of this debate, a two-day Values Congress was held in 2012 to enliven the debate on values. A key requirement for a lively and well-functioning democracy is ultimately a clear understanding of values, with a particular focus on the ways in which the understanding of values within social democracy stands out from other movements.

These core issues were the subject of discussion in Berlin over a period of two days between Sigmar Gabriel, Julian Nida-Rümelin, Susan Neiman, Andrea Nahles, Otfried Höffe, Gesine Schwan, Frank-Walter Steinmeier, Manuela Schwesig, Wolfgang Thierse and Hans Joas, with over 500 guests from academia, politics, the trade union sector, civil society and journalism. The topic was already heatedly debated in advance via Facebook and on the www.werteundpolitik.de portal.

Against this background, one particular highlight of the work of the FES over the last year deserves a mention: the ceremonial opening of the exhibition »150 years of German Social Democracy: Freedom, Justice and Solidarity« on 12 September in the German Bundestag. The exhibition, which was designed for the 150th anniversary of the party on 23 May 2013, has since been touring through Germany. It will be on show in all federal states at 24 locations.

Im Jahr 2011 hatte die Friedrich-Ebert-Stiftung mit großer Resonanz einen großen Demokratiekongress durchgeführt, auf dem die Herausforderungen und Perspektiven der Demokratie diskutiert wurden, aber auch untersucht wurde, welchen Gefahren sie ausgesetzt ist. In Fortführung dieser Debatte fand 2012 ein zweitägiger Wertekongress zur Belebung der Wertedebatte statt. Wesentliche Voraussetzung für eine lebendige und funktionierende Demokratie ist schließlich ein klares Werteverständnis, wobei insbesondere die Frage herausgearbeitet wurde, worin sich das Werteverständnis der Sozialen Demokratie von anderen Strömungen abhebt. Über diese Leitfragen haben sich Sigmar Gabriel, Julian Nida-Rümelin, Susan Neiman, Andrea Nahles, Otfried Höffe, Gesine Schwan, Frank-Walter Steinmeier, Manuela Schwesig, Wolfgang Thierse und Hans Joas zwei Tage lang mit über 500 Gästen aus Wissenschaft, Politik, Gewerkschaften, Zivilgesellschaft und Publizistik in Berlin ausgetauscht. Schon im Vorlauf wurden via Facebook und auf dem Portal www.werteundpolitik.de lebhaft Debatten über das Thema geführt.

Vor diesem Hintergrund verdient ein besonderer Höhepunkt der Arbeit der FES des vergangenen Jahres Erwähnung: die feierliche Eröffnung der Ausstellung »150 Jahre deutsche Sozialdemokratie. Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität« am 12. September im deutschen Bundestag. Die Ausstellung, die in Hinblick auf das 150. Parteijubiläum am 23. Mai 2013 konzipiert wurde, tourt seitdem durch Deutschland. Sie wird in allen Bundesländern an insgesamt 24 Orten zu sehen sein.

Ermutung zum politischen Handeln

Um das Engagement von Bürgerinnen und Bürgern für Politik zu wecken, müssen sie davon überzeugt sein, dass auch ihre Beiträge zur Weiterentwicklung des Gemeinwohls und der Demokratie sich in konkreten Entscheidungen widerspiegeln. Ziel und Aufgabe unserer politischen Bildungsarbeit ist es, Menschen zu aktivem politischen Handeln zu ermutigen und zu befähigen; aber auch Orientierungswissen zu vermitteln, um eine Teilhabe am politischen Diskussionsprozess zu fördern.

Gerade um die junge Generation zu erreichen, haben wir kontinuierlich neue, interaktive Dialogformate im In- und Ausland geschaffen. Zur Frage: »Können digitale Beteiligungsmöglichkeiten der Demokratielethargie und Politikdistanz von jungen Menschen entgegenwirken?« beteiligten sich neben Jugendlichen vor Ort mehrere tausend User via Livestream-Chat und Twitter. Die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus bleibt ein wesentlicher Schwerpunkt unserer Arbeit. Für eine politische Stiftung, die sich der Sozialen Demokratie verpflichtet weiß, ist dies eine Selbstverständlichkeit. Mit speziellen Angeboten für Schüler und Lehrer, mit Workshops für Journalisten und mit Aufklärungskampagnen ist die FES auf diesem Feld permanent und quer durch die Republik aktiv. Große öffentliche Aufmerksamkeit erzielte die im November vorgestellte Studie »Die Mitte im Umbruch. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2012«, die seit 2006 im Zweijahresrhythmus herausgegeben wird.

Besonders stolz ist die Stiftung auf ihre Begabtenförderung. Die durchschnittliche Examensergebnisse der Stipendiatinnen und Stipendiaten liegen bei der Abschlussnote 1,3. Inzwischen stammen fast 50 Prozent der Geförderten aus sogenannten bildungsfernen Familien.

Encouragement to Act Politically

In order to awaken an interest in politics among the general public, people must be convinced that their contributions to the further development of the common good and to democracy will also result in concrete decisions. The aim and object of our political education work is to encourage and enable people to become politically active, as well as to provide them with an orientation in order to promote participation in the political debate.

In order to reach young people, we have continuously created new, interactive dialogue formats both in Germany and abroad. Several thousand users took part in the discussion »Can Digital Participation Opportunities Counteract Democracy Lethargy and Political Distance among Young People?« via livestream chat and Twitter, as well as young people on site.

A key focus of our work remains the fight against right-wing extremism. This is only natural for a political foundation that is committed to social democracy. In this area, the FES is constantly active throughout the Republic, with educational campaigns and special offers for pupils and teachers and journalists. In November the study, »Die Mitte im Umbruch. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2012« (The Centre in Upheaval. Right-wing Extremist Attitudes in Germany, 2012), which has been issued every two years since 2006, attracted a large amount of interest.

The foundation is particularly proud of its support for talented young people. The average final examination result among scholarship holders was 1.3. Meanwhile, almost 50% of all those who receive funding come from so-called »uneducated« families.

Great Interest in Consultancy and Assistance

A constantly high number of participants, as well as a high level of media attention, reflect the recognition of the expertise provided by the FES in many areas. The results of our project work, the findings of our publications and our consultation and support services generate great interest among our core target groups in politics and administration, business, trade unions, academia and the media.

Thus, the employees of the FES working abroad were sought-after interview partners when it came to assessing crisis situations. Around 10 million page views and 13 million document downloads were registered for our Internet presence. The success of the Friedrich-Ebert-Stiftung in social media is an important indicator of the fact that we are also reaching the important group of young, media-savvy people with our offers. Leading ranking platforms list the foundation as being the most successful political foundation on Twitter, Facebook and YouTube.

Here, we would like to thank the board of directors, the members, the board of trustees and the liaison officers of the foundation for the wide-ranging support they have given to the foundation's work. This word of thanks also goes to our partners in politics, the trade union sector, business, academia and civil society in Germany and throughout the world. I would also expressly like to thank the qualified and highly motivated staff at the foundation. They are our guarantee that the quality of our work will remain high in the future.

Großes Interesse an Beratung und Unterstützung

Gleichbleibend hohe Teilnehmerzahlen sowie eine hohe Medienresonanz spiegeln die Anerkennung der in der FES gebündelten Sachkompetenz auf vielen Gebieten wider. Die Ergebnisse unserer Projektarbeit, die Befunde unserer Publikationen sowie unsere Beratungs- und Unterstützungsangebote stoßen bei unseren Kernzielgruppen in Politik und Verwaltung, in Wirtschaft, Gewerkschaften und Wissenschaft sowie in den Medien auf großes Interesse.

So waren etwa die Auslandsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter der FES gefragte Interviewpartner bei der Einschätzung von Krisensituationen. Auf unsere Angebote im Internet wurden rund 10 Millionen Seitenzugriffe und rund 13 Millionen Dokumenten-Downloads registriert. Der Erfolg der Friedrich-Ebert-Stiftung in den sozialen Medien ist ein wichtiger Indikator dafür, dass wir auch die wichtige Gruppe der jungen, medienaffinen Menschen mit unseren Angeboten erreichen. Führende Ranking-Plattformen führen die Stiftung als erfolgreichste politische Stiftung bei Twitter, Facebook und YouTube.

Dem Vorstand, den Mitgliedern, dem Kuratorium und den Vertrauensdozentinnen und -dozenten der Stiftung sei an dieser Stelle für die vielfältige Unterstützung der Stiftungsarbeit gedankt. In diesen Dank sind unsere Partnerinnen und Partner aus Politik, Gewerkschaften, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft in Deutschland und in aller Welt einbezogen. Ausdrücklich danken möchte der Vorstand den qualifizierten und hoch motivierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stiftung. Sie sind die Gewähr dafür, dass die Qualität der Arbeit auch künftig auf hohem Niveau bleibt.



[01](#) Skeptiker und Verfechterin der Wertedebatte: Frank-Walter Steinmeier und Manuela Schwesig diskutierten kontrovers.

[02](#) Gast im Forum Sozialer Demokratie: NRW-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft

[03](#) Zeigte die Ausdehnung von Vorurteilsstrukturen auf: der Bundestagsabgeordnete Sebastian Edathy.

[04](#) Über die Erwartungen und Chancen seines Landes nach dem EU-Beitritt, referierte der kroatische Ministerpräsident Zoran Milanovic bei der FES in Berlin.

[05](#) Zwischen Gastgeber und Gesprächspartner: Irlands Außen- und Handelsminister Eamon Gilmore mit Dr. Roland Schmidt und Peer Steinbrück.

[06](#) Deutliche Worte gegen den totalitären Staat: Sigmar Gabriel beim 23. Bautzen-Forum

[07](#) Unterschiedliche Lagebeurteilung der Energiewende: Prof. Fritz Vahrenholt und Thorsten Schäfer-Gümbel

2012 in Bildern 2012 in Pictures



01 02



03 04



06



05



07





08 Offizielle Eröffnung in Athen: Der Geschäftsführer der FES, Dr. Roland Schmidt wies auf die lange Tradition der Zusammenarbeit mit griechischen Partnern hin.

09 Über die Folgen der finanz- und wirtschaftspolitischen Entwicklungen sprach der parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion, Thomas Oppermann bei einer Podiumsdiskussion der FES in Warschau.

10 Bekräftigten die langjährige Zusammenarbeit zwischen WTO und FES: Der Generalsekretär der Welt Handelsorganisation, Pascal Lamy und Dr. Roland Schmidt

11 Der Präsident des deutschen PEN-Zentrums, Johano Strasser, übergab eine Europaerklärung an den Präsidenten des Europaparlaments, Martin Schulz

12 Zu den Gästen eines Kongresses der amerikanischen Gewerkschaftsorganisation gehörte auch Michael Sommer.

13 Der ehemalige polnische Ministerpräsident Leszek Miller und der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel bei einem FES-Seminar über »Sozialdemokratische Antworten auf die Finanzkrise in Europa« im polnischen Parlament.

14 Betonte tiefe Verbundenheit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung: Der ehemalige Präsident Brasiliens, Luiz Inacio Lula da Silva zu Beginn einer Diskussionsrunde mit dem SPD-Fraktionsvorsitzenden Frank-Walter Steinmeier.

15 Grundsatzvortrag bei der zwölften Sommeruniversität der FES: Brandenburgs Ministerpräsident Matthias Platzeck

16 Unzeitgemäßes zur Freiheit Europas – Egon Bahr, der 2012 seinen 90. Geburtstag feierte, reflektierte bei der FES über den schleichenden Legitimitätsverlust von Europas Institutionen. Zu den Gästen gehörte auch Valen-

tin Falin, der 1970 beim Aushandeln des Moskauer Vertrages maßgeblich mitgewirkt hatte.

17 Menschenrechtspreis: Safdar Dawar, Vorsitzender der pakistanischen Tribal Union of Journalists nahm stellvertretend für seinen Journalistenverband den Preis entgegen.

18 Spaß muss sein: Das Berliner Grips-Theater leistet einen musikalischen Beitrag zur Kinderrechtskonferenz.

19 Palästinensische Gäste der FES trafen auch mit der SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles zusammen.

20 Offener Meinungsaustausch hinter verschlossenen Türen: Teilnehmer an einer Konferenz der FES in New York waren u.a. der nordkoreanische Chefunterhändler Ri Yong Ho und Amerikas Ex-Außenminister Henry Kissinger.

21 US-Botschafter Philip D. Murphy gratuliert Teilnehmer/innen des Election School Project

22 Beschrieb die Herausforderungen der griechischen Wirtschaft: Die damalige Ministerin für Entwicklung, Schifffahrt und Wettbewerbsfähigkeit, Anna Diamantopoulou.

Trauer um Peter Struck



24.1.1943 – 19.12. 2012

Das Jahresende 2012 war überschattet vom Tod unseres Vorsitzenden Peter Struck, der am 19. Dezember plötzlich und unerwartet aus dem Leben gerissen worden ist. Erst zwei Tage zuvor war er als Vorsitzender der Friedrich-Ebert-Stiftung von der Mitgliederversammlung in seinem Amt bestätigt worden. Die Mitglieder der Stiftung, ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie die Freunde und Partner der FES haben diese Nachricht mit großer Bestürzung und Trauer aufgenommen.

„Politik ist eine Droge. Jeder, der das bestreitet, lügt.« Mit diesem Zitat Peter Strucks eröffnete Kurt Beck am 24. Januar 2013 die Gedenkveranstaltung für den ehemaligen Stiftungsvorsitzenden. Diese Leidenschaft für Politik trug Peter Struck, der langjährige Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion und ehemalige Bundesminister der Verteidigung, auch in seine Funktion als Vorsitzender der Friedrich-Ebert-Stiftung, die er seit Dezember 2010 innehatte.

Ihn trieb die Sorge um den gesellschaftlichen Zusammenhalt, die zunehmende Demokratiedistanz und Wahlenthaltung um. Auf diese Themen richtete er die gesellschaftspolitische Arbeit der Stiftung verstärkt aus. Der große Demokratiekongress 2011 und der Wertekongress 2012 waren Ausdruck davon. Überhaupt nicht abfinden konnte er sich mit dem zunehmenden Rechtsextremismus. Er nahm starken Anteil an den zahlreichen Aktivitäten der Stiftung zur Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus.

In Memoriam: Peter Struck

The end of 2012 was overshadowed by the death of our Chairman, Peter Struck, who died suddenly and unexpectedly on 19 December. Only two days previously, he had been confirmed in his office as Chairman of the Friedrich-Ebert-Stiftung at the general members' meeting. The members of the foundation, the staff and friends and partners of the FES were shocked and saddened by the news.

»Politics is a drug. Anyone who disagrees is lying.« On 24 January 2013, Kurt Beck opened the memorial service for the former foundation Chairman with this quote from Peter Struck. Peter Struck, who for many years led the SPD faction in the Bundestag and who was formerly Federal Minister of Defence, also brought the passion he felt for politics to his role as Chairman of the Friedrich-Ebert-Stiftung, a function he had held since December 2010. He was concerned about social cohesion, the increasing distance from democracy and voter apathy. He placed particular emphasis on these issues in the socio-political work of the foundation. This was reflected in the large Democracy Congress of 2011 and the Values Vongress of 2012.

He was unequivocal in his condemnation of the rise in right-wing extremism. He was heavily involved in the numerous activities organised by the foundation to combat right-wing extremism.

Peter Struck placed great value on support for young talent. It was of importance to him that the Friedrich-Ebert-Stiftung consistently provide scholarships to those from uneducated backgrounds. He was impressed by the fact that the scholarship holders completed their studies in all areas with excellent results.

He was proud of the ranking of the foundation among the top international think-tanks for many years.

He was actively involved in the exhibition designed by the foundation to mark the 150th anniversary of the founding of the party. He was very moved by the ceremonial opening in the Bundestag on 12 September. He did not live to see the presentation of this exhibition in the Paulskirche church in Frankfurt, an event to which he had greatly looked forward.

He also valued highly the international work of the FES. His first trip was to Israel, where he visited state president Shimon Peres together with Anke Fuchs. Naturally, as former Minister of Defence, he took a particular interest in Afghanistan. He regularly requested updates on developments in this oppressed country. He was highly impressed by the events during the »Arab Spring«. With his support, the offices of the foundation in the Middle East succeeded in inviting to Germany some of the young Internet activists who at the peak of the democracy movement had triggered the »Arabellion« in their countries. He also presided over the opening of the FES office in Athens.

Großen Wert legte Peter Struck auf die Begabtenförderung. Wichtig war ihm, dass die Friedrich-Ebert-Stiftung konsequent Stipendiaten aus bildungsfernen Milieus fördert. Beeindruckt hat ihn, dass die Stipendiatinnen und Stipendiaten insgesamt über alle Studienrichtungen hinweg mit hervorragenden Ergebnissen abschließen.

Stolz machte ihn, dass die Stiftung seit längerem hervorragende Plazierungen in den internationalen Think-Tank-Rankings einnimmt.

Lebhaften Anteil nahm er an der Ausstellung, die die Stiftung aus Anlass des 150. Parteijubiläums konzipiert hat. Die feierliche Eröffnung im Bundestag am 12. September hat ihn stark berührt. Die Präsentation dieser Ausstellung in der Frankfurter Paulskirche, auf die er sich besonders gefreut hatte, blieb ihm versagt.

Auch die Auslandsarbeit der FES war ihm wichtig. Die erste Reise führte ihn nach Israel, wo er gemeinsam mit Anke Fuchs Staatspräsident Shimon Peres einen Besuch abstattete. Natürlich lag ihm, dem ehemaligen Verteidigungsminister, Afghanistan am Herzen. Über die Entwicklung in diesem geschundenen Land ließ er sich regelmäßig berichten. Besonders beeindruckt haben ihn die Ereignisse des »arabischen Frühlings«. Auf sein Betreiben hin gelang es den Nahost-Büros der Stiftung, einige der jungen Internetaktivisten, die in ihren Ländern an der Spitze der Demokratiebewegung die »Arabellion« ausgelöst hatten, nach Deutschland einzuladen. Die Eröffnung des FES-Büros in Athen fiel in seine Zeit.

Was für eine große und großartige Persönlichkeit Peter Struck gewesen ist, konnten wir in allen der zahlreichen Kommentare und Nachrufe lesen. Viele Bürgerinnen und Bürger haben sich spontan in die Kondolenzbücher eingetragen, die in den Häusern der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn und Berlin auslagen. Fast 1.200 Menschen haben Beiträge im Online-Kondolenzbuch hinterlassen.

Wir werden die Arbeit in seinem Geiste fortführen.

Auf Bitte des Vorstands hat sich Ministerpräsident a.D. Kurt Beck bereit erklärt, die Leitung der Friedrich-Ebert-Stiftung kommissarisch zu übernehmen.

It was clear from the large number of comments and obituaries just how great and brilliant a personality Peter Struck was. Many members of public spontaneously signed the books of condolence, which were placed in the Friedrich-Ebert-Stiftung offices in Bonn and Berlin. Almost 1,200 people wrote contributions in the online book of condolence.

We will continue our work in his spirit.

At the request of the board of directors, former Minister President Kurt Beck has agreed to head the Friedrich-Ebert-Stiftung on a provisional basis.



Strategische Ziele



22 Die Wirtschafts- und Sozialordnung gerecht gestalten



28 Politische Teilhabe und gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken



36 Die Erneuerung der Sozialen Demokratie fördern

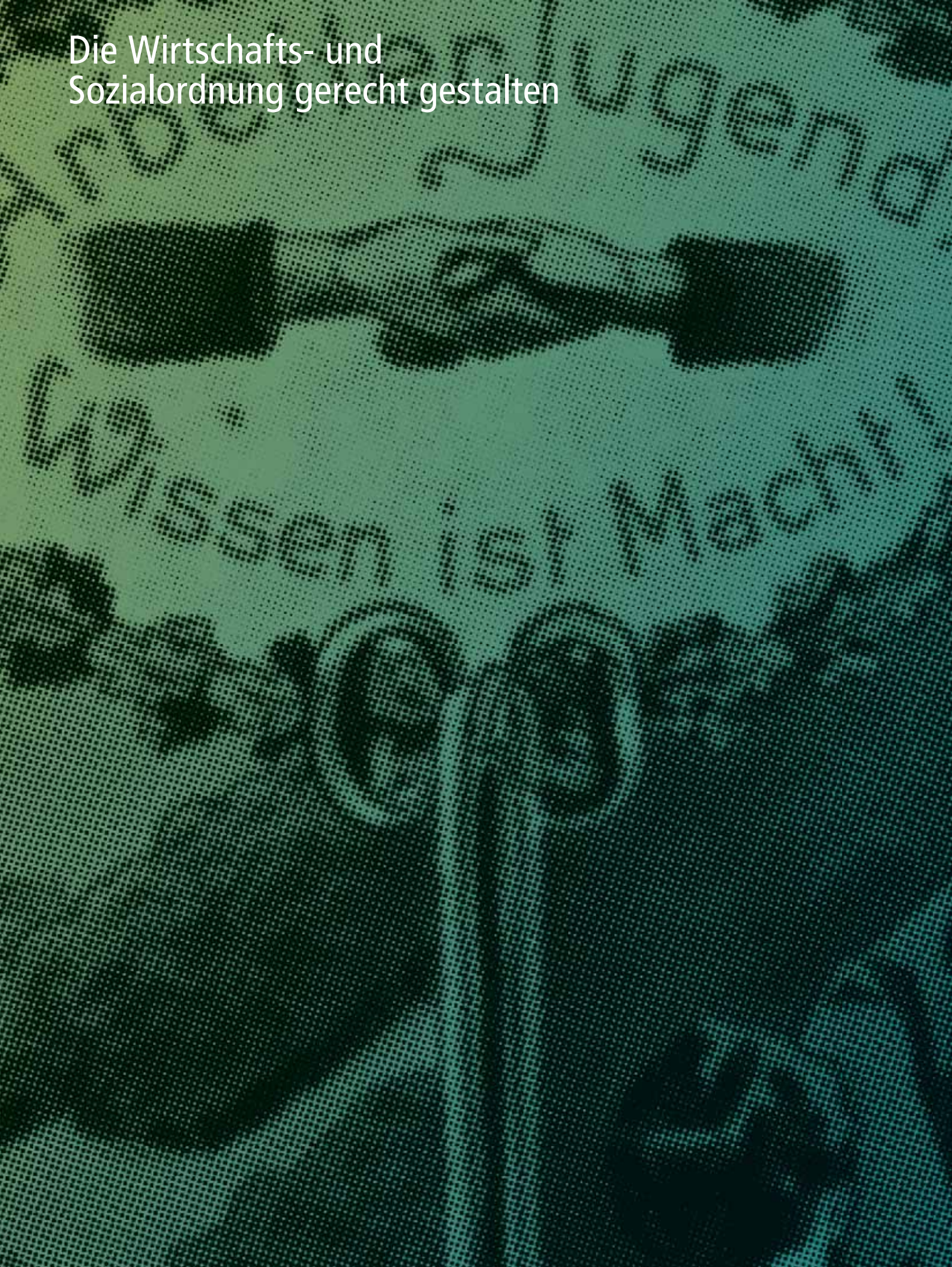


40 Den Dialog zwischen Gewerkschaften und Politik vertiefen



44 Die Globalisierung sozial gestalten

Die Wirtschafts- und Sozialordnung gerecht gestalten



Die europäische Krise hat es in dramatischer Weise deutlich gemacht: Unsere globale Wirtschaftsordnung muss durch demokratisch legitimierte Politik gestaltet und reguliert, die Balance zwischen Demokratie, Markt und Sozialstaat neu gedacht, das Wirtschaftsmodell ökologisch und sozial nachhaltig gestaltet werden. Das Verlangen nach sozialer Gerechtigkeit nimmt in allen von Ungleichheit geprägten Gesellschaften zu und verschafft sich mitunter gewaltsam Gehör.

Der Wohlfahrtsstaat gewinnt trotz Finanzierungsschwierigkeiten an politischer Attraktivität und wird in einer Minimalversion auch in neoliberal geprägten Regionen als Option gesehen. Gute Bildung gilt zunehmend als Schlüsselgröße für soziale Gerechtigkeit, gesellschaftliche Integration und wirtschaftliche Dynamik. Das europäische Sozialmodell ist zwar unter Druck geraten, steht aber weltweit für eine gerechtere Verteilung gesellschaftlichen Wohlstands und eine vorausschauende staatliche Politik.

Ziel der FES ist es, gemeinsam mit Partnerorganisationen in Deutschland, Europa und weltweit zur Entwicklung von Leitideen und praktischen Politikoptionen für eine grundlegende Neuausrichtung der Wirtschafts- und Sozialordnungen beizutragen.

Gerechte Bildung

Die erheblichen sozialen und volkswirtschaftlichen Folgekosten von Bildungsmisslingen sind im öffentlichen Bewusstsein angekommen. Gute Bildungspolitik ist eine gesellschaftspolitische Herausforderung, die die Mitwirkung aller Kräfte erfordert. Eine auf den Werten Sozialer Demokratie fußende Bildungspolitik zielt primär auf Fragen gesellschaftlicher Inklusion und Teilhabe.

In Fachforen und in einem breiten öffentlichen Dialog werden die Bedingungen ausgelotet, wie unabhängig von Einkommen und Herkunft der Eltern Chancen geboten und individuelle Förderung ermöglicht werden können. Die Arbeit zur Bildungs- und Hochschulpolitik der FES verfolgt das Ziel, die Weiterentwicklung des Bildungssystems im Sinne Sozialer Demokratie anzuregen.



Die Arbeiterjugend als Bildungsbewegung. Postkarte, ca. 1905.

Wilhelm Liebknecht hatte bereits 1872 in dem berühmten Vortrag »Wissen ist Macht« gefordert, die Schranken einzureißen, die der Arbeiterklasse den Zugang zu Wissen, Bildung und Kultur verwehrten. (Abbildung aus der Ausstellung »150 Jahre deutsche Sozialdemokratie«)

Mit den Defiziten des Bildungssystems beschäftigten sich 2012 die Studienförderung und mehrere Landesbüros, aber auch das Fortschrittsforum im Rahmen der Arbeitsgruppe »Bildung und Modernisierung«. Darüber hinaus waren die positiven Erfahrungen mit der beruflichen Bildung in Deutschland Gegenstand internationaler Dialogforen in Großbritannien, Italien und den USA.

In seiner Frühjahrstagung bot das »Netzwerk Bildung« einer Fachöffentlichkeit Raum, sich über die Notwendigkeit einer »Nationalen Bildungsstrategie« auszutauschen.

Mehrere hochrangig besetzte Tagungen befassten sich mit Zukunftsperspektiven der deutschen Hochschulen. Das Netzwerk Exzellenz an deutschen Hochschulen organisierte die Konferenz »Internationaler, besser, anders? – Die Strukturen des Wissenschaftssystems nach 2017«. Auf einer weiteren, per Livestream übertragenen Veranstaltung entwickelten mehrere Hochschulpräsidentinnen und -präsidenten mit Studierenden Empfehlungen für die Zukunft nichtexzellenzgeförderter Hochschulen.

Gerechter Sozialstaat

„Die Zukunft des ›Aufbau Ost« ist der Titel einer Studie, die vom Erfurter Büro in Auftrag gegeben und in der Bundespressekonferenz vorgestellt wurde. Die länderübergreifende Untersuchung geht der Frage nach, welche Maßnahmen zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Ost und West empfohlen werden, nachdem Ende 2019 der Solidarpakt II auslaufen wird.

Auf dem Höhepunkt der Debatte über die Einführung des umstrittenen Betreuungsgeldes wurde ein Gutachten zu Erfahrungen aus Finnland, Norwegen und Schweden veröffentlicht, das die Einführung des Betreuungsgeldes in den nordischen Ländern kritisch bewertet. Das als Gegenentwurf konzipierte »Neue Kindergeld«, das vom Forum Politik und Gesellschaft in Zusammenarbeit mit Expertinnen und Experten im Vorjahr entwickelt worden war, zielt im Gegenzug darauf ab, die Transferleistungen an Familien in Deutschland neu und gerechter zu verteilen. In einem Expertengespräch zu den verfassungsrechtlichen Aspekten erläuterten Juristen mehreren Politikerinnen und Politikern aus Fachausschüssen und Verbänden die Verfassungskonformität dieses Konzepts.

Der Gesprächskreis Sozialpolitik erarbeitete innovative Konzepte zur Gesundheits- und Pflegepolitik. So ermittelte beispielsweise eine in Berlin vorgestellte Studie, welchen Bedarf an sozialen Dienstleistungen (Pflegeleistungen, Hilfe bei alltäglichen Dingen oder der Haushaltsführung) Altenhaushalte haben und wie dieser Bedarf gedeckt werden kann.

Mit dem Reformbedarf der Solidarsysteme, der Generationengerechtigkeit, Rentensicherheit und einem würdevollen Leben im Alter beschäftigten sich auch zahlreiche Fachtagungen und Gesprächsreihen zum Beispiel in Quedlinburg, wo der Präsident der Deutschen Rentenversicherung Herbert Rische Rede und Antwort stand.

Soziale Sicherung ist auch einer der Arbeitsschwerpunkte in der internationalen Arbeit. So setzt sich die FES auf unterschiedlichen Ebenen für das ILO-Konzept »Social Protection Floor« ein, das für jeden Menschen unabhängig von seiner Arbeitssituation eine Mindestabsicherung vorsieht. Im September widmete sich eine erste große internationale Konferenz den Herausforderungen eines flächendeckenden Basisschutzes. Hier wurden Impulse für die traditionell enge Kooperation mit der ILO und der Gewerkschaftsbewegung gegeben.

Als eine der wenigen nichtstaatlichen Organisationen (N60) ist die FES Mitglied in dem Social Protection Interagency Board der G20. In diesem Gremium koordinieren die führenden UN-Organisationen ihre Maßnahmen zu sozialen Sicherungssystemen. Das Büro in Genf unterstützte maßgeblich die Gründung eines beratenden internationalen NGO-Netzwerks zur Umsetzung des Konzepts. In Asien findet bereits ein rasanter Ausbau der sozialen Sicherungssysteme statt. Auf der Konferenz »What Future for Social Justice in Asia« diskutierten die Gäste mit dem Generalsekretär des südostasiatischen Staatenverbands ASEAN, Surin Pitsuwan, wie der Prozess gestaltet werden kann.

Im November war es schließlich in Berlin »Zeit für Gerechtigkeit«: Viele internationale Themen und Arbeitslinien wurden in der »Gerechtigkeitswoche« aufgegriffen. Die zahlreichen Diskussionsveranstaltungen, Filmvorführungen und Lesungen mit prominenten internationalen Gästen konzentrierten sich dieses Mal auf die Frage von Wirtschaft und Gerechtigkeit.

Wirtschaft von morgen

Durch die Wirtschafts- und Finanzkrise ist das Vertrauen in die bestehenden Wirtschaftssysteme erschüttert. Neue, zukunftsfähige Wirtschaftssysteme müssen ökonomische, soziale und ökologische Nachhaltigkeit miteinander verbinden. Mit unterschiedlichen Ansätzen trägt die Friedrich-Ebert-Stiftung zu diesen Suchprozessen bei und lotet zugleich mit Partnern die Möglichkeiten zur Umsetzung von alternativen Konzepten aus. Fragen einer gerechten Weltwirtschaftsordnung werden regelmäßig im Geneva Circle on Global Economic Governance behandelt. Die Initiative des FES-Büros in Genf versammelt hochrangige Wirtschaftsexperten aus internationalen Organisationen, um über die Ressorts hinweg Lösungen für drängende Welthandelsfragen zu diskutieren.

Die Bekämpfung von Steuerhinterziehung und Steuervermeidung spielt als Folge der Krise in der G20-Gruppe oder den Vereinten Nationen (UN) eine zunehmend wichtige Rolle. Mit dem Problem der Steuervermeidung durch internationale Unternehmen befasste sich deshalb in New York ein Expertentreffen, das gemeinsam mit den UN durchgeführt wurde. Mehr globale Steuergerechtigkeit stand auch im Zentrum einer internationalen Fachkonferenz, die im Rahmen der »Gerechtigkeitswoche« in Berlin stattfand.

Das auch mit Auslandsmitarbeiter/innen besetzte, neugegründete Thementeam »Wirtschaft von morgen« wird in den kommenden zwei Jahren grundlegende Fragestellungen vertiefen, etwa nach dem Verhältnis von Markt und Staat, von Wirtschaft und Demokratie, von Wachstum und Ökologie. Das Thementeam greift dabei auch bestehende Ansätze aus den Regionen auf wie zum Beispiel aus dem asiatischen Netzwerk »Economy of Tomorrow«. In regionalen Foren diskutierte es über »Green Jobs«, »Good Society« und »Just Transition« mit dem Ziel, alternative Konzepte stärker als bisher in das Bewusstsein von Entscheidungsträgern zu rücken.

Das Netzwerk Wirtschaft und Entwicklung in Afrika widmete sich vor allem der Rolle des Staates und der Industriepolitik und gab Impulse für den strukturellen Wandel der Wirtschaftssysteme afrikanischer Länder.

Deutschland steht im kommenden Jahrzehnt vor erheblichen Herausforderungen. Die Globalisierung, der technologische Fortschritt, der demographische Wandel, die Ressourcenknappheit und der Klimawandel werden zu fundamentalen gesellschaftlichen Veränderungen führen. Der Arbeitsbereich »Allgemeine Wirtschafts- und Finanzpolitik« hat deshalb neue Leitlinien einer progressiven Wirtschaftspolitik entwickelt, damit in Zukunft ein quantitatives und qualitatives Wachstum und ein gemeinwohlorientierter und nachhaltiger Fortschritt gewährleistet werden können. Die Ergebnisse wurden in einer Vielzahl von Beiträgen publiziert und im Rahmen der Politikberatung vermittelt. So fordern beispielweise die Autoren Karl Aiginger und Thomas Leoni in einer Studie strukturpolitische Maßnahmen für ein soziales Wachstum, das ökonomische Tragfähigkeit, ökologische Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit möglich macht.

Verantwortungsbewusstes Unternehmertum in einem sozialstaatlichen Rahmen zu fördern ist Kernanliegen des Managerkreises. Mit hochrangigen Gesprächspartnern aus Unternehmen wurden hier die Voraussetzungen eines erfolgreichen Wirtschafts- und Sozialmodells Deutschland diskutiert. Dabei wurde auch die Debatte über Werte in der Wirtschaft befördert.

Um die Wirtschaftsordnung gerechter zu gestalten, forderten Fachleute des Arbeitskreises »Verbraucherpolitik« eine grundlegende Reform der Finanzaufsicht und die Schaffung eines bei den Verbraucherzentralen angesiedelten »Finanzmarktwächters«. Ferner sollen auch »Marktwächter« als Interessenvertretung der Verbraucher in den Bereichen Energie, Gesundheit und digitale Welt geschaffen werden.

Im Arbeitskreis »Mittelstand« und in vielen regionalen Fachgesprächen des Managerkreises wurde die wirtschaftliche Innovationsfähigkeit des Mittelstandes diskutiert. Die Diskutierenden stellten übereinstimmend fest, dass die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Frauen in Führungspositionen und eine gute Integrationspolitik wichtige Voraussetzungen für den Erfolg seien.

Die Umsetzung der Energiewende und der massive Ausbau der erneuerbaren Energien stellen sowohl die Energieerzeuger und -verbraucher als auch die staatlichen Regulierungsinstanzen vor große Herausforderungen. In vielen Fachforen arbeitete die Arbeitsgruppe »Energie und Umwelt« des Managerkreises an konstruktiven Vorschlägen für die soziale, verlässliche, aber auch marktwirtschaftlich organisierte Energieversorgung.

Eine neue Studie von Uwe Schneidewind und Franz Josef Brüggemeier zeigt am Beispiel des Strukturbruchs in NRW auf, wie das Konzept einer »Blue Economy« der Industrieregion eine Vorreiterrolle bei der ökologisch-sozialen Transformation sichern könnte.

Kreativ- und Kulturwirtschaft

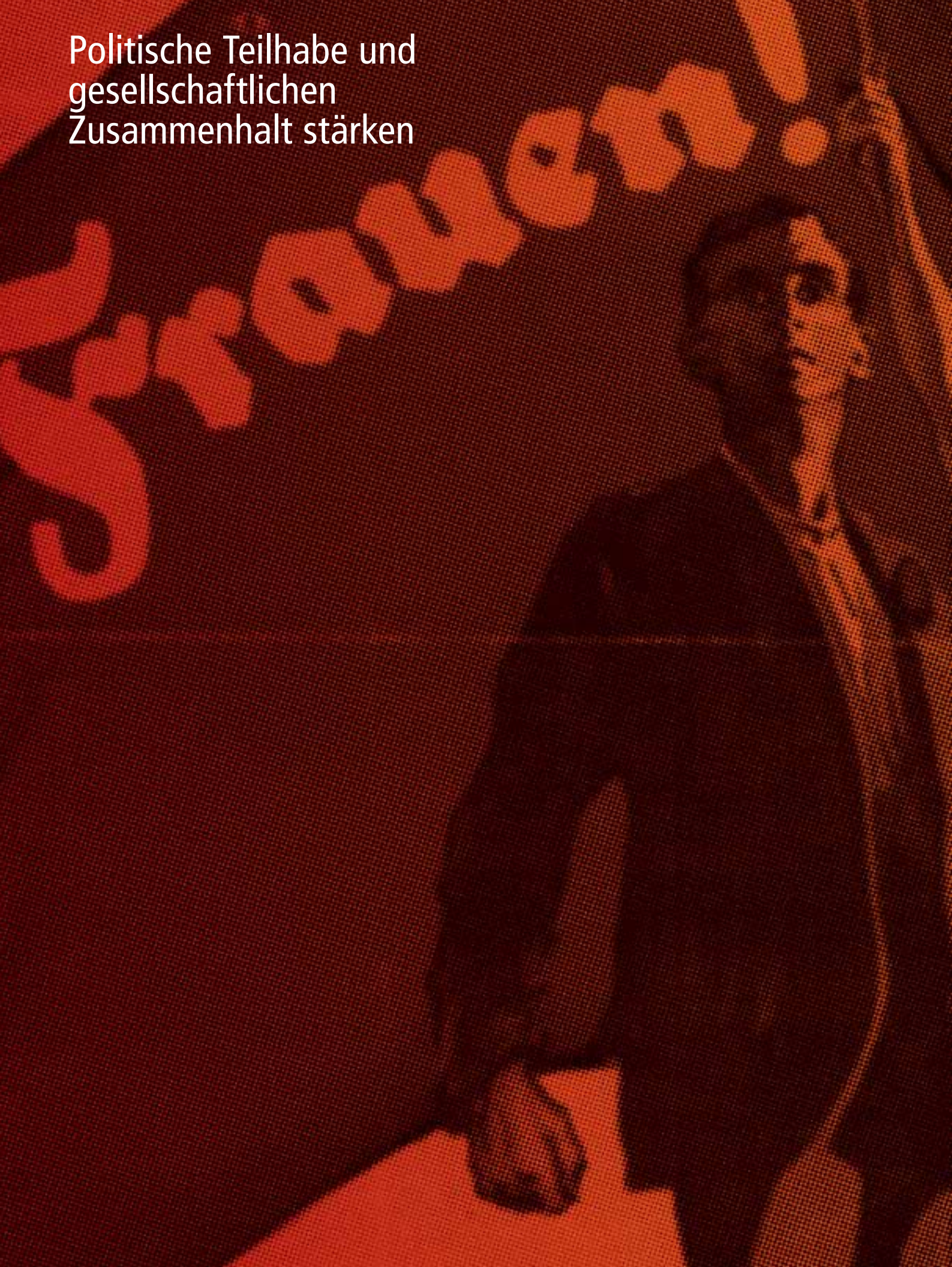
In der Kreativ- und Kulturwirtschaft stecken große Wachstums- und Innovationspotenziale. Gemeinsam mit Kulturschaffenden und Vertretern von Kreativberufen wurden von der SPD-Bundestagsfraktion im Rahmen ihres Projekts »Deutschland 2020« Positionspapiere mit Handlungsempfehlungen zu sieben Politikfeldern erstellt. Mehrere Arbeitseinheiten der FES haben diese Positionen in Fachgesprächen, Studien und öffentlichen Veranstaltungen unter Beteiligung von Kreativen, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern sowie Gewerkschaftsvertreterinnen und -vertretern kritisch beleuchtet.

Überlegungen zur besseren sozialen Absicherung der Soloselbständigen am Beispiel der Kreativwirtschaft stellte der Gesprächskreis »Sozialpolitik« an. Sowohl der Managerkreis als auch das Forum Berlin beleuchteten den Stand der sozialen Sicherheit in dieser Branche in Deutschland. Der Managerkreis hat seine Aktivitäten zur Kreativwirtschaft in der neu eingerichteten Arbeitslinie »Digitale Wirtschaft« zusammengefasst. Erstmals wurden auf der Berlin Music Week die Möglichkeiten neuer Geschäftsmodelle für die Musikindustrie erörtert. Mit den unternehmerischen Chancen für e-commerce und web-based-industries beschäftigten sich Fachtagungen der Abteilung »Wirtschafts- und Sozialpolitik«.

Die Förderpolitik stand ebenfalls zur Debatte, etwa auf einer Tagung des Berliner Kulturforums und auf Veranstaltungen des Forums für Kultur und Kunst in NRW. Eine Studie des Arbeitskreises »Nachhaltige Strukturpolitik« analysierte die Wirtschaftsförderung für innovative Firmen aus den High-Tech-Branchen und schlug praxistaugliche Verbesserungen vor. Eine Veranstaltung der Abteilung Gesellschaftspolitische Information fragte in Düsseldorf aber auch nach der »Digitalen Bohème, die überall – oder nirgends? immer – oder nie?« an ihren Projekten arbeitet.

Aktuelle Themen wie die Diskussion um das Urheberrecht und die künftige Entwicklung des Internets wurden in diversen Dialogforen der Politischen Bildungsabteilungen behandelt. Über die künftigen Qualifikationsbedarfe der Branche tauschte man sich bei einem bildungspolitischen Fachgespräch der Studienförderung aus.

Politische Teilhabe und
gesellschaftlichen
Zusammenhalt stärken



Soziale Demokratie verlangt neben den bürgerlichen und politischen Grundrechten gleiche Chancen der sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Teilhabe aller Mitglieder einer Gesellschaft. Die Achtung und Förderung gesellschaftlicher Vielfalt im Rahmen der demokratischen Verfassung sowie eine Kultur der Inklusion, Anerkennung und des gegenseitigen Respekts bilden die Basis für einen dauerhaften gesellschaftlichen Zusammenhalt und ein demokratisches Miteinander.

Politische Teilhabe ist die zentrale Voraussetzung für die gesellschaftliche Solidarität zwischen den Bürgerinnen und Bürgern, zwischen den Generationen, den Geschlechtern, den sozialen Milieus und in entscheidendem Maße auch zwischen Menschen unterschiedlicher religiöser, ethnischer und kultureller Identität.

Politik und Demokratieverdrossenheit, gesellschaftliche Spaltung, Intoleranz und rechtsextreme Einstellungen bedrohen unser Gemeinwohl und unsere politische Ordnung. All diesen Herausforderungen setzt die Friedrich-Ebert-Stiftung ein nach Themen, Zielgruppen und Formaten differenziertes Angebot an Politikberatung und politischer Bildung entgegen.

Frauen – Männer – Gender

Die anhaltenden Debatten um Geschlechtergerechtigkeit veranschaulichen, welche Anstrengungen vor Staat und Gesellschaft liegen, um eine gerechte Verteilung von Chancen, Einkommen und politischer Teilhabe zwischen Männern und Frauen zu erreichen.

Eine gerechte Wirtschafts- und Sozialordnung, eine faire Globalisierung, gesellschaftlicher Zusammenhalt und die Erneuerung der Sozialen Demokratie können ohne die Gleichstellung der Geschlechter nicht verwirklicht werden.

Frauenförderung und die Integration der Kategorie »Geschlecht« in alle Politikbereiche sind in der Arbeit der FES fest verankert. Gender- und Frauenpolitik werden dabei in allen Arbeitseinheiten als Querschnittsaufgabe begriffen. Zusätzlich konzentriert sich das Berliner Forum Politik und Gesellschaft auf die geschlechter- und gleichstellungspolitische Debatte in Deutschland.

Für ganz konkrete Politikmaßnahmen setzt sich das neue »Projekt 50 % – Frauen in Führungspositionen« ein. Es startete mit einer Debatte mit der Bundestagsabgeordneten Dagmar Ziegler, Initiatorin der »Berliner Erklärung«, die in einem ersten Schritt eine gesetzliche Frauenquote von 30 Prozent in Aufsichtsräten börsennotierter Unternehmen fordert und die inzwischen von über 20.000 Personen unterzeichnet wurde. Ausgangsbasis war eine vom Forum Politik und Gesellschaft miterarbeitete DIW-Studie, die erheblichen Handlungsbedarf im öffentlichen Finanzsektor, aber auch Erfolge aufzeigt.



SPD-Wahlkampfplakat, 1919.

Die Sozialdemokraten haben das Frauenstimmrecht bereits 1891 ausdrücklich in ihr Erfurter Parteiprogramm aufgenommen, mit der Übernahme der Regierungsverantwortung nach der Revolution von 1918 führen sie es unverzüglich ein.

(Abbildung aus der Ausstellung »150 Jahre deutsche Sozialdemokratie«)

Neben vielen Foren, in denen Quotenmodelle für Frauen in Führungspositionen in Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung kontrovers und öffentlichkeitswirksam diskutiert wurden, wurde auch die regionale Gleichstellungspolitik in einigen Bundesländern in den Blick genommen. Die Genderdimension der europäischen Krise wird in öffentlichen Debatten nur selten beleuchtet. Dass dies notwendig ist, machte eine Fachtagung des Forums Politik und Gesellschaft deutlich: Rund 350 Expertinnen und Experten analysierten dort, wie institutionelle Rahmenbedingungen Geschlechterungerechtigkeiten bedingen.

Als »Stimme des Südens« formulierte Isabel Allende Bussi, Tochter von Salvador Allende, Senatorin und Vize-Präsidentin der Sozialistischen Partei Chiles, anlässlich ihres Besuchs in Berlin die Bedeutung von Geschlechtergerechtigkeit für die Akzeptanz der Demokratie. Dieser Gedanke leitet auch die internationale Genderarbeit an, zum Beispiel in der Region des Mittleren und Nahen Ostens. Hier steht die Aufarbeitung der Ereignisse des arabischen Frühlings aus Frauenperspektive im Mittelpunkt. In Kairo haben Aktivistinnen und Aktivisten aus der ganzen Region gemeinsame Strategien entwickelt, wie mit den zukünftigen Chancen und Herausforderungen umgegangen werden kann.

Teilhabe und Integration

Eine starke Zivilgesellschaft ist das Fundament der Demokratie. Zusammenhalt ist jedoch nur möglich in Gesellschaften, die alle ihre Mitglieder zu integrieren und zu beteiligen wissen. Eine erfolgreiche und aktivierende Integrationspolitik für Menschen aus anderen Kulturen und verschiedenen sozialen Milieus zu gestalten ist eine zentrale Herausforderung in ganz Europa. Durch gezielte politische Bildungsarbeit will die Friedrich-Ebert-Stiftung dazu beitragen, das Potential von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte zu stärken. Aus einer Vielzahl von öffentlichen Dialogforen gingen Empfehlungen für eine gute Integrationspolitik hervor.

Die interkulturelle Öffnung hat sich in öffentlichen Verwaltungen und Mitgliederorganisationen inzwischen als Zielvorgabe etabliert. An der konkreten Umsetzung mangelt es jedoch oft. Wie viel Sensibilisierungs- und Anerkennungsarbeit in der Integrationspolitik noch zu leisten ist und dass insbesondere Mädchen und Frauen auf ihrem Weg zu einem selbstbestimmten Leben unterstützt werden müssen, machten mehrere Veranstaltungen deutlich.

Im Gesprächskreis »Migration und Integration« wurden die Diskussionen über eine nachhaltige Integrationspolitik und Konzepte für eine sozialverträgliche Migrationspolitik fortgesetzt. Unter anderem wurde eine Debatte zwischen Politikerinnen und Politikern, Wohlfahrtsverbänden, Migrant*innenorganisationen und dem Deutschen Olympischen Sportbund angeregt.

Auch in anderen Ländern Europas sind die Themen Zuwanderung und Integration von hoher gesellschaftspolitischer Relevanz. Die Auslandsbüros der FES reagieren auf die Bedürfnisse der gesellschaftspolitischen Partner und haben dazu verschiedene Dialogformate entwickelt. Eine Reihe von Tagungen in Frankreich, Portugal und Italien widmete sich Beispielen guter Lösungsansätze aus anderen europäischen Ländern.

Engagement und Ehrenamt

Um Vertrauen in die Problemlösungsfähigkeit der Politik zu gewinnen, müssen Bürger/innen davon überzeugt sein, dass ihre Beiträge zur Weiterentwicklung des Gemeinwohls und der Demokratie sich in konkreten Entscheidungen widerspiegeln. Die Anzahl der Menschen, die sich für konkrete Anliegen engagieren und mehr Partizipation und Transparenz einfordern, wächst auch in Zeiten der Demokratieverdrossenheit.

Eine grundlegende Aufgabe besteht für die Friedrich-Ebert-Stiftung deshalb darin, diese Menschen zu motivieren und vor allem auch zu befähigen, politische und gesellschaftliche Aufgaben aktiv mitzugestalten. Dies gilt insbesondere für die Mitwirkung in demokratischen Parteien, Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbänden und zivilgesellschaftlichen Organisationen. Ein Großteil der Bürger/innen findet den Zugang zur Politik auf der lokalen Ebene. Kommunalpolitik bildet deshalb einen besonderen Schwerpunkt in der Bildungs- und Beratungsarbeit unserer Landesbüros.

Der in der Fachöffentlichkeit sehr gut verankerte Arbeitskreis »Bürgergesellschaft und aktivierender Staat« befasste sich mit aktuellen Entwicklungen des bürgerschaftlichen Engagements und nahm besonders etwa die kommunale Daseinsvorsorge und die Energiewende in den Blick. Das 10-jährige Jubiläum der zuständigen Enquetekommission war Anlass, mit ehemaligen Sachverständigen eine Bestandsaufnahme vorzunehmen. In kritischer Auseinandersetzung mit dem aktuellen Engagementbericht der Bundesregierung wurden Empfehlungen für die effektivere Förderung von bürgerschaftlichem Engagement formuliert.

Einen konkreten und äußerst wirksamen Beitrag zu mehr Beteiligung leistet das Internet-Debattenportal www.SagWas.net, ein Forum, das Politik, Blogger/innen und Bürger/innen zur Diskussion aktueller politischer Fragen anregt.

Im Mai erhielt das vom Forum Berlin konzipierte Portal für diesen innovativen Ansatz den unter der Schirmherrschaft des Bundespräsidenten stehenden Preis »Deutschland – Land der Ideen«. Durch ein aktives gesellschaftliches Engagement zeichnet sich das Netzwerk aktueller und ehemaliger Stipendiatinnen und Stipendiaten aus. So wurde 2012 ein Bildungsgerechtigkeitsfonds eingerichtet und erneut der Engagementpreis an ehrenamtliche Projekte vergeben (www.fes-ehemalige.de). In der ideellen Förderung wurden vergangenes Jahr in 180 Veranstaltungen soziale und politische Handlungskompetenzen vermittelt. Das stipendiatische Engagement in 27 Arbeitskreisen und 75 FES-Hochschulgruppen ist wesentlich vom Prinzip der Teilhabe und Mitgestaltung geprägt.

Ehrenamtlich Tätige wurden durch den Ausbildungsgang »Freiwilligen-Management« der Akademie Management und Politik darin unterstützt, Freiwilligenarbeit unter veränderten Rahmenbedingungen konzeptionell zu planen, attraktive Engagementmöglichkeiten zu entwickeln, Mitstreiter zu gewinnen sowie diese professionell in die

Organisation zu integrieren. Das Programm »Train the Trainer« qualifiziert ehrenamtlich Aktive für die Revitalisierung der Arbeit in politischen Organisationen. Insgesamt fanden bundesweit über 50 Kompetenztrainings statt. Ein breites Spektrum an Bildungsangeboten förderte insbesondere in NRW das Engagement von Seniorinnen und Senioren.

Weiterbildungsmaßnahmen für Frauen in der Kommunalpolitik bildeten besonders in Bayern, Baden-Württemberg und NRW einen Schwerpunkt. Um dem geringen Frauenanteil von 18,4 Prozent bei Stadt- und Gemeinderäten im Freistaat entgegenzuwirken, wurde die FrauenKommunalAkademie Bayern ins Leben gerufen.

Zur Förderung des kommunalpolitischen Nachwuchses gibt es Seminarangebote in Bayern und Nordrhein-Westfalen. Wichtig für den Erfolg dieser Arbeit war die Einbindung erfahrener Politiker, die für Hintergrundgespräche zur Verfügung standen. Zahlreiche der Teilnehmenden wurde ermutigt, sich um Mandate zu bewerben. Zudem konnte die Bildung eines Netzwerkes angestoßen werden.

Die KommunalAkademie hat in insgesamt 80 Seminaren, Workshops und Fachforen wirksam dazu beigetragen, die Handlungsfähigkeit von Kommunalpolitikerinnen und -politikern zu verbessern und ihre inhaltlichen, methodischen und strategischen Kompetenzen für eine gute, bürgernahe Kommunalpolitik zu stärken.

Gegen Rechtsextremismus

Eine wesentlich größere Bedrohung des gesellschaftlichen Zusammenhalts und der demokratischen Kultur, als bisher angenommen wurde, sind rechtsextremistische, antisemitische und ausländerfeindliche Einstellungen in der Gesellschaft. Aufklärung und Prävention gegenüber diesen Tendenzen ist schon seit langem ein besonders wichtiges Tätigkeitsfeld der FES. Das zentrale Projekt »Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus« in Berlin entwickelt kontinuierlich Strategien für Demokratie und gegen rechts, bündelt Kompetenzen und Erfahrungen und gibt wichtige Impulse.

Die Ende 2012 vorgestellte Studie »Die Mitte im Umbruch« der Leipziger Wissenschaftler Elmar Brähler und Oliver Decker schlug große Wellen in der Öffentlichkeit. Die Studie beleuchtet die Verbreitung rechtsextremer Einstellungen in Deutschland. Besorgniserregend ist der deutliche Anstieg des rechtsextremen Denkens in der jungen Generation.

Mit mehreren Veranstaltungen begleitete das Thüringer Landesbüro die Arbeit der NSU-Untersuchungsausschüsse im Bundestag sowie in den Landtagen Sachsens und Thüringens, die sich mit dem Versagen deutscher Behörden bei der Verfolgung rechts-

extrem motivierter Straftaten befassen. Über den Fortschritt der Untersuchungen informierten unter anderem die Ausschussvorsitzenden im Bund und Land, Sebastian Edathy und Dorothea Marx. Das Bekanntwerden der Mordserie des rechtsextremistischen Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) führte zu einer starken Nachfrage nach den Wanderausstellungen der FES über Strategien gegen Rechtsextremismus. In Baden-Württemberg, Bayern, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein informierten sich in Podiums- und Zeitzeugengesprächen, Fachseminaren und Workshops besonders Lehrkräfte, Aktive in der Jugendarbeit, Schüler sowie Journalistinnen und Journalisten über Ziele, Strategien und Vorgehen der extremen Rechten.

Veranstaltungen mit Fußballfans in Dresden, Bautzen und Görlitz thematisierten die Unterwanderungsversuche von Neonazis. Darüber hinaus hat die OnlineAkademie anlässlich der Fußball-EM Beiträge zu Rechtsextremismus im Sport bereitgestellt. Das Landesbüro Sachsen ging in sächsische Kleinstädte, deren Bürger durch rechtsextreme Gewalt besonders belastet und eingeschüchtert sind. Im Rahmen des XENOS-Programms der EU loteten internationale Fachtagungen die Übertragbarkeit erfolgreicher Ansätze in der Ausstiegsarbeit auf andere europäische Länder aus oder verglichen die Verbotspraxis rechtsextremer Parteien in anderen Staaten. In vielen Ländern Europas ist in den vergangenen Jahrzehnten ein Spektrum rechtsextremer Bewegungen und Parteien entstanden. Zum Rechtsextremismus im Osten Europas liegt nun ein Überblick über die Dynamik rechtsextremer Bewegungen vor. Zehn Länderstudien der dortigen FES-Büros vergleichen die Zielsetzungen, Handlungsstrategien, die soziale Basis und internationale Vernetzung der Rechten. Das Projekt umfasst Länder wie Ungarn und Bulgarien, wo Rechtsextreme in der Vergangenheit Wahlerfolge erzielen konnten, ebenso wie Russland und die Ukraine sowie einige Staaten des westlichen Balkans.

Zeitzeugengespräche, Ausstellungen und andere Formate zur Auseinandersetzung mit der Nazidiktatur gehörten zum Grundangebot der politischen Bildung in allen Regionen Deutschlands.

Medien in der digitalen Welt

Print- und Online-Medien sowie Hörfunk und Fernsehen leisten wesentliche Beiträge zur Themensetzung und zur Meinungsbildung in der Gesellschaft. Voraussetzung für die Teilhabechancen aller Bürger am öffentlichen Leben und an der Politik ist daher eine kritische und unabhängige, aber zugleich verantwortungsbewusste und an Werten orientierte Berichterstattung.

Das zentrale Anliegen der medienpolitischen Aktivitäten der Friedrich-Ebert-Stiftung ist es, zur Weiterentwicklung des Mediensystems im Sinne einer demokratischen Öffentlichkeit beizutragen sowie Journalistinnen und Journalisten für ihre Aufgaben zu qualifizieren.

Eine Reihe von Fachforen und Gesprächskreisen setzt inzwischen wichtige Impulse für den aktuellen bundesweiten Diskurs und trägt zum Verständigungsprozess zwischen Politik und Medien bei. Der Mainzer-Medien-Disput erwies sich 2012 erneut als wichtige Plattform für gemeinsames Nachdenken: Mit rund 350 Gästen und renommierten Journalistinnen und Journalisten in den Panels wurde über die Entwicklung des Mediensystems und die Rolle des journalistischen Berufs gestritten. Der 2010 begonnene Mitteldeutsche Mediendialog in Leipzig wurde mit zwei herausragend besetzten Veranstaltungen fortgesetzt; unter anderem ging es um die Zukunft der lokalen und regionalen Medien.

Auf große Resonanz stieß die Berliner Tagung »Gender matters. Die Macht medialer Geschlechterbilder«. 500 Teilnehmer/innen aus der gesamten Republik diskutierten über die Darstellung von Geschlechterrollen und -stereotypen in den Medien. Die Anforderungen an Journalistinnen und Journalisten in der immer komplexer werdenden Medienwelt steigen. Diese Entwicklung berücksichtigte die Journalisten-Akademie, indem sie neben den klassischen Weiterbildungsangeboten verstärkt crossmediale Bildungsinhalte anbot. Besonders den engagierten journalistischen Nachwuchs gilt es zu fördern. In Zusammenarbeit mit den Vereinen »Junge Presse NRW« und »Junge Presse Niedersachsen« konnten deshalb junge Medienmacher/innen Kompetenzseminare zu den Grundlagen des journalistischen Schreibens, zu Frage- und Recherchetechniken sowie zur Berufsethik anhand aktueller Themen absolvieren.

Auch den journalistisch interessierten und qualifizierten Stipendiatinnen und Stipendiaten stehen im Rahmen der Studienförderung zahlreiche Angebote zur Verfügung, um sich auf das spätere Berufsfeld vorzubereiten. Als Resultat besetzen inzwischen viele Ehemalige führende Positionen in der deutschen Medienlandschaft.

Medien und Netzpolitik sind zu einer allumfassenden Querschnittsaufgabe geworden, die alle Politikbereiche durchdringt. Die FES berät deshalb die Enquetekommission des Deutschen Bundestages »Internet und digitale Gesellschaft«. Im Rahmen dieses Prozesses erschien eine Studie über die Potentiale und Problemlagen digitaler Arbeit in Deutschland. »Können digitale Beteiligungsmöglichkeiten der Demokratielethargie und Politikdistanz von jungen Menschen entgegenwirken?« Dieser Frage widmeten sich 150 Jugendliche in einer lebhaften Berliner Fishbowl-Diskussion – beobachtet von 2.000 Interessierten via Livestream, Chat und Twitter. Die Veränderungen des Medienbegriffs, die Chancen und Risiken der Partizipation im Netz waren auch Themen der Bildungsarbeit in den Landesbüros.

Netzpolitik ist in der internationalen Arbeit der FES eng verknüpft mit Fragen der Demokratieentwicklung und der Medienfreiheit. Überall in Asien versuchen sogenannte »Netizens« mittels sozialer Medien staatliche Zensur und öffentliche Tabuzonen zu umgehen. Eine Reihe von Studien und Konferenzen zu diesem Thema stieß nicht nur in Asien auf große Resonanz. Auch auf der Jahreskonferenz des deutschen Forums Medien und Entwicklung (FOME), die bei der FES Berlin stattfand, stand das Thema auf der Tagesordnung.

Die Erneuerung
der Sozialen
Demokratie fördern



Zu den zentralen Zielen der Friedrich-Ebert-Stiftung gehört es, politische Zukunftskonzepte und praktische Lösungsansätze auf der Basis der Grundwerte der Sozialen Demokratie zu entwickeln und in Politik und Gesellschaft hinein zu vermitteln.

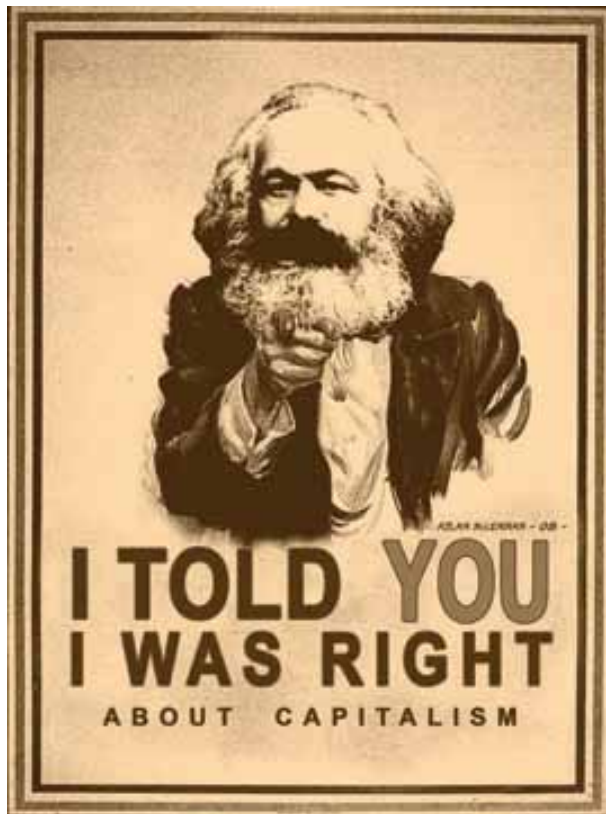
Die historisch-politische Bildungsarbeit soll die Öffentlichkeit anregen, sich mit der Geschichte der Sozialdemokratie zu beschäftigen. Die Bildungsangebote richten sich an alle Bürgerinnen und Bürger, die Politikberatung und die internationale Arbeit dienen als Orientierung und Unterstützung für alle gesellschaftlichen Kräfte, die für die Soziale Demokratie eintreten.

Einen bundesweit beachteten Beitrag zur Identifikation mit den Grundwerten der Sozialen Demokratie und der Stärkung der Fähigkeit zur argumentativen Auseinandersetzung mit anderen politischen Grundströmungen erbrachte im Oktober 2012 der Kongress »Werte und Politik«: Was bedeuten Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität heute? Worin unterscheidet sich das Werteverständnis der Sozialen Demokratie von anderen politischen Strömungen? Und braucht Politik überhaupt Werte?

Über diese Leitfragen haben sich Sigmar Gabriel, Julian Nida-Rümelin, Susan Neiman, Andrea Nahles, Otfried Höffe, Gesine Schwan, Frank-Walter Steinmeier, Manuela Schwesig, Wolfgang Thierse und Hans Joas zwei Tage lang mit über 500 Gästen aus Wissenschaft, Politik, Gewerkschaften, Zivilgesellschaft und Publizistik in Berlin ausgetauscht. Zahlreiche via Facebook und www.werteundpolitik.de veröffentlichte Beiträge führten schon im Vorlauf zu lebhaften Debatten.

Die Zeitschrift »Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte« griff die Wertediskussion und weitere zentrale Fragen der Sozialen Demokratie ebenfalls auf und erwies sich einmal mehr als Impulsgeberin und Plattform für den intellektuellen und wissenschaftlichen Diskurs.

Der auf dem Demokratiekongress 2011 aufbauende Band »Demokratie in Deutschland« greift die aktuellen Analysen zur Demokratieentwicklung auf und entwickelt umfangreiche Reformvorschläge. Inzwischen hat sich diese Publikation zu einem Referenzwerk in der Demokratiedebatte entwickelt. Zudem konnte die Akademie für Soziale Demokratie mit ihrem Angebotsspektrum das Wissen sowie die Argumentationsfähigkeit der Teilnehmer/innen weiter ausbauen. In der FES-OnlineAkademie wurde das Modul Soziale Demokratie um Quizelemente erweitert. Neu entstanden ist der Lehrfilm »Was ist Soziale Demokratie?«, der inzwischen auch in einer englischen Fassung vorliegt. Weltanschauliche Grundlagen werden nicht zuletzt im Bildungsprogramm der Studienförderung vermittelt, im stipendiatischen Netzwerk diskutiert und weiterentwickelt. Dabei werden die eigenen Wertorientierungen sowie verschiedene gesellschaftliche Engagementformen reflektiert.



Karl Marx, »Ich hab dir gesagt, dass ich recht habe«

– Occupy Wall Street, Poster 2011.

Angesichts unbegrenzten Wachstums der Managergehälter erneuern sich alte Reflexe, selbst Karl Marx' geschärftes Bewusstsein für die Krisenhaftigkeit des Kapitalismus erfährt eine Renaissance. Bewegungen wie Attac und Occupy verdeutlichen, wie stark die Kritik am entfesselten Finanzkapitalismus ist und regen zur Diskussion an. (Abbildung aus der Ausstellung »150 Jahre deutsche Sozialdemokratie«)

Auch die traditionelle Sommeruniversität erwies sich erneut als wichtiger Lernort, Ideenwerkstätte und Impulsgeberin: Über 100 junge, politisch engagierte Frauen und Männer konnten in Potsdam eine Woche

lang mit Peter Struck, Matthias Platzeck, Manuela Schwesig, Hubertus Heil, Ottmar Schreiner, Angelica Schwall-Düren, Thorsten Schäfer-Gümbel, Julia Friedrichs, Wolfgang Thierse, Andrea Nahles und vielen weiteren Gästen über Demokratie und Gerechtigkeit diskutieren.

Soziale Demokratie in Europa

Das internationale Projekt »Monitor Soziale Demokratie« bündelt zentrale Erkenntnisse zu den wichtigsten Wahlen sowie zu Politik und Strategiedebatten Sozialdemokratischer Parteien Europas, widmet sich aber auch im Sinne einer vergleichenden Parteienforschung den Parteien links und rechts der Sozialdemokratie – im vergangenen Jahr auch mit einer Studie über die Piratenbewegung.

Wichtige Aspekte für die Weiterentwicklung der Programmatik wurden im Gesprächskreis »Soziale Demokratie in Europa« thematisiert. Gemeinsam mit dem Göttinger Institut für Demokratieforschung wurde eine vergleichende Studie der Diskurse zur Formulierung einer modernen Leitidee zu den Grundwerten, Zielen und programmatischen Eckpfeilern der Sozialen Demokratie veröffentlicht.

Die Vernetzung von Spitzenpolitiker/innen spielt in der Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung eine zentrale Rolle, denn erst der persönliche Austausch schafft nachhaltige Grundlagen für die Arbeit an gemeinsamen Zielen. Die Ergebnisse des Londoner Projekts zur »Guten Gesellschaft« etwa, an dem Andrea Nahles maßgebend mitwirkt, flossen in ein gemeinsames deutsch-britisches Positionspapier ein.

Der Austausch zu den akuten Herausforderungen für progressive Politik fand in zahlreichen Foren statt. Die Generalsekretärin der SPD diskutierte mit dem britischen MP und Mitglied des Labour-Schattenkabinetts Jon Cruddas über die künftige soziale Ausgestaltung Europas; Sigmar Gabriel erörterte mit seinem polnischen Amtskollegen Leszek Miller »Sozialdemokratische Antworten auf die Finanzkrise in Europa«. Intensive Gespräche führte auch der Vorsitzende der spanischen Sozialdemokraten, Alfredo Rubalcaba, mit Frank-Walter Steinmeier und Hans-Ulrich Klose. Große öffentliche Aufmerksamkeit erntete eine Berliner Konferenz über alternative Wege aus der Krise mit Peer Steinbrück und dem Außenminister und Vorsitzenden der Labour Party Irlands, Eamon Gilmore.

Parteien und Wahlen

Außerhalb Europas haben Parteien eine Schlüsselfunktion bei der Ausgestaltung demokratischer Prozesse. Regionale Foren der FES, darunter das Forum der Progressiven Parteien und der progressiven politischen Stiftungen in Lateinamerika, widmen sich Kernfragen der regionalen und globalen Entwicklung und forcieren so die programmatische Weiterentwicklung der beteiligten Parteien.

Konzeptionelle Debatten stehen seit mehreren Jahren im Zentrum des »Programmdialogs« mit der Zentralen Parteihochschule der KP China. Unter instabilen gesellschaftlichen und staatlichen Strukturen, wie etwa im Mittleren Osten, steht die Stärkung der Grundlagen von Parteiarbeit im Mittelpunkt der Zusammenarbeit. In Tunesien unterstützte die FES die Anstrengungen der sozialdemokratischen Partei Ettakatol, ihre Programmgestaltung und Öffentlichkeitsarbeit zu reorganisieren. Neben Aktivitäten vor Ort trugen auch Informationsreisen nach Deutschland dazu bei, die Funktionen, den Aufbau und die Arbeitsweise von Parteien kennenzulernen. Ähnlich gelagert sind die Programme in den palästinensischen Autonomiegebieten mit den beiden Parteien Fatah und Al Mubadara.

Während in vielen Teilen der Welt demokratische Parteien und freie Wahlen als Garanten von Gerechtigkeit, Wohlstand und Frieden gesehen werden, nimmt in westlichen Demokratien die Politikverdrossenheit zu. Mitte des Jahres 2012 hat das Forum Berlin deshalb eine empirische Studie zu Motivlagen von Nichtwählerinnen und Nichtwählern in Auftrag gegeben, von der wichtige Erkenntnisse erwartet werden. Die Veränderungen des Parteiensystems in Deutschland durch die Etablierung der Piratenpartei und die Wahlrechtsreform wurden im Gesprächskreis »Zukunft der Volksparteien« mit Expertinnen und Experten aus Politik und Wissenschaft kontinuierlich diskutiert.

150 Jahre Sozialdemokratie

Am 23. Mai 2013 ist die Sozialdemokratie als organisierte Partei 150 Jahre alt. Aus diesem Anlass hat das Archiv der sozialen Demokratie die Wanderausstellung »150 Jahre deutsche Sozialdemokratie. Für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität!« erarbeitet. Auf Tafeln und an interaktiven Medienstationen wird die gesamte Geschichte der Sozialdemokratie mit ihren Höhen und Tiefen, ihren herausragenden Persönlichkeiten und Ereignissen seit dem 19. Jahrhundert dargestellt. Die Exponate und Begleitveranstaltungen laden eine breite Öffentlichkeit ein, sich mit einer lebendigen demokratischen Partei, ihrer Vergangenheit und ihrer Zukunft auseinanderzusetzen.

Der Begleitband zur Ausstellung, erschienen im Verlag J. H. W. Dietz Nachf., spricht sowohl interessierte Laien wie Kennerinnen und Kenner der Geschichte an. Das zur Ausstellungseröffnung fertiggestellte Lesebuch »Geschichte der Sozialen Demokratie« der Akademie für Soziale Demokratie wurde den Aktiven im politischen Ehrenamt für regionale Bildungsarbeit zur Verfügung gestellt.

Im neuen »Portal zur Geschichte der Sozialdemokratie« (www.geschichte-der-sozialdemokratie.de) findet sich eine ausführliche Chronik jahrzehntelanger Höhen und Tiefen deutscher Politik. Die Datenbank der SPD-Ortsvereine, in mühevoller Kleinarbeit zusammengetragen, ermöglicht es, historische Informationen in das Portal einzuspeisen. Dazu wurden die »Erinnerungsorte der deutschen Sozialdemokratie« als Ausgangspunkte für die historisch-politische Bildungsarbeit erschlossen (www.erinnerungsorte-der-sozialdemokratie.de).

Den Dialog zwischen
Gewerkschaften
und Politik vertiefen



Soziale Demokratie, soziale Gerechtigkeit und nachhaltiges Wirtschaften sind ohne durchsetzungsfähige Gewerkschaften nicht denkbar. Als Organisation, die der Arbeiterbewegung eng verbunden ist, versteht sich die Friedrich-Ebert-Stiftung als Bindeglied, das Synergieeffekte zwischen den Politikansätzen von Gewerkschaften und den Akteuren der Sozialen Demokratie schafft.

Darüber hinaus vermitteln sowohl die politische Bildung der FES als auch die unterschiedlichsten Plattformen des Erfahrungsaustauschs, der Vernetzung und der Beratung gewerkschaftliche Positionen.

Starke Gewerkschaften

Weltweit ist die FES enger Partner der Gewerkschaftsbewegungen im Kampf um bessere Arbeitsbedingungen, mehr Mitbestimmung, Mitsprache in internationalen Prozessen und die Durchsetzung von Kernarbeitsnormen. Die Zusammenarbeit mit nationalen Gewerkschaften ist ein integraler Bestandteil jedes Auslandsbüros. Darüber hinaus arbeitet das Projekt »Globale Gewerkschaftspolitik« mit regionalen und globalen Zusammenschlüssen wie dem IGB und den GUF, mit der ILO sowie mit dem DGB und den deutschen Einzelgewerkschaften zusammen.

Die Möglichkeiten und die Reichweite von Gewerkschaftspolitik hängen stark von den politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen ab. Beispiel dafür ist die Situation der Gewerkschaften in Myanmar:

Das neue, unter Präsident Thein Sein auf den Weg gebrachte Gewerkschaftsgesetz löste Zustimmung, aber auch Skepsis aus. Ein Workshop in Rangun in Abstimmung mit dem DGB und dem IGB gab Gelegenheit zu einer eingehenden Bestandsaufnahme.



SPD-Plakat anlässlich der ersten Maifeier in der Britischen Besatzungszone, 1946.

Nicht nur die Sozialdemokratie gründet sich schnell nach dem Ende des Kriegs, auch die Gewerkschaften formieren sich neu und reklamieren im Schulterchluss mit der SPD den 1. Mai für sich zurück. Das Prinzip der parteipolitisch gebundenen Gewerkschaft wird durch Industriegewerkschaften ersetzt. Sie vereinigen sich in den drei westlichen Besatzungszonen im Oktober 1949 zum Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB). (Abbildung aus der Ausstellung »150 Jahre deutsche Sozialdemokratie«)

In Ägypten dagegen mussten die groß angelegten Programme zur Stärkung des sich neu formenden Dachverbands EFITU vorübergehend eingestellt werden. In Lateinamerika wurde durch die jahrelange erfolgreiche Kooperation mit dem amerikanischen Dachverband CSA erreicht, dass nach zwei Jahrzehnten der Marginalisierung Gewerkschaften in vielen Ländern wieder als vollwertige Partner von Regierungen und Arbeitgebern am Tisch sitzen. Im vergangenen Jahr zahlte sich auch die Strategie der Gewerkschaftsbewegung aus, sich auf internationaler Ebene und in globalen Foren wie dem G20-Gipfel in Mexiko oder dem UN-Gipfel Rio + 20 – von der FES beraten – zu positionieren.

Die Unterstützung von Informations- und Fortbildungskampagnen anlässlich großer Sportereignisse wie zum Beispiel der Fußball-Europameisterschaft 2012 und der Weltmeisterschaft 2014 führte dazu, dass es den nationalen Baugewerkschaften in der Ukraine und in Brasilien gelang, neue Mitglieder zu gewinnen. In Studien des Büros Athen wurden die Auswirkungen der Austeritätspolitik auf die Arbeitnehmer/innen und die schwierige Situation der griechischen Gewerkschaften analysiert.

In den Ländern Südosteuropas agieren die Gewerkschaften weitgehend von den Medien unbeachtet. Um ihnen mehr Öffentlichkeit zu verschaffen, wird

in Serbien mit der Tageszeitung »Danas« seit mehreren Jahren eine monatliche Zeitungsbeilage produziert. Diese wurde nun um das Webportal www.radnik.rs erweitert. Das Portal soll zu einer aktiven Gestaltung von Arbeitsbeziehungen und Sozialpolitik motivieren.

In Deutschland tragen ständige Arbeitsgruppen, Gesprächskreise und direkte Kooperationsprojekte mit dem DGB oder mit den Einzelgewerkschaften zur Vertiefung des Dialogs zwischen Gewerkschaften und Politik bei. Die überwiegend politikberatenden Angebote (Analysen und Papiere vor allem zu arbeitnehmerbezogenen Politiken wie Wirtschafts-, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik) werden durch öffentliche Seminare, Podiumsdiskussionen und andere Bildungsmaßnahmen ergänzt.

Darüber hinaus konzentrieren das Archiv der sozialen Demokratie und die Bibliothek der FES einen Großteil ihrer Arbeit auf die Wahrung und Erschließung des Gedächtnisses der Gewerkschaften. Das aktuelle Gewerkschaftsprojekt des Archivs, das mit der Hans-Böckler-Stiftung durchgeführt wird, thematisiert die aktive Mitgestaltung politischer Verhältnisse, den Wandel von Arbeit und Arbeitnehmerinteressen sowie die Rolle der Gewerkschaften für die Demokratie. In 2012 wurden diese Fragen im Rahmen der Tagung »Der Betrieb als sozialer und politischer Ort« erörtert.

Gute Arbeit, faire Löhne

Aktuelle arbeitsmarkt-, lohn- und sozialpolitische Themen haben die Bildungsabteilungen in nahezu allen Bundesländern bearbeitet. In den »Stuttgarter Mittagsgesprächen« wurde etwa der Zusammenhang zwischen prekärer Beschäftigung und Altersarmut mit Landtags- und Bundestagsabgeordneten, Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern, Beratern aus Landtag und Regierung sowie Vertreterinnen und Vertretern der Sozialwerke der Kirchen beleuchtet.

Familienfreundliche Arbeitszeiten standen im Mittelpunkt eines Berliner Workshops, bei dem konkurrierende Konzepte zu fortschrittlicher und gerechter Arbeitszeitpolitik für beide Geschlechter diskutiert wurden. Das Modell »Große Familienteilzeit« wurde inzwischen in der politischen Programmdebatte aufgegriffen. Parallel wurde mit dem Hamburger Museum der Arbeit eine Veranstaltungsreihe realisiert, die sich mit dem Wandel der Arbeitsbedingungen für Frauen beschäftigte.

Um Niedriglohnbeschäftigung wurde auf einer Konferenz des Gesprächskreises »Arbeit und Qualifizierung« und des DGB gestritten. Dabei ging es vor allem um die Frage, ob der Niedriglohnsektor Chancen zum Einstieg in den Arbeitsmarkt bietet oder in eine Sackgasse führt. Die These, Mindestlöhne vernichteten Arbeitsplätze, konnte mit einer neuen Studie zu den »Wirkungen der Mindestlohnregelungen in acht Branchen« widerlegt werden.

Die Entwicklung neuer Ansätze zur Stärkung von Arbeitnehmerrechten und »guter Arbeit« in einer zunehmend globalisierten Weltwirtschaft und Fragen der Sicherung gesellschaftlich notwendiger Dienstleistungen waren Schwerpunkte vieler Fachveranstaltungen, Expertengespräche und Publikationen in den Arbeitskreisen »Arbeit-Betrieb-Politik« und »Dienstleistungen«.

Im Mittelpunkt wissenschaftlicher Analyse und Politikberatung stand ein mit der Hans-Böckler-Stiftung durchgeführtes Projekt zur Entwicklung gesetzlicher Pflichten und Standards zur unternehmerischen Offenlegung von Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen. Zentrale Ergebnisse des Projekts erwiesen sich als praxistaugliche Grundlage für eine Weiterentwicklung bestehender Gesetze und die Umsetzung europäischer und internationaler Richtlinien.

Die duale Berufsausbildung Deutschlands stößt aktuell im Ausland auf großes Interesse. Viele Staaten sehen darin einen Weg, um die hohe Jugendarbeitslosigkeit zu bekämpfen. Das Modell war Thema des diesjährigen deutsch-britischen Gewerkschaftsforums in London und eines Dialogprogramms für amerikanische Expertinnen und Experten in Deutschland.

Soziale Ungleichheit und eine grassierende (Jugend-)Arbeitslosigkeit sind in vielen arabischen Ländern auch die Folgen einer desolaten Arbeitsmarktpolitik. Eine Konferenz in Beirut, an der Regierungen, Nichtregierungsorganisationen, Jugendaktivisten und Gewerkschaften teilnahmen, erarbeitete deshalb zahlreiche Ansätze für eine nachhaltige Arbeitsmarktpolitik, nicht zuletzt auf der Grundlage eines intensiven Austauschs von Erfahrungen in Europa und der Region.

In Afrika stand die Förderung des sozialen Dialogs ganz oben auf der Agenda: In Nigeria und Sambia ist es gelungen, regelmäßige Foren für Gewerkschaften und Parlament/Regierung einzurichten, in denen Strategien zur Beschäftigungspolitik sowie zu sozialer Sicherheit diskutiert werden. Das regionale Kompetenzzentrum Arbeit und Gewerkschaften in Johannesburg trug dazu bei, eine klare Gewerkschaftsposition zu Standards in der Beschäftigungs- und Sozialpolitik für das jährliche Treffen der Arbeits- und Sozialminister, Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften der Gemeinschaft der Länder des südlichen Afrikas (SADC) zu erarbeiten.

Der Dialog zwischen Gewerkschaften und Politik ist nicht nur in allen Weltregionen und auf allen Politikebenen vertieft worden, vielmehr hat die Friedrich-Ebert-Stiftung diesen Dialog um konkrete, umsetzbare Politikvorschläge bereichert.

Die Globalisierung
sozial gestalten



1600
Millionen
Mark

In Zeiten der Globalisierung wächst das Bedürfnis nach Orientierung. In der Welt als »globalem Dorf« können Entwicklung und Fortschritt, Nachhaltigkeit oder Frieden und Sicherheit – vormals nationale Themen – nicht länger isoliert betrachtet werden.

Die Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung zielt dabei in zwei Richtungen: Durch politische Bildungsarbeit Kenntnisse und Hintergründe vermitteln, Zusammenhänge erklären und Sachverhalte transparent machen. So sollen Beiträge geleistet werden, die Globalisierung auf europäischer und internationaler Ebene durch Institutionen und Verfahren zu gestalten sowie einen sozialen Ausgleich zwischen den Gewinnern und Verlierern in Deutschland, Europa und weltweit zu erreichen. Das weltweite Netz von Büros und Partnern der FES schafft die Voraussetzungen dafür, dass diese Bemühungen erfolgreich sein können.

Frieden und Sicherheit

Eine tragfähige Architektur für kollektive Sicherheit aufzubauen, weltweite Abrüstung voranzubringen sowie die Ansätze zur zivilen Konfliktbearbeitung weiterzuentwickeln bleiben wichtige Aufgaben insbesondere der internationalen Politik und Zusammenarbeit; diese Themen stoßen aber auch in der politischen Bildung im Inland auf großes Interesse.

Als neue gemeinsame Initiative der internationalen Abteilungen der Friedrich-Ebert-Stiftung wurde im September erstmals die »Tiergartenkonferenz« ausgerichtet, die einmal jährlich Akzente in der deutschen außenpolitischen Debatte setzen möchte. In der Auftaktveranstaltung diskutierten Frank-Walter Steinmeier und der ehemalige Premierminister Australiens, Kevin Rudd, die Verschiebung der US-Sicherheitspolitik.

Außen- und sicherheitspolitische Dialogprogramme sind ein Arbeitsschwerpunkt des Büros Washington. Hochrangige Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger sowie Expertinnen und Experten aus Deutschland und den USA kommen dabei zum intensiven Austausch zur Entwicklung gemeinsamer Standpunkte und Politikempfehlungen zusammen. So ist zum Beispiel der weitere Umgang mit aufsteigenden Mächten wie China und Russland in den USA ein heftig diskutiertes Thema. Deutschlands und Europas Erfahrungen – insbesondere im Verhältnis zu Russland – sind für die amerikanische Seite von großem Interesse. Auf europäischer Seite hat die Ankündigung der USA, sich verstärkt auf den asiatischen Raum zu konzentrieren, Verunsicherung ausgelöst.

Frieden und Sicherheit im asiatischen Raum sind durch einige langlebige Konfliktherde nach wie vor gefährdet. Vertrauensbildende Dialogplattformen der FES fördern seit Jahren die Gesprächsbereitschaft von Konfliktbeteiligten. Hohe internationale Anerkennung fand in diesem Zusammenhang eine sogenannte »Track-2«-Konferenz in New York über Sicherheit und Frieden in Nordostasien: Der nordkoreanische Chefunterhändler der Sechsparteiengespräche kam dabei unter anderem mit Senator John Kerry und Henry Kissinger zusammen.



Wahlkampfplakat der SPD, von 1912.

Die SPD stellt 1912 die Ungerechtigkeit einer Klientelpolitik ins Zentrum des Wahlkampfes: Die Regierungsparteien verschaffen ihren Interessengruppen finanzielle Vorteile, die Masse des Volks geht fast leer aus.

(Abbildung aus der Ausstellung »150 Jahre deutsche Sozialdemokratie«)

Ein neues Projekt in Südasien nimmt die Interessenlagen der Nachbarländer bei der Befriedung des Afghanistan-Konflikts in den Blick. Mit »Policy Groups« in Afghanistan, Indien, Pakistan und Zentralasien, in denen hochrangige ehemalige Regierungsmitglieder, Militärs, Expertinnen und Experten sowie Parlamentarier mitwirken, konnten mit Blick auf das Jahr 2014 Politikempfehlungen zur regionalen Zusammenarbeit erarbeitet werden. Die Folgen der Krisenherde in Asien und im arabischen Raum für Europas Außen- und Sicherheitspolitik wurden auch in einer Reihe sicherheitspolitischer Foren thematisiert, darunter der Cercle stratégique in Paris.

Zur Reform der Bundeswehr fanden sowohl öffentliche Diskussionen als auch Fachgespräche statt, die sich an Entscheidungsträger sowie Multiplikatoren aus Politik, Regierung, Verwaltung, Militär und Verbänden richteten. In Bonn ging es um die Frage, wie das strategische Konzept der NATO, die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie die Neuausrichtung der Bundeswehr zusammenpassen. Mit einer Tagung in Kiel wurde die Zusammenarbeit mit dem Deutschen Bundeswehrverband und dem Verband der Reservisten in Schleswig-Holstein fortgesetzt.

»The German Angst of Leadership« – unter diesem Titel beleuchtete in Boston Peer Steinbrück auf der »German Conference at Harvard« die außen- und sicherheitspolitische Führungsschwäche und -stärke Deutschlands in der NATO und in der EU.

Stipendiaten der FES widmeten sich in einer kritischen Analyse der Rolle Deutschlands als weltweit drittgrößter Waffenexporteur: »Konfliktförderung, Terrorismusbekämpfung oder nationale Wirtschaftsbelebung?«

Unter dem Titel »Verhandeln, bevor es zu spät ist? Präventive Diplomatie 20 Jahre nach der Agenda für den Frieden« diskutierten in Bonn über 120 Teilnehmer/innen des »Sicherheitspolitischen Forums NRW« über verschiedene Maßnahmen zur Verhinderung von Kriseneskalation. Dabei wurde deutlich, dass die Vereinten Nationen ihre Möglichkeiten nur unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft sowie regionaler Partner effektiv nutzen können.

In Kooperation mit dem renommierten Stockholm International Peace Research Institute wurde eine Dialogserie über die Bemühungen zur Konfliktbewältigung durch die Vereinten Nationen ins Leben gerufen – mit Veranstaltungen in Stockholm, Kathmandu, New Delhi und Brasilia. Die Ergebnisse wurden unter anderem auch in einer internationalen Fachkonferenz zur zivilen Krisenprävention in Berlin diskutiert.

Die Mitarbeit in der Arbeitsgemeinschaft Frieden und Entwicklung (FriEnt) mündete 2012 in eine Konferenzserie, bei der vor allem die Themen »Präventive Diplomatie«, »UN Peacebuilding Architektur« und »Sicherheitssektorreform« im Vordergrund standen.

Demokratieentwicklung und Menschenrechte

Die Beiträge der FES zur Demokratieentwicklung in Entwicklungs- und Schwellenländern zielen in besonderer Weise auf die Unterstützung der Zivilgesellschaft ab. Insbesondere Frauen, junge Menschen und benachteiligte gesellschaftliche Minderheiten sollen in die Lage versetzt werden, ihre eigenen Interessen zu vertreten und sich an politischen Entscheidungsprozessen zu beteiligen.

Nachwuchskräfte zu fördern ist eine der besonderen Kompetenzen der Friedrich-Ebert-Stiftung. So werden auf allen Kontinenten Young-Leaders-Programme durchgeführt. In sieben Ländern des Mittleren und Nahen Ostens soll beispielsweise ein zweijähriger Ausbildungsgang engagierte Jugendliche befähigen, eigene zivilgesellschaftliche Projekte zu initiieren und umzusetzen. In den Palästinensischen Gebieten wird das erfolgreiche Projekt »Youth for Democratic Change« fortgesetzt, das darauf ausgelegt ist, jungen Palästinenserinnen und Palästinensern aus dem Westjordanland und Ost-Jerusalem zu ermöglichen, eine zivilgesellschaftliche Vision für ihren zukünftigen Staat zu entwickeln, sich auf kommunaler Ebene zu engagieren und an politischen Prozessen zu beteiligen. Ein ähnlicher Ansatz wird im Gazastreifen verfolgt.

Der wohl erstaunlichste politische Wandel des Jahres 2012 fand in Myanmar statt. Mit dem Sieg der Opposition bei den Nachwahlen im April und dem Einzug von Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi ins Parlament erreichte der Reform- und Öffnungsprozess seinen vorläufigen Höhepunkt. Seit 2004 unterstützt die Friedrich-Ebert-Stiftung Aktivisten der Zivilgesellschaft und Reformkräfte in dem bislang von den Militärs regierten und politisch völlig isolierten Myanmar. Ein vielfältiges Programm vor Ort soll den Reformprozess unterstützen.

Bei der Ausgestaltung von Verfassungen gerade in Staaten im Umbruch kann die FES erkennbare Unterstützung leisten. So gilt es beispielsweise, im Nordsudan die Interimsverfassung in eine ständige Verfassung zu überführen. Durch die Unterstützung zivilgesellschaftlicher Initiativen konnten Dialoge zum Verfassungsprozess in Gang gesetzt und wichtige demokratische Interessengruppen einbezogen werden. Themenfelder waren insbesondere der föderale Aufbau des Staates und seiner Institutionen, das Verhältnis von Religion und Staat sowie die Bedeutung der Menschenrechte.

Die reformierte marokkanische Verfassung macht die Ausgestaltung konkreter Gesetze mit Bezug zu Grund-, Menschen- und Freiheitsrechten, aber etwa auch Regelungen zur Stärkung der Unabhängigkeit der Justiz notwendig. Aufgrund der langjährigen und vertrauensvollen Zusammenarbeit mit zahlreichen Facetten des zivilgesellschaftlichen Spektrums in Marokko ist es möglich, die Beteiligung dieser Gruppen an dem Prozess zu unterstützen. Auch im Jemen fördert die FES den laufenden Verfassungsreformprozess, unter anderem auch durch einen Beratungseinsatz der ehemaligen Justizministerin Herta Däubler-Gmelin.

Mit der internationalen Menschenrechtsarbeit konnte erneut ein Beitrag zur Stärkung menschenrechtsbasierter Normen und Politik geleistet werden. Die jährlich gemeinsam mit dem Forum Menschenrechte und dem Deutschen Institut für Menschenrechte organisierte Fachtagungsreihe zum Menschenrechtsrat lotete diesmal in erster Linie die Möglichkeiten von Kooperation im Rat aus. Ergänzend wurde auf einer internationalen Fachtagung in Berlin das Verhältnis zwischen Menschenrechtsrat und UN-Sicherheitsrat diskutiert. Durch beide Dialogplattformen konnten Vorschläge zur besseren Zusammenarbeit der Regionalgruppen erarbeitet und in politische Entscheidungsprozesse eingespeist werden.

Die Weiterentwicklung von Menschenrechtsnormen gerade bei so wichtigen Themen wie Klimawandel und Umweltschäden ist dringend notwendig. Der Menschenrechtsrat konnte sich jedoch zunächst nicht auf einen Sonderberichtersteller für diesen Bereich einigen. Bei einem durch die FES in Genf organisierten informellen Treffen erarbeiteten Botschafter und NRO-Expertinnen und -Experten eine Resolution zum Sondermandat. In der Folge beschloss der Menschenrechtsrat schließlich die Einrichtung des neuen Mandats zu Umweltfragen.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung im Spiegel der Presse

Januar

Handelsblatt 6. Januar 2012

Zum Knackpunkt wird vor allem die Absicherung der Selbstständigen. Ihre Zahl ist seit 1991 um über ein Drittel auf rund 4,5 Millionen gestiegen. Den größten Teil des Zuwachses machen Selbstständige ohne Angestellte aus. Viele von ihnen verzichten auf eine Altersvorsorge, weil ihr Einkommen gering ist. Rund ein Drittel hat nach einer Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung weniger als 1.100 Euro im Monat.

Neues Deutschland 7. Januar 2012

Wie wichtig die Erinnerung an die antifaschistische Tradition Kontinente übergreifend ist, machte vor einigen Wochen ein Internationales Symposium der Friedrich-Ebert-Stiftung zum Thema »Migration und politisches Engagement: Deutsche Aktivisten in Lateinamerika« deutlich. In der Ankündigung dazu hieß es: »Im Gegensatz zu den Auslandsaktivitäten des Nationalsozialismus scheint das politische Engagement deutscher Aktivisten anderer politischer Richtungen eher in Vergessenheit geraten zu sein.«

Südthüringer Zeitung 9. Januar 2012

Wie es in Ägypten weitergeht, ist nach Einschätzung der Friedrich-Ebert-Stiftung völlig unvorhersehbar. Nicht nur die koptischen Christen seien über die Entwicklung besorgt. Das gelte auch für »viele andere Menschen, denen es wichtig ist, dass Ägypten ein demokratisches Land wird, in dem auch Minderheiten ihre Rechte haben und geschützt werden«, sagte der Kairoer Büroleiter der Stiftung, Felix Eikenberg, im Deutschlandradio Kultur.

Der Tagesspiegel 9. Januar 2012

Birma mit all seiner Armut ist ein reiches Land. Und sie hoffen auf internationale Rehabilitation. Den Westen zu gewinnen, der auch gern Geschäfte machen will, setzt aber mehr voraus. Es braucht auch Raum für die anderen, die sich für eine Zivilgesellschaft einsetzen, die jenseits der Grenzen kaum jemand kennt. (...) Trotz aller Skepsis sagt Jürgen Stetten, Asien-Referatsleiter der Ebert-Stiftung: »Sie legen den Schalter um. Anders als Nordkorea haben sie auch die Chance.«

Main-Post 13. Januar 2012

Voraussetzung für eine weitgehend selbstbestimmte Lebensführung auch im höheren Alter sind neben der Förderung eines gesunden Lebensstils auch die Schaffung altersgerechter Infrastrukturen im Wohnumfeld und Angebote zur Erhaltung der psychischen und physischen Aktivität sowie die Förderung sozialer Netze und gemeinschaftlicher Wohnformen, so eine Studie, die von der Friedrich-Ebert-Stiftung veröffentlicht wurde.

Die Welt 14. Januar 2012

Ein Jahr nach dem Sturz Ben Alis hat sich die Lage für viele Tunesier kaum verbessert. »Zudem bleiben die Touristen aus, und die mittelständischen Unternehmen in Tunesien halten sich mit Investitionen zurück«, sagt Elisabeth Braune, Vertreterin der Friedrich-Ebert-Stiftung in Tunis.

Februar

Welt-Sichten 10. Februar 2012

Indonesien hat zwar schon ein Sozialversicherungssystem, doch es kommt nur einem Teil der Bevölkerung zugute. (...) »Das Hauptproblem bei den staatlichen Versicherungsunternehmen liegt in deren Intransparenz und in mangelnder Aufsicht«, kritisiert Tia Mboeik, Programmreferentin für Gewerkschaftsarbeit bei der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) in Jakarta.

Frankfurter Allgemeine Zeitung

16. Februar 2012

In einer Analyse des Belgrader Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung heißt es dazu, den EU-Kandidatenstatus könnten sich die Bürger weder aufs Brot schmieren, noch lasse sich damit ein Traktor betanken. So sehen es auch die Serben, deren EU-Begeisterung merklich nachgelassen hat.

Stuttgarter Zeitung 28. Februar 2012

„Wir wollen den Schülern ein Gespür für Demokratie geben und vermitteln, dass Politik nicht nur in Berlin stattfindet«, erklärt Bojana Zivkovic die Idee des Planspiels Kommunalpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung. In dem Planspiel, das die Stiftung vor einigen Jahren entwickelt hat, werden die Jugendlichen zu Stadträten, bereiten in Fraktionen eine Gemeinderatssitzung vor, erstellen Anfragen und Anträge und treffen unter Sachzwang Entscheidungen.

Westfalenpost 29. Februar 2012

Die Sicherheitslücke im Internetauftritt der nordrhein-westfälischen Polizei, der seit dem Hackerangriff Ende Januar lahmliegt, ist kein Einzelfall. Große Teile der Computerstrukturen der Bundesbehörden sind durch Angriffe gefährdet. Sie sind teilweise noch mit Systemen wie Windows 2000 ausgestattet und damit weitgehend schutzlos, wie auf einer Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn bekanntwurde.

Frankfurter Rundschau 25. Februar 2012

Die Proteste in Afghanistan sind das Ergebnis von verletzten Gefühlen durch die Koranschändung, von Frust über den schleppenden Aufbau des Landes und Ärger über Korruption. Das sagt Adrienne Woltersdorf, Chefin des Afghanistan-Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Westfälische Rundschau 29. Februar 2012

Zur Konferenz für Kinder aus suchtbelasteten Familien waren über 180 Teilnehmer aus Deutschland, Österreich, Polen, Luxemburg und den USA erschienen – unter dem Motto: »Räume des Vertrauens schaffen«. Die Konferenz war gleichzeitig Auftakt für eine Aktionswoche für Kinder aus Suchtfamilien. (...) Die Strategiekonferenz wurde von NACOA Deutschland in Kooperation mit der Friedrich-Ebert-Stiftung, der Landesstelle Berlin für Suchtfragen durchgeführt.

März

Der Neue Tag 1. März 2012

Die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) wollte mit kompetenten Leuten über »Lebensmittel zwischen Skandalen und Qualitätsansprüchen, Massenproduktion und Bio-Trend« diskutieren. Einen Vertreter vom Spitzenverband der deutschen Lebensmittelwirtschaft konnte Harald Zintl, Leiter des FES-Regionalbüros Regensburg, trotz Bemühungen nicht für die Veranstaltung gewinnen.

Süddeutsche Zeitung 3. März 2012

Zum einen hat das Verhältnis Ägyptens zu seinen westlichen Partnern gelitten, ist Vertrauen zerstört worden. Zum anderen werden Organisationen wie die Adenauer-Stiftung oder die SPD-nahe Friedrich-Ebert-Stiftung in Zukunft sehr vorsichtig sein müssen bei ihrer Arbeit im Land. Darunter leiden wird am Ende die ägyptische Zivilgesellschaft. Und das, obwohl sie nach den langen Jahrzehnten autoritärer Herrschaft gerade jetzt Hilfe bräuchte, sich besser zu organisieren.

Dresdner Neueste Nachrichten 6. März 2012

Mitmachen statt meckern – Pirnas Jugend soll die Stadt mitgestalten. »Die Jugendlichen sind aufgerufen, selber Ideen zu entwickeln«, sagt Peggy Pöhland vom Jugendring. (...) Die Veranstaltung dient dazu, Gleichgesinnte zu reffen und sich mit ihnen über die Umsetzung ihrer Ideen und Änderungsvorschläge auszutauschen. Als Ansprechpartner sind Mitarbeiter des Jugendrings vor Ort. Die Moderation übernimmt Urban Überschär von der Friedrich-Ebert-Stiftung Berlin.

Neue OZ Osnabrücker Zeitung 7. März 2012

Die Veranstaltungen erstrecken sich in alle Lebensbereiche – und beinhalten auch die in Russland in diesen Tagen heiß diskutierten politischen Fragen. Beispiele sind der von der Friedrich-Ebert-Stiftung organisierte deutsch-russische Expertenkreis zum Thema »Ein neuer Gesellschaftsvertrag: Kooperation von Zivilgesellschaft, Staat und Wirtschaft« ...

Westfalenpost 8. März 2012

Unter den Frauen der Jahrgänge 1957 bis 1961 werden 36 Prozent über ein Nettoalterseinkommen – also nicht nur die Rente – unterhalb der Sozialhilfeschwelle (knapp 700 Euro für Alleinstehende) verfügen, ermittelten sie in einer Studie für die Friedrich-Ebert-Stiftung.

DVZ Deutsche Verkehrszeitung 8. März 2012

Die Lärminderung im Verkehr sollte energisch angegangen werden. Das wird in einem Eckpunktepapier der Friedrich-Ebert-Stiftung gefordert. Wege und Instrumente seien bekannt, es mangle jedoch an der Umsetzung. Die externen Kosten von Verkehrslärm seien schon 2005 mit 9,7 Mrd. Euro pro Jahr berechnet worden. Lärm von mehr als 65 db (A) tagsüber und 55 db (A) nachts führe zu Gesundheitsschäden.

April

familie &co 4. April 2012

»Ich habe kein schlechtes Gewissen, typisch französische Rabenmutter«, scherzt die 40-jährige Valerie, die zwei Söhne hat und in Köln als Biologin arbeitet. Vollzeit, versteht sich – so wie viele Französinen. Während in Frankreich nur 22 Prozent der Mütter von Kleinkindern in Teilzeit arbeiten – bei einer insgesamt höheren Erwerbsquote –, sind es in Deutschland nach einer Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung 46,2 Prozent. Gleichzeitig ist die Geburtenrate bei unseren Nachbarn mit 2,1 Kindern höher als in Deutschland mit 1,4.

Berliner Zeitung 5. April 2012

Vor 20 Jahren begann die Belagerung Sarajevos. Noch heute ist Bosnien-Herzegowina kein normaler Staat. Am vergangenen Montag hatte die Friedrich-Ebert-Stiftung in Sarajevo Politiker, Wirtschaftsexperten, Journalisten und Vertreter von NGOs eingeladen. Sie sollten darüber diskutieren, wie sie sich Bosnien-Herzegowina im Jahre 2025 vorstellen. Das Ergebnis ihrer Erörterungen zeugt von Ratlosigkeit.

DW.de 19. April 2012

German diplomats view Nigeria as a stabilizing influence in the region. According to Thomas Mättig, resident representative of the think-tank Friedrich Ebert Stiftung, which is affiliated to Germany's Social Democrat Party, Nigeria has great potential as a mediator. »It has often spoken out very clearly in favour of democracy and stability and against military coups,« he said.

Mai

Welt.Online 10. Mai 2012

Der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel warnt vor einer Verklärung der DDR-Geschichte. Es habe im persönlichen Bereich auch eine Idylle hinter dem Eisernen Vorhang gegeben, sagte Gabriel am Donnerstag zum Auftakt des 23. Bautzen-Forums. Die DDR sei aber keineswegs ein »normaler Staat« gewesen. (...) Veranstaltet wird das Bautzen-Forum von der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Handelsjournal 18. Mai 2012

Die westlichen Industrienationen sind auch in den nächsten Jahren auf eine Neuverschuldung angewiesen. Hinzu kommen die Anleihen-Emissionen des Euro-Rettungsfonds. Diese und andere Faktoren dürften nach einer Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung, »Basel III und Mittelstandsfinanzierung«, dazu führen, dass insbesondere die auf Bankkredite angewiesenen Klein- und Mittelbetriebe eine Verschlechterung ihrer Finanzierungssituation hinnehmen müssen.

M – Menschen machen Medien 23. Mai 2012

Wie kann auf die Veränderungen der klassischen Medienlandschaft durch die Digitalisierung reagiert werden? Diese Frage war allgegenwärtig auf der Re:publica. Journalismus im Netz und mit dem Netz sowie neue Formen des Journalismus wurden in zahlreichen Veranstaltungen erörtert. Die Betreiber des Portals »Vocer« (YM« 1/2012) präsentierten den zusammen mit der Friedrich-Ebert-Stiftung gerade herausgegebenen »Innovationsreport Journalismus«.

Aachener Nachrichten 24. Mai 2012

Doch es sind nicht nur die jungen Männer mit den kahlgeschorenen Schädeln und den schweren Springerstiefeln, die Hass auf Minderheiten schüren. Einer Studie der Friedrich Ebert-Stiftung zufolge sind Antisemitismus und Intoleranz in Polen und anderen mitteleuropäischen Staaten erschreckend weit verbreitet, bis in die Mitte der Gesellschaft hinein.

Berliner Zeitung 25. Mai 2012

Wirtschaftsexperten aus dem Osten erwarten eine Angleichung der Lebensverhältnisse zwischen den neuen und den alten Ländern frühestens für das Jahr 2040. Das ergibt eine aktuelle Studie der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung.

Ostsee-Zeitung, Rostock 25. Mai 2012

Wie geht es nach dem Auslaufen des Solidarpaktes II im Jahr 2019 mit dem Aufbau Ost weiter? Dieser Frage geht eine aktuelle Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung nach. Eine große Mehrheit der befragten rund 50 Experten – 87 Prozent – hält auch nach dem Auslaufen des jetzigen Solidarpaktes eine Sonderförderung Ost durch den Bund für notwendig.

Juni

Thüringer Allgemeine, Erfurt 25. Mai 2012

Fusionen als Königsweg: Was in der Wirtschaft zur Steigerung von Umsatz und Kostenstruktur als geeignetes Mittel gilt, müsste nach Auffassung von Unternehmenschefs auch in öffentlichen Verwaltungen funktionieren. Das legen die Ergebnisse von zwei Studien nahe, die gestern unabhängig voneinander in Erfurt und Berlin vorgestellt wurden. So wünschen sich laut einer ostdeutschlandweiten Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung zwei von drei befragten Experten aus Wissenschaft und Politik eine Neugliederung der Bundesländer.

Hamburger Abendblatt 26. Mai 2012

Es war nicht allein die stickig-warme Luft, die am vergangenen Donnerstag im Julius-Leber-Forum am Rathausmarkt die Gemüter erhitzte. Sondern auch das Thema des Abends. »Das digitalisierte Kinderzimmer – Was das veränderte Medienverhalten mit uns macht« – so hatte die Friedrich-Ebert-Stiftung die Podiumsdiskussion überschrieben.

Lübecker Nachrichten 8. Juni 2012

In Finnland, Schweden und Norwegen wird seit einigen Jahren Betreuungsgeld gezahlt, die Beträge sind mit monatlich um die 400 Euro viel höher als hierzulande. Nach einer Studie der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung sind die Erfahrungen eher negativ: Die Leistungsempfänger seien in allen drei Ländern vor allem »Frauen mit geringer Bildung, niedrigem Einkommen und Migrationshintergrund«, heißt es darin.

Berliner Zeitung 21. Juni 2012

„Wir müssen das Vertrauen der Menschen in die Demokratie stärken«, sagt Ursula Koch-Laugwitz von der Friedrich-Ebert-Stiftung, die seit 1993 ein Büro in Kiew unterhält. Noch immer sind Nachwirkungen aus der Sowjetzeit zu spüren, als die Ukraine Teil eines totalitär und zentralistisch geführten Landes war. Die Ebert-Stiftung hat seit 2008 Schulungen zum Thema Toleranz und Bürgerschaftliches Engagement organisiert, mit Kommunen und Behörden. Sie hatte es schwer, Partner vor Ort zu finden.

Berliner Zeitung 23. Juni 2012

Die SPD-nahe Friedrich-Ebert-Stiftung beispielsweise arbeitet am Konzept einer sogenannten »Großen Familienteilzeit«, um beiden Elternteilen Zeit für Beruf und Familie zu ermöglichen. Ein Teil des fehlenden Einkommens soll bei diesem Modell anderweitig kompensiert werden. Die Zeit scheint reif für neue Konzepte dieser Art.

Juli

Der Tagesspiegel 29. Juni 2012

Dass der Drang zur Differenzierung im Hochschulsystem alle betrifft, ist klar, wie der Hochschulforscher Ulrich Teichler (Kassel) sagt: »Der Wettbewerb um Exzellenz zwingt alle Hochschulen in einen Wettbewerb um Auffälligkeit.« Teichler sprach am Mittwochabend in der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin bei einer Diskussion, wie sich Hochschulen »jenseits der Exzellenz« profilieren können.

Personalwirtschaft 29. Juni 2012

Der demographische Wandel zwingt Unternehmen zum Umdenken. Sie müssen in ihre erfahrenen Mitarbeiter investieren, auch wenn diese schon über 50 sind. So hat die Daimler AG in Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung in einer Studie »Perspektive Alter und Arbeit« das Thema Gesundheitsförderung als zentrale Maßnahme zum Umgang mit einer Aging Workforce postuliert.

Der Neue Tag 14. Juli 2012

Einen tieferen Eindruck kann eine Veranstaltung kaum hinterlassen, als die unter die Haut gehenden Schilderungen von Nazi-Aussteiger Manuel Bauer. Die Friedrich-Ebert-Stiftung organisierte drei Vorträge an Weidener Schulen, in denen Manuel Bauer seinen Weg in die Neonazi-Szene sowie seinen Ausstieg daraus erzählt.

E+Z 17. Juli 2012

Die Demokratische Republik Kongo kommt nicht zur Ruhe. Kürzlich wurden erneut anstehende Kommunalwahlen vertagt, und das Ergebnis der Präsidentschaftswahlen von 2011 bleibt umstritten. Laut einer aktuellen Studie von Mirko Herberg von der Friedrich-Ebert-Stiftung zeigt diese Erfahrung, dass Machtwechsel durch Wahlen in Zentralafrika praktisch unmöglich sind.

Stuttgarter Zeitung 19. Juli 2012

Nicht thematisiert hat der Gemeinderat bei der Verabschiedung des neuen Verwaltungsaufbaus seine eigene Rolle. Aber auch die muss sich ändern, heißt es in einer Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung. Aufgabe der Kommunalpolitiker sei »vor allem die Erstellung von Leitbildern und die Vorgabe strategischer Ziele«.

August

Welt Kompakt 24. Juli 2012

„Ich kann ihnen versichern, dass die absolute Mehrheit der Griechen den Euro will«, sagte der griechische Finanzminister Yannis Stournaras in Athen, »denn außerhalb des Euro wartet ein langsamer, schmerzhafter Tod«. Christos Katsioulis, Leiter der Friedrich-Ebert-Stiftung in Athen, stimmt dem Minister zu. Für ihn hat die Diskussion über einen möglichen Austritt aus dem Euro neben der ökonomischen vor allem eine psychologische Komponente: »Der Euro ist die zentrale Bindung der Griechen an Europa. Wieder zur Drachme zurückzukehren stellt ein wahres Schreckensszenario dar«, sagte er im Gespräch mit »Welt Kompakt«.

DW 26. Juli 2012

Ghana gilt weiter als Vorbildland in Westafrika. Die Wirtschaft ist relativ breit aufgestellt, 2011 waren die Wachstumsraten zweistellig. Auch politisch gilt das Land als stabil – mit einer gefestigten Demokratie. Daran wird auch der plötzliche Tod des Präsidenten nichts ändern, meint Daniela Kuzu. Sie leitet das Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in der Hauptstadt Accra und traut dem Übergangspräsidenten und engem Vertrauten des verstorbenen Mills eine solide Führung zu.

Journalist 2. August 2012

Politikwissenschaftlerin Schellenberg hält die Berichterstattung über das wahre Ausmaß rechter Gewalt für eine vernachlässigte journalistische Pflicht: »Wichtig wäre, investigativ über einen vertuschten rechten Hintergrund einer Gewalttat zu berichten.« Nur so ließe sich belegen, dass die NSU-Morde in einer Kontinuität rechter Gewalt stünden. Auch Oliver Decker, Co-Autor viel beachteter Studien der Friedrich-Ebert-Stiftung zu rechtsextremen Einstellungen, kritisiert, dass Straftaten nicht korrekt eingeordnet werden, obwohl der neonazistische Hintergrund sehr oft auf der Hand liege.

Die Welt 16. August 2012

„Die Salafisten gewinnen an Einfluss, das wird an vielen Stellen der Gesellschaft deutlich«, sagt Elisabeth Braune, Leiterin der Friedrich-Ebert-Stiftung in Tunis. Während die Salafisten zu den Wahlen im vergangenen Oktober nicht zugelassen waren, sind mittlerweile zwei salafistische Parteien genehmigt worden. »Insbesondere während des Ramadans zeigt sich der wachsende Einfluss der Religion in Tunesien«, sagt Braune.

Financial Times Deutschland 29. August 2012

Zum Modell des Betreuungsgelds liegen bereits mehrere frühere Gutachten vor, unter anderem im Auftrag der Grünen und der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung. Auch darin wird jeweils der Nutzen und die Verfassungskonformität des Betreuungsgeldes bestritten.

September

Der Tagesspiegel 9. September 2012

Dagegen hat Familienpolitik in Schweden die Gleichberechtigung von Frauen und Männern im Arbeitsleben im Fokus. So wird bei Kinder- oder Altenbetreuung viel mehr vom öffentlichen Sektor übernommen als in Deutschland, wo dies lange als Privatsache angesehen wurde. Eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) zeigt, dass Schweden ein ausgewogenes Verhältnis zwischen männlicher und weiblicher Erwerbstätigkeit hat.

Das Parlament 17. September 2012

„Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Genossinnen und Genossen« – diese Worte sind im Bundestag öfter zu hören, jedoch selten von einem ausgewiesenen Christdemokraten. Und doch eröffnete Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) mit diesen Worten am Mittwochabend im Paul-Löbe-Haus des Bundestages die Ausstellung »150 Jahre deutsche Sozialdemokratie: Für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität«, die vom Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn erarbeitet wurde.

Die Zeit 20. September 2012

Mit den Chancen und Risiken der Digitalen Arbeit in Deutschland hat sich nun die der SPD nahestehende Friedrich-Ebert-Stiftung befasst. Dabei zeichnen die beiden Autoren Michael Schwemmler und Peter Wedde zwar ein differenziertes, im Kern aber einseitiges Bild. Digitale Arbeit sei »vorwiegend von Vorgaben und Dispositionen der Unternehmen, der Arbeit- und Auftraggeber abhängig«, schreiben sie, »zu wenig jedoch an den Bedürfnissen der Erwerbstätigen und am Ziel guter Arbeit ausgerichtet.«

die tageszeitung 27. September 2012

Woran scheitern Klimakonferenzen? 33 junge Experten aus aller Welt haben eine UN-Konferenz in Berlin simuliert. Veranstaltet wurde die internationale Jugendkonferenz, in der neben dem Planspiel auch Gespräche mit Experten aus dem Bereich der internationalen Klimapolitik stattfanden, von der Friedrich-Ebert-Stiftung und deren Auslandsbüros. »Während des Planspiels schlüpfen die Teilnehmer in Rollen, in denen sie sich von ihren eigenen politischen Positionen entfernen müssen«, so Rebecca Demars vom Forum Jugend und Politik in Bonn.

Hannoversche Allgemeine Zeitung

29. September 2012

Nach Überzeugung von Christoph Pohlmann, Leiter des Büros der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung in Seoul, hat die südkoreanische Regierung das Konsultationsgremium vor allem deshalb ins Leben gerufen, um den Gedanken an die staatliche Einheit am Leben zu halten. Vor allem bei jungen Menschen gebe es viele Zweifel, »ob ein Zusammenschluss mit dem Norden noch erstrebenswert ist«.

Oktober

STAATSANZEIGER, Baden-Württemberg

12. Oktober 2012

Dass automobiler Fahrgelegenheiten in Deutschland über Belastungsgrenzen hinaus genutzt werden, das gehöre »zu den gern verdrängten fundamentalen Wahrheiten verkehrspolitischer Diskussionen«, heißt es in einer Untersuchung der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Der Tagesspiegel 14. Oktober 2012

Rolf Heinze, Professor an der Ruhr-Universität Bochum, hat im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung die Wirtschaftsförderung für die Kultur- und Kreativwirtschaft in drei Städten untersucht. Sein Fazit: Berlin ist ein Magnet für die Branche, aber es gebe viele Randbereiche, in denen die Menschen nicht genug verdienen. »Das wird oft vergessen oder als sexy dargestellt«, sagt Heinze und findet das unanständig.

ver.di Publik 22. Oktober 2012

Das ist das neue Birma. Die Bürger, die Arbeiter/innen, alle haben Rechte. »Anfangs haben sie gezögert, diese Rechte auch wahrzunehmen«, sagt Myo Myo Myint, Verbindungsfrau der Friedrich-Ebert-Stiftung in Rangun. »Die Angst vor Repressalien sitzt tief, und auf den unteren Behördenebenen sind die Reformen noch nicht richtig angekommen.« Doch die Birmanen würden zunehmend selbstbewusster. In Fabriken gründen sie die ersten Gewerkschaften, streiken für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen.

Financial Times Deutschland 26. Oktober 2012

Vietnam droht Bauernaufstand. Viele Farmer könnten 2013 ihr Land verlieren. Grund ist das sozialistische Bodenrecht. »Die Gefahr der sozialen Unruhe ist groß«, befindet Tieu Dung Tien von der Friedrich-Ebert-Stiftung in Hanoi.

Meinerzhagener Zeitung 31. Oktober 2012

„Alle schätzen es, aber keiner will es machen. Das ist die Einstellung der Gesellschaft zur Arbeit in den Pflegeberufen.« Damit sprach eine Teilnehmerin gewiss auch für die anderen rund 60 Auszubildenden beim Workshop in Haus Nordhelle. Aus dem gesamten Kreisgebiet waren sie auf Einladung der Friedrich-Ebert-Stiftung gekommen, um über ihre Motivation zur Berufswahl und ihre Zielsetzungen Auskunft zu geben.

November

Flensburger Tagblatt 5. November 2012

Das Internet – Segen oder Fluch? Jörg Ziercke, Präsident des Bundeskriminalamtes (BKA), kennt sich besonders gut aus mit den dunklen Seiten des weltweiten Netzes. Im vergangenen Jahr habe das BKA in Deutschland rund 60 000 Fälle von Internetkriminalität registriert, erläuterte der Behördenchef in Flensburg bei einer Veranstaltung von Friedrich-Ebert-Stiftung und Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik. Die Aufklärungsquote habe bei nur etwa 30 Prozent gelegen – Tendenz fallend.

Oranienburger Generalanzeiger

9. November 2012

Eine inklusive Schule ist nicht mehr und nicht weniger als eine gute Schule für alle Kinder. In Brandenburg ist das Thema in aller Munde. Am Mittwochabend hatte die Friedrich-Ebert-Stiftung eine Reihe von Protagonisten bei der Umsetzung der inklusiven Schule an einen Tisch gesetzt, um das Thema öffentlich zu debattieren.

Vorwärts November 2012

„Wir möchten die Wertedebatte beleben und Politik damit transparenter und demokratischer machen«, sagt der Vorsitzende der Ebert-Stiftung, Peter Struck. Während der zwei Kongresstage gelingt dies sehr gut: Ex-Präsidentschaftskandidatin Gesine Schwan diskutiert mit Bischöfin Maria Jepsen über Solidarität, SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier mit dem Politikwissenschaftler Claus Offe über »gutes Regieren«. Politik trifft Philosophie lautet das Prinzip der beiden Tage.

Offenbach-Post 13. November 2012

Weltuntergang nicht ausgeschlossen. So lautet die simple Botschaft einer Informationsveranstaltung des Darmstädter Satellitenkontrollzentrums (ESOC) und der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung. Unter dem Titel »Wenn uns der Himmel auf den Kopf fällt« diskutierten Raumfahrtexperten auf dem Gelände des ESOC mit interessierten Bürgern und hielten aufrüttelnde Vorträge.

Berliner Zeitung 13. November 2012

Die Aufregung wird wieder einmal groß sein. Wie alle zwei Jahre, wenn die Friedrich-Ebert-Stiftung aufs Neue nachweist, dass die Heilige Kuh des deutschen Politikverständnisses, die oft beschworene Mitte der Gesellschaft, einige ziemlich große braune Sprenkel aufweist. Der Blick richtet sich einmal mehr nach Osten, auf die gar nicht mehr so neuen Bundesländer.

die tageszeitung 13. November 2012

Seit 2002 untersuchen die Sozialforscher Elmar Brähler und Oliver Decker antidemokratische Einstellungen in der Bevölkerung. Ihr zweijährlich von der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung vorgelegtes Rechtsextremismus-Barometer gilt als eine der wichtigsten Studien zum Thema. Für die diesjährige Erhebung wurden in diesem Sommer rund 2.500 Bürgerinnen und Bürger in Deutschland befragt.

Bild 13. November 2012

Erschreckende Erkenntnis: Laut einer Studie der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung haben 9% der Gesamtbevölkerung ein geschlossenes rechts-extremes Weltbild. Besonders in Ostdeutschland stieg die Zahl massiv an: Vertraten 2010 noch 10,5% rechtes Gedankengut, sind es jetzt 15,8%. Im Westen ging dagegen der Anteil von 7,6 auf 7,3% etwas zurück.

Frankenpost 16. November 2012

Neonazis, die mittlerweile in allen Schichten der Gesellschaft zu finden sind, versuchen in zunehmendem Maße, Ressentiments gegen Ausländer für sich auszunutzen. Dass hinter ihren Botschaften nichts anderes als Menschenhass und Demokratiefeindlichkeit stehen, soll die für junge Leute konzipierte Ausstellung der Friedrich-Ebert-Stiftung aufzeigen.

Der Tagesspiegel 16. November 2012

Wie schwierig es ist, in Äthiopien zu arbeiten, hat – versteckt in einer Studie zur Pressefreiheit – die SPD-nahe Friedrich-Ebert-Stiftung beschrieben. »Die Menschen sind generell ängstlich, ihre politischen Ansichten offen zu äußern«, heißt es dort.

Stuttgarter Zeitung 20. November 2012

NSU, NPD und Freie Nationalisten – nur einige der Schlagwörter, die seit gestern auf den 16 Stellwänden in der Erich-Bracher-Schule zu lesen sind. Und die vielen Jugendlichen nichts oder nur wenig sagen. Das ist einer der Gründe für die Friedrich-Ebert-Stiftung, mit der Wanderausstellung »Demokratie stärken – Rechtsextremismus bekämpfen« in Schulen zu gehen. »Wir wollen einen Beitrag zur Aufklärung leisten«, sagte Christine Arbogast anlässlich der Eröffnung gestern.

Der Tagesspiegel 22. November 2012

Obwohl Frauen im öffentlichen Dienst mehr als die Hälfte der Beschäftigten stellen und dieser gesetzlich weitgehend zur Gleichstellung verpflichtet ist, sind sie in Führungspositionen deutlich unterrepräsentiert. Zu diesem Ergebnis kommt eine neue Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin im Auftrag der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung, die am Mittwoch in Berlin präsentiert wurde.

Süddeutsche Zeitung 27. November 2012

Kritisch sind auch die Wissenschaftler Michael Dauterstadt und Julian Dederke, die im Sommer 2012 für die Friedrich-Ebert-Stiftung das »deutsche Wirtschaftswunder« analysiert haben. (...) Die Agenda habe einen doppelten Effekt für die Leistungsbilanz gehabt und den Überschuss erhöht. Die schwache Binnennachfrage dämpfte die Importe, und die niedrigen Löhne erhöhten die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Exporte.

Dezember

Bauern Zeitung 7. Dezember 2012

„Kaufen Sie Land. Es wird keines mehr gemacht!« Was Mark Twain noch augenzwinkernd gemeint hatte, ließ die Gäste des Forums, zu dem die Friedrich-Ebert-Stiftung gemeinsam mit dem Leibniz-Zentrum für Agrarlandschaftsforschung (ZALF) geladen hatte, alles andere als schmunzeln. Seit das Investieren in Immobilien, Aktien und selbst in einst sicher gewählte Staatspapiere heikel ist, Gold teuer wird und konservative Anlagen kaum Zinsen bringen, haben Finanzstrategen den Boden, insbesondere das Ackerland, als sichere und mittlerweile lohnenswerte Alternative erkannt.

VCI Nachrichten 7. Dezember 2012

Das Übergangssystem von der Schule zur Arbeit ist brüchig. In einem Land, das dank der dualen Systems vergleichsweise gut dasteht, schafften es laut Friedrich-Ebert-Stiftung fast 30 Prozent der Jugendlichen nicht, unmittelbar nach der Schule einen Ausbildungsplatz zu bekommen.

Welt am Sonntag 9. Dezember 2012

Im Vergleich zu anderen Ländern ist Kambodschas Textilindustrie der buchstäbliche Einäugige unter den Blinden. Auch hier geht es nicht rosig zu für die fast 350.000 Arbeiter – aber immer noch besser als anderswo. »Wenn ich Überstunden mache, verdiene ich 85 US-Dollar im Monat«, erzählt Hang Bunthom einem Kamerateam der Produktionsfirma Meta House, die für die Friedrich-Ebert-Stiftung und die Initiative »Better Factories Cambodia« Kurzfilme über die Situation der Textilarbeiterinnen drehte.

Westdeutsche Zeitung 17. Dezember 2012

Wie wird eine europäische Militärmission in Mali aufgenommen? Annette Lohmann, Friedrich-Ebert-Stiftung in Mali: Die malische Reaktion ist sehr positiv: Die dringend benötigte internationale Unterstützung wird willkommen geheißen. Laut einer aktuellen Umfrage der Friedrich-Ebert-Stiftung in Mali befürworteten 75 Prozent der Bürger Bamakos eine militärische Unterstützung Frankreichs und 79 Prozent eine der USA.

Schwerpunktthemen

**66 Ideen für
Europas Zukunft**

**68 Wie wollen wir leben?
Für einen neuen
Fortschrittsbegriff**

Ideen für Europas Zukunft

Die Sorge um den Erhalt der Eurozone prägte auch im dritten Jahr der Haushalts- und Finanzkrise die politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Debatten.

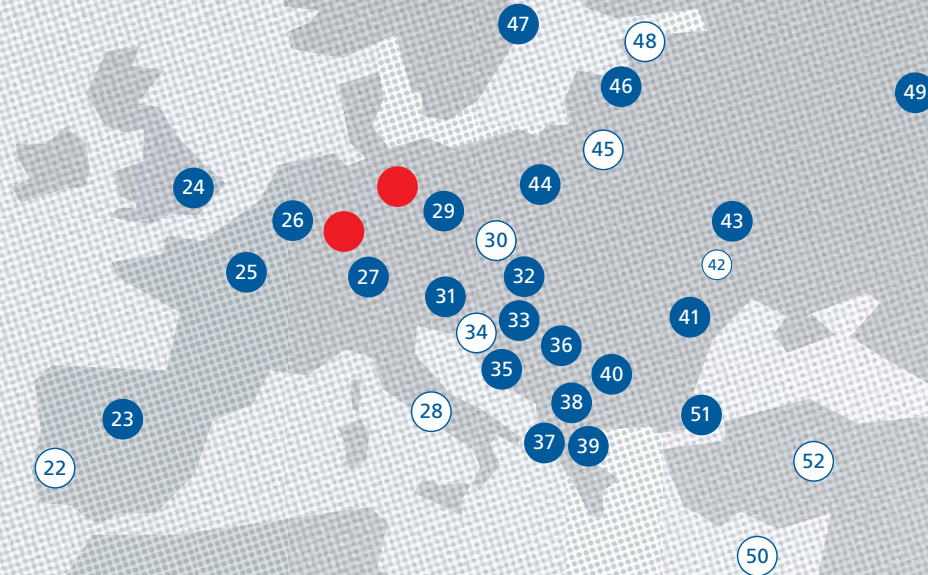
Eine Analyse der Defizite und Mängel der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion war schon frühzeitig Gegenstand von Bildungs- und Beratungsangeboten der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Im Dialog mit Bürgerinnen und Bürgern, Vertreterinnen und Vertretern der Politik, Wissenschaft, Wirtschaft, der Gewerkschaften und der Zivilgesellschaft wurden auf regionaler, nationaler und transnationaler Ebene Konzepte zur Überwindung der Krise und Neuausrichtung der Europäischen Union intensiv diskutiert. Einhellig wurde dabei betont: Die Ergänzung des ökonomischen Integrationsprozesses durch eine politische Union ist eine Kernaufgabe der Sozialen Demokratie.

Da immer mehr Länder in den Sog der Krise geraten, werden zunehmend die dominierende Interpretation und die daraus abgeleiteten politischen Vorgehensweisen kritisiert. Überzeugend analysiert Professor Klaus Busch in der umfassenden Studie »Scheitert der Euro?«, dass die exzessiven Sparauflagen für die Krisenländer ein wesentlicher Grund für die Verschärfung der Probleme sind. Die Studie wurde in Deutsch und Englisch bereits über 35.000 Mal aus der Digitalen Bibliothek der FES heruntergeladen. Zum Verständnis über die Ursachen der Krise trug der Autor unter anderem auf Tagungen der FES-Büros in Madrid, Lissabon und Buenos Aires bei. In einer Veranstaltungs- und Studiensequenz des Arbeitsbereichs »Internationale Politikanalyse« wurden die Inhalte eines Wachstumsprogramms für Europa erörtert, in dessen Mittelpunkt nach Einschätzung der Beteiligten vor allem Investitionen in wirtschaftliche und nachhaltige Projekte stehen müssen.

Tagungen des Kocheler Kreises für Wirtschaftspolitik sowie Diskussionen des Arbeitskreises Europa und des Managerkreises kamen zu dem Schluss, dass nur durch weitere Schritte in Richtung einer vertieften europäischen und demokratisch legitimierten Wirtschafts-, Finanz- und Sozialunion der Euro als gemeinsame Währung überleben kann.

Das dichte Netzwerk der Vertretungen der Friedrich-Ebert-Stiftung hat maßgeblich dazu beigetragen, entscheidenden politischen Kräften eine gemeinsame Basis für politische Handlungsoptionen zu ermöglichen. An nahezu allen Standorten der Eurozone wurden hochkarätig besetzte Foren organisiert, die Instrumente zur Überwindung der Krise bewertet und neue vorgeschlagen haben. In einer Serie von Workshops und Konferenzen in Brüssel, Berlin, Lissabon, Helsinki, Bratislava, Zagreb, Warschau, Barcelona, Athen, London, Paris, Ljubljana, Madrid, Rom und Tallinn wurden Zukunftsszenarien entwickelt. Grundlage der Diskussionen bildete die Publikation »Mapping Future Scenarios for the Eurozone« der ehemaligen portugiesischen Arbeitsministerin Maria João Rodrigues.



Die Vertretungen der FES in Europa

22 Lissabon	30 Bratislava	38 Skopje	46 Riga	● FES-Zentralen in Bonn und Berlin
23 Madrid	31 Zagreb	39 Athen	47 Stockholm	● Büros mit FES-Auslandsmitarbeiter/-innen
24 London	32 Budapest	40 Sofia	48 Tallinn	○ Büros mit FES-Ortskräften
25 Paris	33 Belgrad	41 Bukarest	49 Moskau	
26 Brüssel	34 Banja Luka	42 Chişinău	50 Nikosia	
27 Genf	35 Sarajevo	43 Kiew	51 Istanbul	
28 Rom	36 Pristina	44 Warschau	52 Ankara	
29 Prag	37 Tirana	45 Vilnius		

Stand: Mai 2013

Von herausragender Bedeutung für die transatlantische Zusammenarbeit war ein Dialogprogramm, in dem sich Peer Steinbrück mit amerikanischen und internationalen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern über die Situation der Eurozone austauschte, darunter US-Finanzminister Timothy Geithner, Weltbankpräsident Robert Zoellick und IMF-Direktorin Christine Lagarde.

Neben der Diskussion der richtigen politischen Instrumente zur Überwindung der Eurokrise ist die soziale Lage in den Krisenländern stärker in den Fokus gerückt. In Athen hat die FES daher ein neues Büro eröffnet, das seit Mai 2012 mehrere Analysen zu den Auswirkungen der Sparpolitik veröffentlicht hat. Nicht nur in Griechenland werden junge Menschen von der Krise besonders hart getroffen. Zehn Länderstudien zur hohen Jugendarbeitslosigkeit in Europa widmeten sich dem Thema.

Der Weg zu einer politischen Union ist aufgrund der globalen Dimension der hiesigen Entwicklungen auch außerhalb Europas von großem Interesse. Mit Dialogprojekten in Peking und Schanghai oder im Rahmen des lateinamerikanisch-deutschen Parlamentarierdialogs in Buenos Aires wurden Handlungsoptionen erörtert und die Entwicklung alternativer Lösungsansätze vorangetrieben.

Wie wollen wir leben? Für einen neuen Fortschrittsbegriff

Die komplexen Probleme und Krisendynamiken in den Bereichen Finanzmärkte, Umwelt, Wirtschaft und sozialer Zusammenhalt und die schwierige Suche nach Lösungen hat die Bevölkerung in vielen Ländern verunsichert. Unser bisheriges Wirtschafts- und Wachstumsmodell wird grundsätzlich infrage gestellt. Weder hat es in den letzten Jahrzehnten für spürbar mehr Wohlstand gesorgt, noch hat es das Wirtschaftswachstum vom Ressourcenverbrauch entkoppelt.

In diesem Zusammenhang weckt der Fortschrittsbegriff eher Angst und Abwehr als Hoffnung und Neugier. Zudem besteht die Gefahr einer Legitimations- und Demokratiekrise als Folge des sinkenden Vertrauens darin, dass demokratische Institutionen und politische Eliten in der Lage sind, Antworten auf die drängenden Probleme zu finden.

Als Folge sucht man in Deutschland und vielen anderen Ländern nach einer grundsätzlich neuen Verständigung über gesellschaftlichen Zusammenhalt, Wohlstand und Wachstum. Dabei geht es nicht nur um Krisenbewältigung, sondern um Antworten auf die Frage »Wie wollen wir leben?« Geklärt werden muss, wie die dringende Transformation unseres Wohlstands- und Wachstumsmodells und damit der gesellschaftliche Fortschritt ökonomisch tragfähig, sozial gerecht und ökologisch nachhaltig zu gestalten sind – sowohl innerhalb von Gesellschaften als auch zwischen Ländern und Regionen.

Zusammen mit der Hans-Böckler-Stiftung, der Otto-Brenner-Stiftung und dem Progressiven Zentrum wurde 2011 das Fortschrittsforum mit über 100 Mitgliedern gegründet. Unter der Leitung von Jutta Allmendinger, Präsidentin des WZB, Ernst Ulrich von Weizsäcker, Leiter des International Resource Panels der UNEP, und Angelika Gifford, Direktorin Microsoft Deutschland GmbH, begleitet das Forum zum einen kritisch die Arbeit der Enquetekommission »Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität« des Deutschen Bundestages. Dabei beraten Expertinnen und Experten des Forums regelmäßig die Enquetekommission. Zum anderen hat das Forum in verschiedenen Arbeitsgruppen den Bericht »So wollen wir leben!« erarbeitet, der Handlungsempfehlungen für die Errichtung einer ökologisch nachhaltigen, inklusiven und damit »Guten Gesellschaft« bietet. Einzelne Schwerpunkte wurden in Zusammenarbeit mit dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung im Vorfeld der Veröffentlichung in einer Workshop-Reihe diskutiert.

Zudem sind alle Debatten mit dem zentralen Portal www.fortschrittsforum.de einer interessierten Öffentlichkeit zugänglich. Dort finden sich inzwischen über 100 Artikel und die Filmreihe »Wie willst Du leben?«, in denen die globale Relevanz der Fragestellung erörtert wird.

Ein wichtiger Meilenstein war im Jahr 2012 der UN-Gipfel Rio + 20 – Anlass für die Friedrich-Ebert-Stiftung, weltweit Vordenker aus Nord und Süd zusammenzubringen und Positionen und Forderungen zu neuen Entwicklungsmodellen zu formulieren. In diesem Zusammenhang kam bei der Berliner Veranstaltung »Nachhaltigkeit reloaded?« Sigmar Gabriel mit den Trägern des alternativen Nobelpreises, Vandana Shiva und Chico Whitaker, zu einem Gedankenaustausch zusammen.



Auch die Projektarbeit in den Schwellenländern wurde konsequent auf das Thema Nachhaltigkeit ausgerichtet. Aus einer Serie von internationalen Fachkonferenzen in Brasilien, Brüssel, Indien, Mexiko, Russland und Südafrika gingen Empfehlungen hervor, die die notwendigen Konsequenzen für die globale Wirtschafts- und Umweltordnung aufzeigen.

Das Projekt »Klimapolitik sozial gerecht gestalten« leistete 2012 Beiträge zur Entwicklung von Eckpfeilern einer gerechten Klimapolitik – auf nationaler, regionaler und globaler Ebene. Neben Fragen zur Weiterentwicklung des internationalen Klimaregimes galten die Arbeitsschwerpunkte in den Länderprojekten den notwendigen wirtschaftspolitischen Reformschritten, der Errichtung klimafreundlicher Energieversorgungssysteme und der Einbindung und Stärkung der Zivilgesellschaft.

Laura Chinchilla, die Staatspräsidentin von Costa Rica, erläuterte im Mai in Berlin, wie das mittelamerikanische Land es bis 2021 schaffen will, CO²-neutral zu werden und gleichzeitig seine Ökonomie und Gesellschaft an die bereits verheerenden Auswirkungen des Klimawandels anzupassen.

Die Publikation »Green economy – turning over a leaf towards sustainable development« zeigt anschaulich, wie kontrovers die Debatte zum »Grünen Wirtschaften« verläuft. Von den Regierungen in den Industrieländern wird dies als Ausweg aus der ökonomischen und ökologischen Krise willkommen geheißen, während sie aus der Sicht zahlreicher NROs und des Südens zu kurz greift und Verteilungsaspekte ausspart.

In Asien sowie Mittel- und Osteuropa gingen Länderstudien der Frage nach, welche Wachstums- und Arbeitsmarktpotentiale grüne Sektoren bieten. Das Büro Israel unterstützte Partner bei der Entwicklung eines nationalen Plans zur »Grünen Wirtschaft«, der im Mai der Regierung vorgelegt wurde. Die gemeinsam mit Gewerkschaften und Umweltbewegungen in Südafrika durchgeführte Kampagne »One Million Climate Jobs« zeigte der dortigen Regierung, wie anstelle der geplanten Ausweitung der Atomenergie eine Million klimafreundliche Arbeitsplätze im Bereich erneuerbare Energien geschaffen werden können. Nicht zuletzt zeigte das in Deutschland organisierte Planspiel »Shaping Globalisation«, bei dem junge Führungskräfte aus 17 Ländern Klimaverhandlungen simulierten, die Schwierigkeiten internationaler Verhandlungsprozesse auf.

Preise der Friedrich-Ebert-Stiftung:

Das politische Buch

Für sein Buch »Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus« wurde dem britischen Politologen Colin Crouch der Preis »Das politische Buch« der Friedrich-Ebert-Stiftung verliehen.

Überzeugend arbeitet Crouch heraus, wieso der Neoliberalismus die Finanz- und Wirtschaftskrise so unbeschadet überleben konnte, und legt dar, wie die großen transnationalen Konzerne auf staatliches Handeln nachhaltigen Einfluss nehmen und demokratische Entscheidungsprozesse untergraben.

Die Jury beschrieb Crouchs Studie als eine differenzierte Analyse des gegenwärtigen komplexen wirtschaftspolitischen Geschehens mit seinen verhängnisvollen Auswirkungen auf Politik und Gesellschaft. In seiner Laudatio würdigte Sigmar Gabriel die Lektüre als außerordentlichen Gewinn, da sein Buch eine dringend notwendige Debatte über den Zustand der westlichen Demokratien befördere.

Der Preis, der zu den wichtigsten und ältesten Sachbuchpreisen in Deutschland zählt, wurde 2012 zum 30. Mal vergeben.

Menschenrechtspreis

Die pakistanische »Tribal Union of Journalists« (TUJ), die sich mit ihren 250 Mitgliedern für Medien- und Meinungsfreiheit in den konfliktträchtigen Stammesgebieten an der afghanisch-pakistanischen Grenze einsetzt, erhielt am 31. Oktober 2012 den Menschenrechtspreis der Friedrich-Ebert-Stiftung verliehen.

Die Stammesgebiete dienen als Rückzugsgebiete für in Afghanistan operierende Terrororganisationen. Inmitten dieses von der Außenwelt abgeschotteten Kriegsgebietes riskieren lokale Journalistinnen und Journalisten täglich ihr Leben, um unabhängige Nachrichten in die Welt zu senden. In ihrer Arbeit werden die Journalistinnen und Journalisten massiv durch die unterschiedlichen Konfliktparteien behindert. Mehr als 30 Journalisten wurden seit dem Jahr 2000 bei ihrer Arbeit bereits getötet. In seiner Laudatio würdigte der Ko-Vorsitzende der Afghanistan/Pakistan-Task-Force der SPD-Bundestagsfraktion, Johannes Pflug, die Arbeit von TUJ als vorbildlich und couragiert: »Jede Gesellschaft, möchte sie eine freie Gesellschaft sein, bedarf solcher Menschen wie der Stammesjournalisten. Menschen, die sich trauen, ihre Stimme zu erheben, Unrecht anzuprangern und Verantwortliche beim Namen zu nennen. Angesichts ihres Mutes bleibt uns nichts anderes, als uns mit großer Bewunderung und Hochachtung vor ihnen zu verbeugen.«

Arbeitsbereiche

Politische Bildung und Beratung

- 74 Politische Akademie
- 75 Politischer Dialog
- 75 Gesellschaftspolitische
Information
- 76 Wirtschafts-
und Sozialpolitik
- 77 Managerkreis /
Zentrale Aufgaben

Internationale Arbeit

- 81 Internationaler Dialog
- 82 Internationale
Entwicklungs-
zusammenarbeit

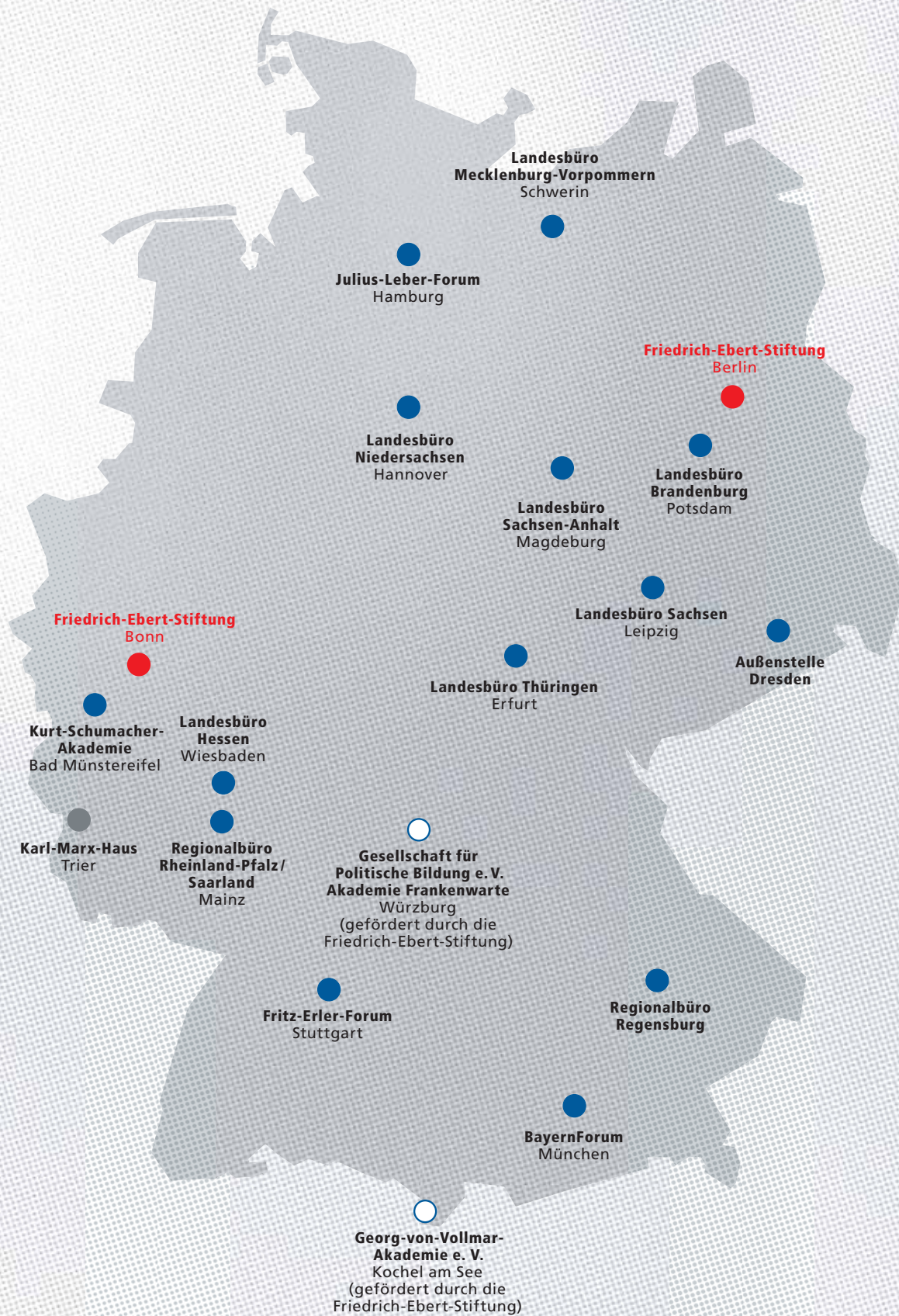
Wissenschaftliche Arbeit

- 83 Studienförderung
- 84 Bibliothek der
Friedrich-Ebert-Stiftung
- 85 Archiv der sozialen
Demokratie

Unselbständige Stiftungen und Sondervermögen

- 86 Erich-Brost-Sondervermögen
- 86 Franziska- und-Otto-
Bennemann-Stiftung
- 86 Hans-und-Traute-
Matthöfer-Stiftung

Die Friedrich-Ebert-Stiftung in Deutschland



Politische Bildung und Beratung

Ohne die Zustimmung und Überzeugung ihrer Bürgerinnen und Bürger kann die Demokratie nicht dauerhaft gesichert und fortentwickelt werden. Die Identifikation mit den Werten, Institutionen und Verfahren unseres demokratischen Systems wächst vor allem aus der Erfahrung, dass in seinem Rahmen die wesentlichen gesellschaftlichen Probleme fair gelöst oder doch zumindest besser bewältigt werden können als in jeder anderen politischen Ordnung. Politische Bildung ist eines der entscheidenden Instrumente in der Demokratie, um auch unter schwieriger werdenden Bedingungen die Identifikation des Einzelnen mit seinem Gemeinwesen sowie die demokratische Mitgestaltung der Bürgerinnen und Bürger zu ermöglichen.

Der Arbeitsbereich Politische Bildung in der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) orientiert sich an dem im Grundsatzdokument »Lernen für Soziale Demokratie« beschriebenen Selbstverständnis von politischer Bildung und dessen Konzeption hinsichtlich strategischer Ziele, Arbeitsformen und Zielgruppen sowie den Grundsätzen für Planung und Evaluierung. Somit gilt das Leitbild Soziale Demokratie mit dem besonderen Verständnis der Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität.

Ziel dieses Arbeitsbereichs ist es, zur persönlichen Urteils- und Handlungskompetenz der Bürgerinnen und Bürger beizutragen, den Dialog zwischen Politik und Öffentlichkeit zu fördern, zum Engagement im

Im Jahr 2012 erreichten sämtliche Bildungsangebote und die Ausstellungen der Friedrich-Ebert-Stiftung rund 220.000 Bürgerinnen und Bürger.

politischen, gewerkschaftlichen und bürgerschaftlichen Ehrenamt zu motivieren und zu befähigen sowie einen Beitrag zur Politikberatung zu leisten. Zielgruppen sind:

- Bürgerinnen und Bürger, die politische Information und Orientierung suchen;
- Jugend und politischer Nachwuchs;
- Engagierte in Gewerkschaften und betrieblichen Interessenvertretungen;
- Multiplikatorinnen und Multiplikatoren mit Einfluss auf die gesellschaftlichen Debatten;
- Aktive in der Zivilgesellschaft;
- Multiplikatorinnen und Multiplikatoren in Parteien und Parlamenten;
- Vertreterinnen und Vertreter aus Medien, Kultur und Kreativwirtschaft.

Methodisch ruht die Bildungsarbeit auf den vier Säulen »Politikvermittlung«, »Lernprojekte«, »Kompetenztraining« sowie »Politikberatung«, die jeweils eine breite Palette methodischer Ansätze umfassen und zunehmend durch online-basierte Angebote ergänzt und begleitet werden. Evaluierung und ein professionelles Qualitätsmanagement sichern einen hohen Standard der Arbeitsprozesse und ihrer Ergebnisse.



Die Mitte im Umbruch
Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2012
Oliver Decker, Johannes Kiess, Elmar Brähler



Lesebuch der Sozialen Demokratie – Geschichte der Sozialen Demokratie
Akademie für Soziale Demokratie
Michael Reschke, Christian Krell, Jochen Dahm u.a.



Orientiert an dem Leitbild Soziale Demokratie, hat die Abteilung Politische Akademie (PA) auch in 2012 zur persönlichen Urteils- und Handlungskompetenz der Bürgerinnen und Bürger beigetragen, den Dialog zwischen Politik und Öffentlichkeit gefördert und zum Engagement im politischen, gewerkschaftlichen und bürgerschaftlichen Ehrenamt motiviert und befähigt. Darüber hinaus wurden Beiträge zur Politikberatung für Personen in politischen Führungspositionen und Mandaten geleistet.

Organisatorische Grundlage bildet der Verbund von zentralen Bildungsprojekten mit bundesweiter Ausrichtung, regionalen Bildungs-/Landesbüros sowie der Kurt-Schumacher-Akademie mit Internatsbetrieb. Im Rahmen von Zuwendungsverträgen fördert die PA die politische Seminararbeit der Gesellschaft für Politische Bildung e. V., Akademie Frankenwarte in Würzburg sowie der Georg-von-Vollmar-Akademie e. V., München/Kochel.

Aufgrund ihrer Standorte war die Politische Akademie im Berichtsjahr 2012 auf die Bundesländer Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen, Baden-Württemberg und Bayern fokussiert. Mit ihren Aktivitäten in Berlin und Bonn wurden sowohl bundesweit angelegte Programme durchgeführt als auch besondere Akzente in NRW und Berlin gesetzt.

Es fanden 1.292 Veranstaltungen mit über 52.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern statt. Verschiedene Ausstellungen konnten 62.000 Besucher zählen.

Die Bildungsangebote der PA beziehen sich auf die großen politischen, ökonomischen, sozialen und kulturellen Wandlungsprozesse sowie die Gefährdungen der Demokratie, mit denen sich die Gesellschaft und die Politik für

Soziale Demokratie im nationalen wie internationalen Kontext konfrontiert sieht.

Zu den thematischen Schwerpunkten zählen: Grundwerte, Programmatik und Geschichte der Sozialen Demokratie, Medien- und Netzpolitik, Politisches Engagement im Ehrenamt, Kommunalpolitik sowie Zeitgeschichte und Rechtsextremismus.

Bei den Bildungsangeboten werden neben den klassischen Printpublikationen und Ausstellungen Hörbücher als CD-ROMs, Videos in YouTube sowie projektspezifische Newsletter, online-gestützte Kommunikationsplattformen für spezifische Teilnehmerkreise und weitere online-basierte Materialien zur Verfügung gestellt sowie das Projektmarketing in sozialen Netzwerken im Rahmen einer Digitalstrategie organisiert.



Gehörtwerden oder Mitentscheiden:

Wann macht Bürgerbeteiligung in Kommunen einen Unterschied?

Fritz-Erler-Forum
Baden-Württemberg.
(Red.: Ulrike Gasser)



Medienpolitik: Digitale Arbeit in Deutschland

Potenziale und Problemlagen

Michael Schwemmler,
Peter Wedde



Politischer Dialog www.fes.de/politischebildung

Politische Bildungsarbeit in Nord- und Ostdeutschland sowie in Berlin zu Themen mit bundespolitischer Bedeutung wird von der Abteilung Politischer Dialog (PD) umgesetzt.

Beiträge zur Überwindung zunehmender Politik- und Demokratieverdrossenheit, Förderung politischer Partizipation insbesondere junger Menschen, Qualifizierungsangebote für Ehrenamtliche, Organisation von regionaler Politikberatung, Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus sowie dezentrale Bildungsangebote auch im ländlichen Raum kommen dabei eine besondere Bedeutung zu. In Berlin konzentriert sich das »Forum Politik und Gesellschaft« auf die Politikfelder Familien-, Gleichstellungs- und Geschlechterpolitik, Jugend- und Antidiskriminierungspolitik, Förderung des bürgerschaftlichen Engagements sowie Grundsatzzfragen der Demokratieentwicklung.

Die dem Arbeitsbereich zugeordnete Zeitschrift »Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte« befasst sich mit grundlegenden Fragen der Demokratieentwicklung und mit aktuellen Themen der Sozialen Demokratie.

Mit fast 900 Veranstaltungen wurden rund 50.000 engagierte Bürgerinnen und Bürger erreicht, weitere 5.100 Gäste besuchten 52 zusätzlich angebotene Ausstellungen. Darüber hinaus erschienen in 2012 46 Publikationen.

Das »Forum Berlin« fokussiert neben den bisherigen Zentralprojekten zu Rechtsextremismus, Gesellschaftliche Integration, den Arbeitslinien Rechtspolitik und Innere Sicherheit, Staatsmodernisierung, Kulturpolitik, Innere Einheit Deutschlands sowie der Lan-

despolitik Berlin nunmehr auch Projekte der empirischen Sozialforschung und den Interkulturellen Dialog.

Gesellschaftspolitische Information

Die Abteilung Gesellschaftspolitische Information (GPI) hat bis Ende 2012 mit ihren bildungspolitischen Angeboten dazu beigetragen, das demokratische Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürger zu stärken, politische Themen inhaltlich zu vertiefen, Schlüsselqualifikationen für das Ehrenamt zu vermitteln sowie Kompetenzen und Fähigkeiten des bürgerschaftlichen Engagements zu fördern. Die Abteilung hat 2012 mit ihren Angeboten für die Bundesländer Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Hessen, Niedersachsen und das Saarland in 587 Veranstaltungen fast 26.000 Teilnehmende erreicht; hinzu kommen noch circa 14.000 Besucherinnen und Besucher verschiedener Ausstellungen.



Ostdeutschland 2020
Die Zukunft des
»Aufbau Ost«
Everhard Holtmann u.a.



Einsam an der Spitze
Frauen in Führungs-
positionen in der öffent-
lichen Wirtschaft
Julia Schimeta



Die Abteilung Wirtschafts und Sozialpolitik (WISO) berät und informiert Politik und Gesellschaft in Deutschland zu wichtigen Fragen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung und ihrer politischen Gestaltung. Zu diesem Zweck organisiert sie Veranstaltungen, auf denen Vertreterinnen und Vertreter von Politik und Gesellschaft mit Fachleuten aktuelle Probleme und Grundsatzfragen diskutieren. In zwei Publikationsreihen, »WISO Diskurs« (längere Dokumentationen und Expertisen) und »WISO direkt« (kürzere Analysen und Konzepte), veröffentlicht die Abteilung Analysen und Expertisen, die einerseits auf diesen Veranstaltungen vorgestellt werden und die andererseits handlungsorientierte Diskursergebnisse einem Fachpublikum in Wirtschaft und Gesellschaft zugänglich machen. 2012 erschienen etwa 60 Titel, die auch über »WISO digital«, einen elektronischen Newsletter, verteilt wurden.

Im Mittelpunkt der Arbeit stand 2012 weiter die Eurokrise, zu der eine Reihe von Studien und Veranstaltungen realisiert wurden. Ein Schwerpunkt beschäftigte sich mit dem Thema Staatsverschuldung, ihrem ökonomischen Nutzen, ihren Grenzen sowie den Auswirkungen auf die demokratische Souveränität. Das Projekt »Soziales Wachstum«, das seit 2009 durchgeführt wurde, kam 2012 zum Abschluss mit der Publikation der größeren Teilstudien und einem zusammenfassenden WISO-direkt.

Die Abteilung begleitet die im Frühjahr 2011 etablierte Enquête-Kommission des Bundestages zu »Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität« mit einem Fortschrittsforum (www.fortschrittsforum.de). Mehr als 90 prominente Mitglieder widmen sich darin den vielfältigen Aspekten der Frage »Wie wollen wir leben?«.

In einer Reihe von Arbeits- und Gesprächskreisen findet ein kontinuierlicher Meinungs austausch und Beratungsprozess statt, aus denen vielfältige Veröffentlichungen hervorgehen.

- Arbeitskreis Arbeit – Betrieb – Politik
- Arbeitskreis Dienstleistungen
- Arbeitskreis Innovative Verkehrspolitik
- Arbeitskreis Mittelstand
- Arbeitskreis Nachhaltige Strukturpolitik
- Gesprächskreis Verbraucherpolitik
- Gesprächskreis Arbeit und Qualifizierung
- Gesprächskreis Migration und Integration
- Gesprächskreis Sozialpolitik
- Kocheler Kreis für Wirtschaftspolitik



Wachstum durch Ausbau sozialer Dienstleistungen

Michael Dauderstädt



Wohlstand, Wachstum, Investitionen
Junge Wissenschaft für wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt

Matthias Ecke, Sebastian Petzold u.a.



Mit seinen 1.300 Mitgliedern hat sich der Managerkreis der Friedrich-Ebert-Stiftung das Ziel gesetzt, aus der Perspektive verantwortungsbewussten Unternehmers Diskurse zu aktuellen wirtschafts- und finanzpolitischen Themen zu fördern und ein Forum für den Meinungsaustausch zwischen Wirtschaft und Politik zu schaffen.

Um die gesellschaftliche Debatte anzuregen, bedient er sich verschiedener öffentlichkeitswirksamer Instrumente, das sind insbesondere Thesenpapiere und Publikationen, Podiumsdiskussionen und Fachgespräche. Exklusive Hintergrundgespräche für Mitglieder vervollständigen das Angebot und dienen der fachlichen Vernetzung zu relevanten Entscheidungsträgerinnen und -trägern. In dem im Herbst 2012 neu gewählten Vorstand des Managerkreises hat Klaas Hübner erneut die Funktion als Sprecher des Gremiums übernommen.

Im Jahr 2012 fanden 72 Veranstaltungen des Managerkreises statt, davon 38 öffentliche sowie 34 Hintergrund- und Fachgespräche. Zusätzlich kamen die Gremien und permanenten Arbeitsgruppen in 37 weiteren Sitzungen zusammen.

Der Managerkreis liefert mit seinen Arbeitsgruppen zur Wirtschafts- und Ordnungspolitik, Finanzpolitik sowie zur Energie- und Klimapolitik substantielle Beiträge und Lösungsvorschläge, wie die Zukunfts- und Innovationsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Deutschland gestärkt werden kann.

Mit sechs Publikationen leistete der Managerkreis einen substantiellen Beitrag zu Fragen der sozialen Absicherung, des demographischen Wandels sowie zur internationalen Finanzmarktkrise.



Ratingagenturen:
Sind sie notwendig,
überflüssig, notwendiges
Übel oder schädlich?

Alexander Stuwe,
Mirko Weiß,
Jürgen Philipper



**Delegation
– Substitution
– Innovation.**

Neue medizinische
Versorgungsformen für
eine alternde Gesellschaft
– Chancen für ein längeres
Leben zu Hause

Gudrun Schaich-Walch,
Stefan David



Die Auslandsbüros der FES

Amerika

- | | |
|-------------------|-----------------|
| 1 Ottawa | 14 Bogotá |
| 2 New York | 15 Quito |
| 3 Washington D.C. | 16 Lima |
| 4 Mexiko-Stadt | 17 La Paz |
| 5 Guatemala-Stadt | 18 São Paulo |
| 6 San Salvador | 19 Santiago |
| 7 Tegucigalpa | 20 Buenos Aires |
| 8 Managua | 21 Montevideo |
| 9 Kingston | |
| 10 Santo Domingo | |
| 11 San José | |
| 12 Panama-Stadt | |
| 13 Caracas | |

Europa

- | | |
|---------------|--------------|
| 22 Lissabon | 39 Athen |
| 23 Madrid | 40 Sofia |
| 24 London | 41 Bukarest |
| 25 Paris | 42 Chişinău |
| 26 Brüssel | 43 Kiew |
| 27 Genf | 44 Warschau |
| 28 Rom | 45 Vilnius |
| 29 Prag | 46 Riga |
| 30 Bratislava | 47 Stockholm |
| 31 Zagreb | 48 Tallinn |
| 32 Budapest | 49 Moskau |
| 33 Belgrad | 50 Nikosia |
| 34 Banja Luka | |
| 35 Sarajevo | |
| 36 Pristina | |
| 37 Tirana | |
| 38 Skopje | |

Naher und Mittlerer Osten

- | | |
|-------------|--------------------|
| 51 Istanbul | 55 Jerusalem (Ost) |
| 52 Ankara | 56 Amman |
| 53 Beirut | 57 Gaza-Stadt |
| 54 Tel Aviv | 58 Sanaa |

Asien

- | | |
|---------------|-----------------|
| 59 Jerevan | 71 Colombo |
| 60 Tbilissi | 72 Kathmandu |
| 61 Baku | 73 Bangkok |
| 62 Taschkent | 74 Kuala Lumpur |
| 63 Duschanbe | 75 Singapur |
| 64 Bischkek | 76 Jakarta |
| 65 Almaty | 77 Hanoi |
| 66 Astana | 78 Manila |
| 67 Ulan Bator | 79 Shanghai |
| 68 Kabul | 80 Peking |
| 69 Islamabad | 81 Seoul |
| 70 Neu Delhi | 82 Tokio |

Afrika

- | | |
|------------|------------------|
| 83 Rabat | 96 Addis Abeba |
| 84 Algier | 97 Juba |
| 85 Tunis | 98 Kampala |
| 86 Kairo | 99 Nairobi |
| 87 Dakar | 100 Daressalaam |
| 88 Bamako | 101 Lusaka |
| 89 Abidjan | 102 Harare |
| 90 Accra | 103 Windhuk |
| 91 Cotonou | 104 Gabarone |
| 92 Abuja | 105 Johannesburg |
| 93 Lagos | 106 Maputo |
| 94 Yaoundé | 107 Antananarivo |
| 95 Khartum | |





- FES-Zentralen in Bonn und Berlin
- Büros mit FES-Auslandsmitarbeiter/-innen
- Büros mit FES-Ortskräften

Stand: Mai 2013

Die Internationale Arbeit der FES

Internationale Arbeit hat in der FES lange Tradition: Sie begann in den 1960er-Jahren mit der Entsendung gewerkschaftlicher Experten in nordafrikanische Länder. Sie unterstützte die jungen Regime nach der Entkolonisierung, insbesondere in Afrika, ebenso wie die Redemokratisierung Lateinamerikas. Und sie förderte den Aufbau demokratischer Gesellschaftsstrukturen auf der Iberischen Halbinsel.

Mit der Transformation in Mittelosteuropa und den gesellschaftlichen Umwälzungen auf dem Boden der früheren Sowjetunion intensivierte sich die Arbeit in Europa. Durch den Zerfall Jugoslawiens und die Balkankriege entstanden neue Herausforderungen. In jüngster Zeit eröffnen die Umbrüche in Nordafrika Hoffnungen auf mehr Demokratie in einer bislang autokratisch beherrschten Weltregion. Auf die Unterstützung und Förderung demokratischer Strukturen in dieser Region ist die FES gut vorbereitet. Die internationalen Beziehungen haben sich grundlegend verändert: In vielen Ländern lassen sich heute Entwicklung und Unterentwicklung gleichzeitig beobachten. Moderne, globalisierte Schichten und aufstrebende Regionen entwickeln sich neben bitterarmen Bevölkerungsteilen und Regionen ohne Hoffnung auf Fortschritt.

Globalisierung heißt unter anderem auch, dass kein Land seine Probleme allein mit nationalen Politikinstrumenten lösen kann. Das eng geknüpfte Netzwerk von Auslandsbüros ermöglicht der FES, in ihrer internationalen Arbeit grenzüberschreitende Dialoge mit Organisationen und Personen aus der politischen Wertefamilie zu organisieren.

Neben Debatten, Beratung und Information zu spezifischen politischen Aspekten des jeweiligen Gastlandes kommt der Arbeit zu regionalen Entwicklungen und zentralen Themen zunehmendes Gewicht zu. Auch die Konzepte nachhaltigen Wirtschaftens, der Sicherung von fairen Arbeitsbedingungen, aktiver Chancenvermittlung durch Bildung und insgesamt einer »guten Gesellschaft« finden zunehmendes Interesse in den Gastländern.

Mit hochrangigen jährlichen Konferenzen in Deutschland wie der außenpolitischen Tiergartenkonferenz oder der »Gerechtigkeitswoche« wird eine breitere politische Öffentlichkeit für zentrale Fragen globaler Politik sensibilisiert. Der Newsletter »Neuerscheinungen aus der internationalen Arbeit der FES« informiert regelmäßig über aktuelle Publikationen zu einzelnen Entwicklungen in den Ländern als auch zu zahlreichen übergreifenden Themen der internationalen Politik.

FRIEDRICH EBERT STIFTUNG STUDE

Wir müssen draußen bleiben
Aktuelle Länderstudien der Friedrich-Ebert-Stiftung analysieren Jugendarbeitslosigkeit in Europa

Ein detaillierter Blick auf die Herausforderung mit Beispielen aus Spanien, Deutschland, Italien, Frankreich und Polen

- Die Schulen und Wirtschaftslage verleiht zwar die Jugendarbeitslosigkeit in vielen europäischen Ländern, aber es ist nicht eine strukturelle Ursache. Aktuelle wirtschaftliche Länderstudien der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) aus 20 europäischen Staaten zeigen, dass einen wachsenden Teil der jungen Menschen in der EU schon seit Jahren der mühselige Übergang von der Schule in einen unrentablen, regulär besetzten Beschäftigung nicht mehr gelingt.
- Staat schnell und nachhaltig auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen, verfallen in ganz Europa Jugendliche mittlerweile Jahre in einem unrentablen Hin- und Her zwischen Ausbildung, Arbeitslosigkeit und prekärer Arbeit, das ihnen keine verlässliche Karriere und Einkommensgarantie bringt.
- Es ist ein Massendelikt: Statt einer festen Arbeitsstelle finden viele 15- bis 24-Jährige auf dem zunehmend deregulierten Arbeitsmarkt der EU nur unsichere Teilzeit- oder Nullstellen mit befristeter Stelle. Sie sind damit die Erben, die bei konjunkturellen Schwankungen ihre Beschäftigung verlieren.
- Auch die aktuelle Wirtschaftslage trifft sie am härtesten: In dem EU-Ländern und -Staatsmitgliedern 22 Prozent der Jugendlichen arbeiten, eine Gruppe so viele wie Erwachsene. Schätzend ist so aus einem Teil von Europa gegen eine weitere Generation geworden, die den Eintritt ins berufliche Leben immer schwerer gemacht wird.

Wir müssen draußen bleiben – Aktuelle Länderstudien der Friedrich-Ebert-Stiftung analysieren Jugendarbeitslosigkeit in Europa



FRIEDRICH EBERT STIFTUNG INTERNATIONAL POLICY ANALYSIS

No Future Without Justice
Report of the Civil Society Reflection Group on Global Development Perspectives

EXECUTIVE SUMMARY
June 2012

- The world faces an unprecedented confluence of global crises. They testify to the failure of the conventional model of development and economic progress. The challenge as a technocratic modernization path, it failed to human rights and the ecological limits of the global economy, surface growth of Civil Society, and social justice, and agenda priority as a primarily technical challenge in which complexity of mapping and social justice are required.
- The Civil Society Reflection Group on Global Development Perspectives brought together 30 civil society activists and scholars from different disciplines from around the globe. Its members jointly drew lessons from the current crisis, tested against conventional development strategies and goals, questioned the results and structures of development and social progress, and generated alternatives.
- The Report of the Reflection Group is the main outcome of the joint deliberations. It discusses the root causes of the multiple crises, reaffirms the statements of relevant principles and rights, highlights development goals and indicators, and draws conclusions for the post-2012 development agenda. It seeks to stimulate dialogue about alternative development paths, approaches and future governance structures, and the transformation in politics and societies that future justice for all will require.

Partners: The International Foundation for Democracy, GPF, and Centre for International Politics.

No Future Without Justice
Report of the Civil Society Reflection Group on Global Development Perspectives



Die Abteilung Internationaler Dialog organisiert den Erfahrungsaustausch mit politischen, gewerkschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Partnerorganisationen der Sozialen Demokratie in den Ländern der »nördlichen« Hemisphäre, also den Mitgliedsländern der Europäischen Union, den südost- und osteuropäischen Nachbarländern einschließlich Russlands, der Türkei, dem Kaukasus/Zentralasien wie auch in den Vereinigten Staaten von Amerika, in Kanada und Japan.

Schwerpunkt der Arbeit in Westeuropa und Nordamerika ist die ständige Konkretisierung der Grundwerte der Sozialen Demokratie unter veränderten gesellschaftlichen Bedingungen. Die Arbeit zielt auf die Analyse und den Vergleich unterschiedlicher Ansätze und der Erfahrungen in der politischen Durchsetzung. Dieser Erfahrungstransfer verläuft in beide Richtungen: Einerseits dienen die aktuellen Debatten in Deutschland über nachhaltige Wirtschaftspolitik, die Verbindung ökologischer Ziele mit gewerkschaftlichen Gestaltungszielen als Referenz für wichtige Partnerländer. Andererseits befördern die politischen Erfahrungen aus anderen Ländern die Debatten in Deutschland und bilden eine wichtige Grundlage für die Beratungsfunktion der Abtei-

In den 42 Büros der Abteilung Internationaler Dialog sind 29 entsandte Auslandsmitarbeiterinnen und Auslandsmitarbeiter beschäftigt.

lung. Einen besonderen Schwerpunkt haben im Jahr 2012 die Auseinandersetzungen über die Ursachen und Auswirkungen der Eurokrise und die Vorschläge zu deren Überwindung gebildet.

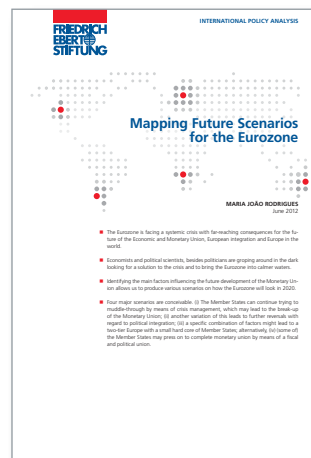
In Mittel- und Osteuropa steht die Konsolidierung der Demokratie, die Unterstützung der Transformation und der Annäherung an die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Standards der Europäischen Union im Zentrum. In den mitteleuropäischen EU-Mitgliedsländern wird auch der Dialog über gemeinsame Interessen und Konzepte in Bezug auf die Weiterentwicklung der Union geführt. In den Ländern des Kaukasus und Zentralasiens ist noch klassische gesellschaftspolitische Konsolidierungsarbeit zu leisten.

Das Referat Internationale Politikanalyse ist Verbindungselement zwischen der Auslandsarbeit und den politischen, gewerkschaftlichen und wissenschaftlichen Partnern in Deutschland. 2012 bildeten daher die turbulenten Entwicklungen in der Europäischen Union, insbesondere die Krise der Eurozone, die daraus hergeleiteten Stabilisierungsbemühungen und deren sozialpolitische Auswirkungen einen Schwerpunkt der Informations- und Beratungsarbeit.



Europa – Kontinent der Versöhnung – 40 Jahre nach dem Besuch Willy Brandts in Warschau

Joanna Andrychowicz, Magdalena Błędowska u. a.



Mapping future scenarios for the eurozone

Maria Joao Rodrigues



Angesichts neuer globaler Herausforderungen zu Beginn des 21. Jahrhunderts und der weiteren Verschränkung außen- und innenpolitischer Problemlagen sind der Gestaltungsanspruch, aber auch die Gestaltungsanforderungen an die deutsche und internationale Politik gestiegen. Für die Soziale Demokratie sind dabei Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität und Nachhaltigkeit leitende Prinzipien auch in der internationalen Politik. Die Abteilung Internationale Entwicklungszusammenarbeit (IEZ) versucht durch ihre Arbeit, das Leitbild der Sozialen Demokratie in der internationalen Politik weiterzuentwickeln.

Neben den landesspezifischen Projektansätzen widmete sich die Friedrich-Ebert-Stiftung in zahlreichen regionalen und kontinentübergreifenden Projekten umfassenderen Fragestellungen. Dazu gehören auch Fragen zur Gestaltung der »Wirtschaft von morgen«, die Förderung des Dialogs zwischen Schwellen- und Industrieländern sowie das Globalisierungsprojekt, das internationale Gewerkschaftsprojekt und das Schwerpunktprogramm »Klimapolitik sozial gerecht gestalten«.

Die IEZ war im Jahr 2012 in 64 Ländern mit Büros in Afrika, Lateinamerika, Asien, dem Nahen und Mittleren Osten sowie an den UN-Standorten in New York und Genf vertreten. In weiteren 13 Ländern werden Programme durchgeführt.

Das vernetzte Arbeiten zeigte sich 2012 beispielsweise in den zahlreichen Aktivitäten zum Nachhaltigkeitsgipfel »Rio plus 20«, der »Gerechtigkeitswoche« oder den Veröffentlichungen zur Diskussion von Green Economy in den unterschiedlichen Regionen. Eine besonders wichtige Rolle in der Arbeit nimmt die Kooperation mit

den Organisationen der nationalen und internationalen Gewerkschaftsbewegungen ein. 2012 konzentrierte sich die Arbeit unter anderem auf die weitere Umsetzung der Decent Work Agenda, auf den Aufbau gewerkschaftlicher Netzwerke in multinationalen Konzernen sowie auf die Stärkung der Gewerkschaften in Fragen globaler Politik und in internationalen Foren, wie den G20. In Deutschland begleitet die Abteilung mit Dialogangeboten, Publikationen und Beratung intensiv die politischen Prozesse zur internationalen Politik und trägt so dazu bei, dass politische Analyse, politische Diskussion und politisches Handeln stärker ineinandergreifen.

Die FES erbringt in ihrer weltweiten Arbeit eine Vielzahl an konkreten Beiträgen zur Förderung der Demokratie.



Von Feindschaft zu Freundschaft – Wie Frieden ausbricht

Charles A. Kupchan



Szenarien für die koreanische Halbinsel. Es geht um mehr als Pjöngjangs Atomprogramm

Philipp Kauppert und Christoph Pohlmann



- Eine Theorie des dauerhaften Friedens sollte auf die drei wichtigsten Denktraditionen aus dem Bereich der internationalen Beziehungen zurückzuführen sein: Realismus, Liberalismus und Konstruktivismus. Die Analyse der Übergänge von Frieden (als nicht nur zu menschlichen Beziehungen, sondern auch Frieden die soziale, ökonomische, kulturelle, um zwischenstaatliche Handlungsfelder in Transparenz zu verwenden.
- Obwohl sich jeder Fall von Anwesenheit auf einseitige Weise gestaltet, folgen alle anderen wesentlichen Akteure wesentlichen Eigenschaften einer den Weg zu nachhaltiger Zurückhaltung, die wiederum von Faktoren für soziale Integration und schließlich für die Generierung neuer Strategien führt, die gegenwärtige Alternativen in eine globale Identität umwandeln.
- Die Idee der »Globalen Friedensagenda« ist ein Beispiel für die Folgen von Krieg, sondern von Dialogfähigkeit. Frieden ist nicht ein, wenn Widerstand für die Überwindung militärischer Gewalt, sondern die Idee des Friedens ist ein Prozess, der die Welt in wirtschaftliche Integration mit weniger Ressourcen als allgemein angenommen. Diplomatie – eine wirtschaftliche Verbindung – ist die Lösung für Frieden. Ein wesentliches Element der Ausarbeitung ist zudem die interpolitische Steuerung der Ausarbeitung. Konflikt ist, besonders in der Abgrenzung einer Anwesenheit der friedlichen Staaten, die Friedensregeln auszubilden für die Reaktion. Die Reaktion von Akteuren können wesentliche Eigenschaften sein.
- Diese Akteure – nationale Staaten oder internationalen Organisationen – können eine wichtige Rolle in der Integration einer Anwesenheit spielen. Doch letztlich müssen die Widerstände selbst beseitigt sein, um die denken Verhandlungen zu beenden und die Anwesenheit der Friedensregeln.

- Der anlässlich des 100. Geburtstags des Staatsgründers Kim Il-sung durchgeführte nordkoreanische Demonstration hat das Ende Februar zwischen den USA und Nordkorea ein Risiko einer diplomatischen Kooperation in Verbindung mit diplomatischen Beziehungen erneut diskutiert gemacht. Die vorliegende Arbeit beschreibt die Rolle der Konventionen und militärischen Überwachungen auf der koreanischen Halbinsel.
- Der Aufbau eines stabilen Friedens- und Sicherheitsregimes in Nordkorea, verbunden mit einem Dialog des nordkoreanischen Königreichs unter der Herrschaft der koreanischen Beziehungen zwischen Nordkorea und den USA, Südkorea und Japan, erfordert Bildung um strategische Zusammenhänge zwischen den koreanischen Halbinseln.
- Während die westliche Welt versucht Nordkorea als einseitige Aggression in der Region angesehen wird, sind es die facts on the ground (tatsächliche Außen- und innenpolitische Handlung) der vier nordkoreanischen Staaten (USA, China, Nord- und Südkorea, die bisher zu einer Blockade des Dialogs geführt haben. Folglich sind die Korea-Konflikte ein Spiegel der zunehmenden Globalisierung zwischen den USA und China in Asien zu werden.
- Es bietet die neue, kritische Analyse in drei verschiedenen Szenarien, wie eine stabile Verhältnisse der koreanischen Halbinsel und nordkoreanische Akteure, die die koreanische Situation in den nächsten fünf bis zehn Jahren (kurzfristige Sicherheit) aufzulösen. Um notwendigen Vertrauen aufzubauen, sollten es aber die koreanischen, nordkoreanischen, westlichen, japanischen und gemeinsamen Interessen der beteiligten Akteure klarer in den Vordergrund stellen.

Wissenschaftliche Arbeit

Studienförderung www.fes.de/studienfoerderung

Die Förderung von Studentinnen und Studenten ist ein Grundauftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung seit ihrer Gründung im Jahr 1925. Heute arbeiten 49 Mitarbeiter/-innen daran, begabte und gesellschaftspolitisch engagierte Stipendiatinnen und Stipendiaten auszuwählen, sie während ihres Studiums materiell

und ideell zu fördern, mit den ehemaligen Stipendiatinnen und Stipendiaten in langfristigem Kontakt zu bleiben und – nicht zuletzt – einen politischen Beitrag zu mehr Bildungsgerechtigkeit zu leisten.

Im Jahr 2012 konnten etwa 2.650 Stipendien vergeben werden: circa 2.350 für deutsche Studierende (Grundförderung und Promotion) und 280 für Studentinnen und Studenten aus dem Ausland. Es gingen rund 5.270 Online-Bewerbungen ein.

Der Frauenanteil in der Förderung insgesamt lag bei 45 Prozent. Bei deutschen Stipendiatinnen und Stipendiaten betrug der Anteil derer, die als Erste in ihrer Familie studieren, etwa 48 Prozent. Der Anteil von jungen Menschen mit Migrationshintergrund innerhalb der Grund- und Promotionsförderung lag bei 21 Prozent. Die Stipendiatinnen und Stipendiaten schließen ihr Studium durchschnittlich mit der Note 1,4 ab.

Solidaritätsfonds

1971 wurde der Solidaritätsfonds auf Anregung deutscher und internationaler Stipendiatinnen und Stipendiaten sowie Ehemaliger gegründet. Seitdem dient er als wichtiges Instrument, in Not und Verfolgung geratene ausländische Studierende rasch und unbürokratisch zu unterstützen. Im Jahr 2012 konnten 38 internationale Stipendiatinnen und Stipendiaten gefördert werden.

Spenden für den Fonds unter dem Stichwort:

»Solidaritätsfonds der FES«

Konto 10 10 60 62 08

bei der SEB AG Bonn (BLZ 380 101 11).

Im Sommer des Jahres 2012 wurde die Erstsemesterförderung umstrukturiert: Das »Stipendium auf Probe« wurde in die reguläre Grundförderung integriert. Studienanfänger/-innen können sich nun mit einer Abiturnote von mindestens 2,0 direkt für die Grundförderung bewerben.

Mittlerweile führt die Mehrzahl aller Studiengänge an deutschen Hochschulen zu den Abschlüssen Bachelor oder Master. Die Stipendiatinnen und Stipendiaten sehen sich mit einer hohen Präsenzpfllicht, vermehrten Praktika und kürzerer Regelstudienzeit konfrontiert. Für Studierende, die zusätzlich Geld verdienen müssen, bedeutet dies auch weniger Zeit für gesellschaftspolitisches Engagement. Ideelle Förderung und universitäre Anforderungen konkurrieren stärker als bisher miteinander.

67 Hochschulgruppen in Deutschland und 8 im Ausland bieten neben 27 thematischen Arbeitskreisen und der stipendiatischen Selbstverwaltung vielfältige Möglichkeiten des Engagements.

Einen besonderen Beitrag zur Unterstützung der Studierenden leisten die Ehemaligen. Kontakte zu



Bildungskanon heute

Hrsg. Ute Erdsiek-Rave,
Marei John-Ohnesorg



Plagiatsfälle in der Wissenschaft

Angela Borgwardt



circa 12.000 Ehemaligen werden unter anderem in der gemeinsamen Internet-Community des Vereins FES-Ehemalige, der Stipendiatenschaft und der Abteilung Studienförderung, über das »Online Who is Who« sowie über politisch hochkarätig besetzte Ehemaligentreffen gepflegt. Im bundesweiten Mentorenprogramm engagiert sich eine gleichbleibend hohe Anzahl an Ehemaligen, und auch die Zusammenführung von über 1.000 Mentor-Mentee-Paaren ist konstant geblieben.

In drei Expertennetzwerken aus Akteuren der Landes- und Bundespolitik, aus Wissenschaft, Wirtschaft, Zivilgesellschaft, Gewerkschaften unterstützt die Abteilung die Entwicklung bildungs- und hochschulpolitischer Positionen. Ergänzend zum bewährten »Netzwerk Bildung« und »Netzwerk Exzellenz« stand im Jahr 2012 in der Reihe hochschulpolitischer Veranstaltungen das Thema »Profilierung und Demokratisierung von Hochschulen« im Vordergrund.

Bibliothek <http://library.fes.de>

Die Bibliothek der FES zählt mit fast einer Million Bänden zu den bedeutendsten historisch-sozialwissenschaftlichen Fachbibliotheken weltweit. Sie hat als Depositum zahlreiche wertvolle sozialdemokratische und gewerkschaftliche Spezialbibliotheken und die Bibliotheken privater Sammler aus dem politischen Umfeld übernommen. Unter anderem verwahrt sie seit den späten 1960er-Jahren die überlieferte Bibliothek des Parteivorstands der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands sowie die Sammlung der Seliger Gemeinde (Gesinnungsgemeinschaft sudetendeutscher Sozialdemokraten).

Über 970.000 Bände in der größten Spezialbibliothek zum Themenbereich deutsche und internationale Arbeiterbewegung .

Neben dem Deutschen Gewerkschaftsbund haben die meisten deutschen Einzelgewerkschaften und große internationale Gewerkschaftsbünde ihre Bibliotheksbestände unter das Dach der FES gegeben. Die

Bibliothek ist heute die größte Gewerkschaftsbibliothek der Welt. Sammelschwerpunkte der Bibliothek sind die deutsche und internationale Arbeiterbewegung sowie zentrale Veröffentlichungen zur Sozial- und Zeitgeschichte.

Die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) unterstützt die Bibliothek als Sondersammelgebietsbibliothek für das Sammelsegment Veröffentlichungen von Parteien und Gewerkschaften Europas und Nordamerikas seit den frühen 1970er-Jahren. Der Sammelauftrag der DFG erfolgt im nationalen Interesse. Mit Hilfe der DFG entstand weltweit eines der größten Dokumentationszentren für die Parteien- und Gewerkschaftsforschung.

Die Bestände der Bibliothek sind in allen bedeutenden nationalen und internationalen Datenbanken und virtuellen Fachbibliotheken integriert.

Umfangreiche Angebote digitalisierter Quellen der sozialen Bewegungen stellen die ideale Verbindung zwischen »gedrucktem Gedächtnis« und digitalem Dienstleistungsangebot sicher. Fachbibliographien, kommentierte Bestandsverzeichnisse, Ausstellungen und Vorträge auf Fachkongressen erreichen eine breite Fachöffentlichkeit.

Die Bibliothek sammelt und erschließt alle FES-Veröffentlichungen weltweit und garantiert mit ihrer »Digitalen Bibliothek« den optimalen Zugriff.

Archiv der sozialen Demokratie www.fes./archiv/adsd_neu

Das Archiv der sozialen Demokratie (AdsD) sichert und erhält, erschließt und bearbeitet das ungedruckte Gedächtnis von Sozialdemokratie und Gewerkschaften, von einzelnen Persönlichkeiten der Arbeiterbewegung und verschiedenen Organisationen aus dem Umfeld.

Neben der wichtigsten Aufgabe, Bestände in konventioneller Form zu sichern, steht das Archiv in den nächsten Jahren vor der Herausforderung, vermehrt digitale Bestände zu übernehmen und für das Internet in geeigneter Weise aufzubereiten. Die Prüfung rechtlicher Aspekte für die Präsentation im Internet ist für die Erschließung digitaler Unterlagen ebenso erforderlich wie die Angleichung von Metadaten.

Die Langzeitsicherung digitaler Überlieferungen stellt einen wesentlichen Teil des Aufgabenspektrums dar. Das AdsD stellt sich dieser Herausforderung seit einigen Jahren und kann bereits auf fundierte Erfahrungen zurückgreifen. Bei der Langzeitarchivierung von E-Mail-Korrespondenz hat das AdsD archivgeschichtliches Neuland betreten und übernimmt eine Vorreiterfunktion.

Historische Themen, die für die Gegenwart von Bedeutung sind, stehen im Mittelpunkt von Fachdebatten und öffentlichen Diskussionen des Referats »Public History«. Verschiedene Formate der historisch-politischen Bildung zeigen die Wurzeln der Sozialen Demokratie auf und tragen dazu bei, sie in heutige Diskussionszusammenhänge einzubringen.

Die im Archiv entwickelten Ausstellungen, zum Beispiel zum 150-jährigen Bestehen der Sozialdemokratie, stoßen national wie international auf reges Interesse.

Das aus diesem Anlass entwickelte Internet-Portal www.fes.de/150jahre bündelt ein reichhaltiges Informationsangebot zur sozialdemokratischen Geschichte und stellt nicht zuletzt eine Fülle von digitalisierten Dokumenten zum Download bereit. Aus der Veranstaltungsreihe »Gesprächskreis Geschichte« gehen im besten Sinne populäre Publikationen hervor.

Zudem greift das seit 1961 jährlich erscheinende »Archiv für Sozialgeschichte« als international anerkannte Zeitschrift gegenwartsrelevante Fragestellungen auf.

Das Museum Karl-Marx-Haus in Trier zeigt im Geburtshaus des Philosophen und Ökonomen eine Dauerausstellung zu »Leben, Werk und Wirkung von Karl Marx«, die im Jahr 2012 von rund 40.000 Gästen aus über 50 Ländern besucht wurde.



Eine Ausstellung zum Jubiläum



Unselbständige Stiftungen und Sondervermögen

Erich-Brost-Sondervermögen

Im Jahr 2012 hat die Friedrich-Ebert-Stiftung trotz eingeschränkter Erträge aus dem Erich-Brost-Vermögen umfangreiche Aktivitäten in verschiedenen Themenbereichen im Geiste der Satzung der Erich-Brost-Stiftung finanziert:

- Förderung der Zusammenarbeit Deutschlands mit seinen östlichen Nachbarn
- Unterstützung des europäischen Einigungsprozesses
- Aufarbeitung der Erfahrungen mit den beiden Diktaturen in Deutschland
- Bürgerschaftliches Engagement
- Inklusion
- Bildungspolitik

Franziska-und-Otto-Bennemann-Stiftung

Otto Bennemann (1903–2003) war vor und nach dem 2. Weltkrieg ein führender Sozialdemokrat und zuletzt Oberbürgermeister von Braunschweig (bis 1959) und 1959–1967 Minister der niedersächsischen Landesregierung. Er war mit der Bundestagsabgeordneten Franziska Bennemann (geb. Stellmacher; 1905–1986) verheiratet. Die 1990 eingerichtete Franziska-und-Otto-Bennemann-Stiftung zur Förderung der Forschung über Idee und Praxis demokratisch sozialer Rechtsordnung in Staat und Gesellschaft einschließlich ihrer ethisch fundierten Grundwerte musste im Jahr 2012 ihre Förderung stark einschränken, da im Zuge der Finanzmarktkrise die Erträge des Stiftungskapitals erheblich eingebrochen waren.

Hans-und-Traute-Matthöfer-Stiftung

Hans Matthöfer (1925–2009) war ein führender deutscher Gewerkschafter und Sozialdemokrat. Zwischen 1974 und 1982 war er Minister in mehreren Bundesregierungen.

Die unselbständige Hans-und-Traute-Matthöfer-Stiftung in der Friedrich-Ebert-Stiftung konzentriert sich neben der Förderung historischer und zeitgenössischer Forschung auf die Herausgabe relevanter Bücher und Texte, die dem Stiftungsziel entsprechen. Es handelt sich vorrangig um die Publikation von Werken, die grundsätzliche Probleme der Wirtschafts- und Sozialpolitik, der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, der Technologieentwicklung und ihrer Konsequenzen auf die Humanisierung der Arbeitswelt und die Gesellschaft insgesamt zum Gegenstand haben. Die Bedeutung gesellschaftlicher Akteure, vor allem der Gewerkschaften, die Vermittlung der Aspekte der Globalisierung und Beiträge zur Weiterentwicklung der Theorie der Sozialen Demokratie sind weitere thematische Leitlinien für die Auswahl der Projekte der Stiftung.

Anhang

88 Organisationsplan

Jahresabschluss zum 31.12.2011

- 90 Bilanz
- 92 Einnahmen- und
Ausgabenrechnung
- 91 Bescheinigung
- 94 Zusätzliche Erläuterung
- 95 Gesamtübersicht

96 Zum Selbstverständnis der politischen Stiftungen

Mitglieder

- 97 Mitglieder des Vorstandes
- 98 Mitglieder des Vereins
- 100 Mitglieder des Kuratoriums
- 101 Mitglieder des
Auswahlausschusses

102 Vertrauensdozentinnen und Vertrauensdozenten

110 Anschriften

112 Impressum

Organisationsplan

Stand: Mai 2013

Vorstand
 Kurt Beck, Dieter Schulte
 Geschäftsführendes Vorstandsmitglied und Geschäftsführer: Dr. Roland Schmidt

Politische Bildung und Beratung

Internationale Zusammenarbeit

Kommunikation und Grundsatzfragen¹
 Vesna Rodić
Pressestelle Berlin
 Peter Donaiski

Zentrale Aufgaben¹
 Dr. Marc Meinardus

Koordination Gender Akademie
 Bettina Luise Rürup

Revision / Antikorruptionsbeauftragte¹
 Birgit K. Schultz

Datenschutz¹
 Volker Ninnemann

Politische Akademie
 Reinhard Weil

Akademie für Soziale Demokratie
 Dr. Christian Krell
Landes-/ Regionalbüros
Baden-Württemberg
Fritz-Erler-Forum (Stuttgart)
 Dr. Sabine Fandrych

Akademie Management und Politik
 Katrin Matuschek
Bayern
BayernForum (München)
 Katrin Schömann

Medienpolitik
 Norbert Bicher
Regensburg
 Harald Zintl

Journalisten Akademie
 Carla Schulte-Reckert
Hessen
 (Wiesbaden)
 Nicole Nestler

OnlineAkademie
 Tobias Paul
Nordrhein-Westfalen
 (Bonn)
 Petra Wilke

Forum Jugend und Politik
 Matthias Ruschke
Rheinland-Pfalz/ Saarland
 (Mainz)
 Dr. Martin Gräfe

Akademie für ArbeitnehmerWeiterbildung
 Rebecca Demars
Kurt-Schumacher-Akademie
 (Bad Münstereifel)
 Rainer Gries

KommunalAkademie
 Dr. Markus Trömmel

Gesellschaft für Politische Bildung e. V.²
Akademie Frankfurter, Würzburg
 Vors. Walter Kolbow
Georg-von-Vollmar-Akademie e. V.²
Kochel am See / München
 Vors. Carmen König-Rothermund

Politischer Dialog
 Dr. Manuela Erhart

Forum Politik und Gesellschaft
 Bettina Luise Rürup

Familien- und Geschlechterpolitik, Jugendpolitik und Antidiskriminierung, Forum Demokratie

Neue Gesellschaft / Frankfurter Hefte
 Prof Dr. Thomas Meyer

Forum Berlin
 Dr. Irina Mohr

Rechtspolitik, Innere Sicherheit, BerlinPolitik, Staatsmodernisierung, Gegen Rechtsextremismus, Integration und Teilhabe, Empirische Sozialforschung, Religion und Politik, Kulturpolitik

Landes-/ Regionalbüros
Brandenburg
 (Potsdam)
 Eugen Meckel

Bremen, Hamburg Schleswig-Holstein
Julius-Leber-Forum (Hamburg)
 Dr. Peter Hurrelbrink

Mecklenburg-Vorpommern
 (Schwerin)
 Jürgen Peters

Niedersachsen
 (Hannover)
 Urban Überschär

Sachsen
 (Leipzig)
 Matthias Eisel

(Außenstelle Dresden)
 Christoph Wielepp

Sachsen-Anhalt
 (Magdeburg)
 Astrid Becker

Thüringen
 (Erfurt)
 Dr. Paul Pasch

Wirtschafts- und Sozialpolitik
 Dr. Michael Dauderstädt

Arbeit und Qualifizierung
 Ruth Brandherm

Gesundheitspolitik und Alterssicherung
 Severin Schmidt

Gewerkschaften
 Michael Fischer

Nachhaltige Strukturpolitik
 Dr. Philipp Fink

Migration und Integration
 Günther Schultze

Verbraucher / Mittelstand
 Dr. Robert Philipps

Verkehr und Stadtentwicklung / Steuerpolitik
 René Bormann

Wirtschafts- und Finanzpolitik / Außenwirtschaft
 Markus Schreyer

Managerkreis der Friedrich-Ebert-Stiftung¹
 Dr. Marc Meinardus

Internationale Entwicklungszusammenarbeit
 Christiane Kesper

Afrika
 Manfred Öhm
 Gewerkschaften:
 Sergio Grassi

Asien und Pazifik
 Jürgen Stetten
 Gewerkschaften:
 Bastian Schulz

Lateinamerika und Karibik
 Dörte Wollrad
 Gewerkschaften:
 Sarah Ganter

Naher und Mittlerer Osten, Nordafrika
 Hajo Lanz
 Gewerkschaften:
 Martin Johr

Globale Politik und Entwicklung
 Jochen Steinhilber
 Globalisierung:
 Hubert Schillinger

Frieden und Sicherheit:
 Marius Müller-Hennig
 Klima und Energie:
 Nina Netzer

Menschenrechte:
 Frederike Boll

Koordinierungsaufgaben
 Gewerkschaftskoordination international:
 Mirko Herberg

Evaluierung/ Qualitätsmanagement
 Thomas Mättig

**Mitgliederversammlung des Vereins
der Friedrich-Ebert-Stiftung**

Kuratorium

Wissenschaftliche Arbeit

Verwaltung

Internationaler Dialog Dr. Alexander Kallweit	Studienförderung Dr. Beate Bartoldus	Archiv der sozialen Demokratie Dr. Anja Kruke	Finanzen und Organisation Dr. Joachim Schubert	Personalabteilung Dr. Jürgen Brummel
Westeuropa/ Nordamerika Anne Seyffert	Auswahl Grund- und Promotionsförderung Marianne Braun	Organisationsbestände Michael Oberstadt	Controlling und Organisation Fritz Kopsieker	Grundsatzfragen Maria Theodossiou
Mittel- und Osteuropa Dr. Reinhard Krumm	Beratung und Betreuung Elena Espinosa	Personenbestände und Sammlungen Harry Scholz	Informationstechnologien Peter Bujny	Abrechnung Ausland Katharina Kohr Michael Kramer Julia Büllesfeld Sally-Maria Gülmez Sabina Tariq
Internationale Politikanalyse Dr. Ernst Hillebrand	Stipendium auf Probe Henriette Hättich	Public History Dr. Meik Woyke	Finanzbuchhaltung Carola Marten-Voigt	Abrechnung Inland Sener Dogan Reinhold Merten
Koordinierungsaufgaben Gewerkschaften: Jörg Bergstermann	Promotionsförderung Dr. Ursula Bitzegeio	Karl-Marx-Haus Trier Karl P. Salm	Projektbuchrechnung Jutta Klemm	
	Ausländische Stipendiatinnen und Stipendiaten Kathrein Hölscher	Bibliothek¹ Jacques Paparo	Hausmanagement Diana Gohle	
	Bildungsprogramm und stipendiatisches Netzwerk Ines Herr	Katalog und wissenschaftliche Dienste Regine Schoch	Koordination Konferenzzentrum Berlin Tino Ernst	
	Ehemalige, Berufsorientierung, journalistische Nachwuchsförderung Iva Figenwald	Periodika / Benutzung Jacques Paparo		
	Hochschulgruppenarbeit und regionale Aktivitäten Sohel Ahmed Antje Schnadwinkel			
	Neue Medien/Presse Johanna Niesyto			
	Bildungs- und Hochschulpolitik Marei John-Ohnesorg			

¹ Direkt dem Geschäftsführer unterstellt

² Durch die FES gefördert

Jahresabschluss zum 31.12.2011

Bilanz

Aktiva

Angaben in Euro

	01.01.2011	Zugänge	Abschreibungen/ Abgänge	31.12.2011	31.12.2010
A. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen					
1. Immaterielle Vermögensgegenstände	521.702,00	192.325,14	336.579,14	377.448,00	521.702,00
2. Grundstücke und Bauten	55.516.434,96	5.179.569,81	1.854.406,81	58.841.597,96	55.516.434,96
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	6.149.336,95	918.240,92	853.410,98	6.214.166,89	6.149.336,95
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	97.129,99	700.163,69	0,00	797.293,68	97.129,99
	62.284.603,90	6.990.299,56	3.044.396,93	66.230.506,53	62.284.603,90
II. Finanzanlagen	32.752.715,12	179.964,75	13.457.574,10	19.475.105,77	32.752.715,12
	95.037.319,02	7.170.264,31	16.501.971,03	85.705.612,30	95.037.319,02
B. Zweckgebundenes Vermögen				4.724.349,54	5.043.707,16
C. Umlaufvermögen					
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				18.946.082,25	16.635.082,40
II. Wertpapiere					
Sonstige Wertpapiere				5.577.198,21	366.229,52
III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten				17.514.090,14	14.102.064,05
				42.037.370,60	31.103.375,97
D. Rechnungsabgrenzungsposten				3.192,57	3.998,75
				132.470.525,01	131.188.400,90
Treuhandvermögen				3.595.421,92	3.042.152,99

Passiva

Angaben in Euro

	1.1.2011	Zuführungen	Umbuchungen / Umgliederung	Entnahmen / Auflösungen	31.12.2011	31.12.2010
A. Rücklagen						
I. Allgemeine Rücklagen	24.310.106,79	0,00	4.900.000,00	4.784.705,72	24.425.401,07	24.310.106,79
II. Rücklage gemäß § 58 Nr. 6 AO	13.759.229,68	311.754,42	-4.900.000,00	0,00	9.170.984,10	13.759.229,68
III. Rücklage gemäß § 58 Nr. 7a AO	12.483.478,45	2.468.701,94	0,00	0,00	14.952.180,39	12.483.478,45
IV. Rücklage gemäß § 58 Nr. 11 AO	13.338.749,73	0,00	0,00	0,00	13.338.749,73	13.338.749,73
	63.891.564,65	2.780.456,36	0,00	4.784.705,72	61.887.315,29	63.891.564,65
B. Sonderposten aus Zuwendungen für Anlagevermögen						
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	521.313,00	192.325,14	0,00	336.246,14	377.392,00	521.313,00
II. Grundstücke und Bauten	41.804.234,92	212.227,81	0,00	1.477.004,22	40.539.458,51	41.804.234,92
III. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	3.992.212,63	908.890,94	0,00	731.884,69	4.169.218,88	3.992.212,63
IV. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	97.129,99	700.163,69	0,00	0,00	797.293,68	97.129,99
	46.414.890,54	2.013.607,58	0,00	2.545.135,05	45.883.363,07	46.414.890,54
C. Sonderposten zum zweckgebundenen Vermögen					4.724.349,54	5.043.707,16
D. Rückstellungen					2.332.765,00	2.507.713,00
E. Verbindlichkeiten						
I. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen					1.274.071,85	1.412.468,39
II. Sonstige Verbindlichkeiten					10.998.869,65	6.962.393,62
					12.272.941,50	8.374.862,01
F. Rechnungsabgrenzungsposten					5.369.790,61	4.955.663,54
					132.470.525,01	131.188.400,90
Treuhandverbindlichkeiten					3.595.421,92	3.042.152,99

Einnahmen- und Ausgabenrechnung

1.1. bis 31.12.2011

Angaben in Euro

	2011		2010	
1. Projektgebundene Zuwendungen der				
a) Bundesministerien	133.798.420,73		135.305.389,18	
b) Länder und anderer Körperschaften	2.589.199,32		2.467.518,74	
c) Sonstigen Zuwendungsgeber	3.411.108,54	139.798.728,59	3.758.081,80	141.530.989,72
2. Spenden				
a) Allgemeine Satzungszwecke	257.851,00		208.074,18	
b) Wissenschaftliche Zwecke	100.000,00		0,00	
c) Solidaritätsfonds der Studienförderung	278.433,70	636.284,70	260.169,99	468.244,17
3. Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens aus Zuwendungen für Anlagevermögen		2.545.135,05		2.839.924,63
4. Teilnahmegebühren		886.175,70		908.152,15
5. Sonstige Erträge		1.678.310,36		3.680.377,53
		145.544.634,40		149.427.688,20
6. Aufwendungen aus der satzungsmäßigen Tätigkeit				
a) Stipendien an deutsche und ausländische Studenten	20.096.386,97		18.780.955,84	
b) Staatsbürgerliche und gesellschaftspolitische Bildungsarbeit	22.000.255,24		23.073.426,04	
c) Internationale Zusammenarbeit, Völkerverständigung und Partnerschaft zu den Entwicklungsländern	76.329.331,09		77.770.455,03	
d) Forschungsprojekte	6.393.466,83		7.200.873,24	
e) Förderung von Kunst und Kultur	105.419,01	124.924.859,14	152.687,92	126.978.398,07
7. Abschreibungen		3.044.396,93		4.437.382,99
8. Zuführung zum Sonderposten aus Zuwendungen für Anlagevermögen		2.013.607,58		1.867.563,19
9. Sonstige Betriebs- und Verwaltungsaufwendungen		16.221.817,94		15.940.742,92
10. Mindereinnahmen (i. Vj. Mehreinnahmen) aus laufendem Betrieb		-660.047,19		203.601,03
11. Finanzergebnis		-1.298.567,34		1.267.816,31
12. Ergebnis der gewöhnlichen Vereinstätigkeit		-1.958.614,53		1.471.417,34
13. Außerordentliche Aufwendungen (= Außerordentliches Ergebnis)		-45.634,83		-363.097,79
14. Mindereinnahmen (i. Vj. Mehreinnahmen)		-2.004.249,36		1.108.319,55
15. Entnahme aus der allgemeinen Rücklage		4.784.705,72		8.026.158,90
16. Zuführung zur Rücklage gemäß § 58 Nr. 6 und 7a AO		-2.780.456,36		-9.134.478,45
17. Jahresergebnis		0,00		0,00

Bescheinigung

An die Friedrich-Ebert-Stiftung e.V., Bonn-Bad Godesberg

Wir haben den vom Vorstand gemäß § 12 der Satzung aufgestellten Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz sowie Einnahmen- und Ausgabenrechnung – unter Zugrundelegung der Buchführung der Friedrich-Ebert-Stiftung e.V., Bonn-Bad Godesberg, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2011 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung des Jahresabschlusses nach den gesetzlichen Vorschriften und ihre Auslegung durch die IDW Stellungnahme zur Rechnungslegung: Rechnungslegung von Vereinen (IDW RS HFA 14) liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter des Vereins. Die Buchführung lehnt sich an Vorschriften und daraus abgeleiteten Regelungen der Bundeshaushaltsordnung an und enthält kameralistische Elemente. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Zugrundelegung der Buchführung abzugeben.

Wir haben unsere Prüfung unter Beachtung des IDW Prüfungsstandards: Prüfung von Vereinen (IDW PS 750) vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des Jahresabschlusses wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Tätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Vereins sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung und Jahresabschluss überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Grundsätze zur Rechnungslegung und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Im Sinne der Empfehlungen der vom Bundespräsidenten berufenen Kommission unabhängiger Sachverständiger vom 17. Februar 1993 (BT-Drs. 12/4425) veröffentlichen wir in Ergänzung des vorstehenden Jahresabschlusses folgende Daten für das Geschäftsjahr 2012 (Stand 31.12.2012):

Zahl der Personalstellen im Vergleich zum Vorjahr

	31.12.2011	31.12.2012
Mitarbeiter/-innen der Zentrale in Bonn	284	276
Mitarbeiter/-innen der Zentrale in Berlin	163	163
Mitarbeiter/-innen in den Bildungszentren und Außenbüros in Deutschland	83	82
Auslandsmitarbeiter/-innen*	98	96
Insgesamt	628	617

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss mit den angeführten Abweichungen zu den Empfehlungen der IDW Stellungnahme zur Rechnungslegung: Rechnungslegung von Vereinen (IDW RS HFA 14) den gesetzlichen Vorschriften.

Ergänzend weisen wir darauf hin, dass abweichend von den allgemeinen handelsrechtlichen Vorschriften und Empfehlungen der IDW Stellungnahme zur Rechnungslegung von Vereinen (IDW RS HFA 14) keine sonstigen Rückstellungen angesetzt werden, das Finanzanlagevermögen zu Anschaffungskosten angesetzt ist und keine außerplanmäßigen Abschreibungen auf das Finanzanlagevermögen vorgenommen werden sowie Periodenabgrenzungen mit Abrechnungsreichweite nur für das Berichtsjahr vorgenommen werden.

Köln, den 28. September 2012
KPMG AG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

gez.
Henseler
Wirtschaftsprüfer

Brandt
Wirtschaftsprüfer

Zahl und Art der Führungspositionen, die mit Mitgliedern des Deutschen Bundestages, der Landtage und der Bundes- oder Landesregierungen oder der Bundes- oder Landesparteivorstände besetzt waren (Stand: 31.12.2012):

Von den 11 Mitgliedern des Vorstands der Friedrich-Ebert-Stiftung sind:

- acht Mitglieder ohne o. a. Funktionen,
- ein Mitglied im Deutschen Bundestag,
- zwei Mitglied einer Landesregierung (zugleich Mitglied eines Landesparlaments sowie eines Landesparteivorstandes).

Geschäftsführung und Abteilungsleitungen der Friedrich-Ebert-Stiftung: Keine(r) in einer der o. a. Führungspositionen.

Den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichtes und des Parteiengesetzes zur Sicherung der Unabhängigkeit der politischen Stiftungen wird auf Grundlage der gemeinsamen Erklärung der politischen Stiftungen Rechnung getragen. Hiernach üben »der Vorsitzende des Vorstands, der Vorstandssprecher, der geschäftsführende Vorsitzende, das geschäftsführende Vorstandsmitglied und der Schatzmeister einer politischen Stiftung (...) in der jeweils nahestehenden Partei keine vergleichbaren Funktionen aus«.

Zusätzliche Erläuterung zur Einnahmen- und Ausgabenrechnung

Projektbezogene Zuwendungen

Bei den projektbezogenen Zuwendungen war das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) auch im Jahr 2011 größter einzelner Zuwendungsgeber.

64,1 Mio. € wurden für die Förderung gesellschafts- und strukturpolitischer Maßnahmen zugewendet.

Zusätzlich zu diesen Mitteln wurden 10,4 Mio. € als Verwaltungskostenzuschüsse gewährt. Darüber hinaus erhielt die Stiftung vom BMZ 45 T€ für die Förderung von Klimaschutzmaßnahmen in Entwicklungsländern sowie 780 T€ für den Internationalen Klima- und Umweltschutz. Die dafür erhaltenen Verwaltungskostenzuschüsse betragen 302 T€. Der Gesamtbetrag aller Zuwendungen des BMZ belief sich mithin auf 75,4 Mio. €.

Das Bundesministerium des Innern ist Zuwendungsgeber des Globalzuschusses zur Förderung der gesellschaftspolitischen und demokratischen Bildungsarbeit. Der Zuschuss i. H. v. 31,0 Mio. € wird für die satzungsmäßigen Aufgaben der Friedrich-Ebert-Stiftung gewährt, die sie im Inland erfüllt, insbesondere für die Durchführung von Seminaren, Tagungen und Kolloquien, die Beschaffung von Lehr- und Lernmitteln, die Vergabe von Forschungsvorhaben mit gesellschaftspolitischer Zielsetzung sowie für die Archivierung zeitgeschichtlich bedeutsamer Materialien von Parlamentariern. Der Globalzuschuss dient auch der Finanzierung der dazu gehörenden Personal-, Verwaltungs- und Betriebskosten. In dem o.g. Betrag sind 28 T€ als Zuschuss für die Zeitschriften der Politischen Stiftungen enthalten.

Neben dem Globalzuschuss erhielt die Stiftung vom Bundesministerium des Innern 4,0 Mio. € für die Baukosten des zweiten Hauses in Berlin.

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung ist mit 14,2 Mio. € Zuwendungsgeber für die Vergabe von Stipendien an deutsche Studierende im Grund- oder Aufbaustudium, in der Promotion sowie für Betreuungsmaßnahmen. 2,0 Mio. € wurden darüber hinaus als Verwaltungskostenpauschale bewilligt.

Das Auswärtige Amt fördert mit 2,5 Mio. € die Vergabe von Stipendien sowie die Betreuung und Nachbetreuung ausländischer Studierender und Graduierten in der Bundesrepublik. Weitere 4,6 Mio. € werden für internationale gesellschaftspolitische Maßnahmen zugewendet. Die Vorhaben dienen dem Informations-, Meinungs- und Erfahrungsaustausch sowie der Schulung gesellschaftlicher und politischer Schlüsselgruppen.

Auf Verwaltungskostenzuschüsse entfallen dabei 1,0 Mio. €.

Insgesamt verringerten sich die Bundeszuwendungen gegenüber 2010 um 1,5 Mio. €, wobei die Mittel des BMZ um 0,9 Mio. €

die Mittel des BMI um 1,9 Mio. € sowie die AA-Mittel um 0,6 Mio. € abnahmen, während die BMBF-Zuwendung um 1,9 Mio. € stieg.

Die Bundesländer und andere Gebietskörperschaften gewährten zweckbestimmte Zuwendungen zur Deckung regional bezogener direkter Veranstaltungskosten für gesellschaftspolitische Bildungsarbeit. Mit 1,6 Mio. € ist das Land Nordrhein-Westfalen der größte Zuwendungsgeber. Die Zuwendung erfolgt für gesellschaftspolitische Bildungsarbeit, u.a. im Rahmen des Weiterbildungsgesetzes.

Bei den sonstigen Zuwendungsgebern wurden zur Durchführung entwicklungspolitischer Maßnahmen im Ausland von verschiedenen Organisationen vor Ort insgesamt 108 T€ zugewendet.

Sonstige Einnahmen und Ausgaben

Die zur Finanzierung von aktivierungspflichtigen Aufwendungen gewährten Zuschüsse werden ab 1986 für Baumaßnahmen und ab 1991 auch für das übrige Anlagevermögen als Sonderposten aus Zuwendungen für Anlagevermögen passiviert (siehe Bilanz). Dieser Sonderposten wird in der Position »Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens aus Zuwendungen für Anlagevermögen« entsprechend der Abschreibung erfolgswirksam aufgelöst.

Die Position »Sonstige Erträge« umfasst Erlöse aus der Durchführung von Gast- und Fremdveranstaltungen sowie aus den Kantinenbetrieben in Bonn und in den Bildungstätten (insgesamt 686 T€), Erträge aus Vermietung und Verpachtung (29 T€), Publikations- und Eintrittserlöse (173 T€), Kostenersatzungen (75 T€), Erträge aus Anlageerlösen (u.a. aus dem Verkauf von Immobilien in Bergneustadt und Heidelberg, 135 T€) sowie übrige Erträge (282 T€).

Die unter »Aufwendungen aus der satzungsmäßigen Tätigkeit« genannten Positionen beziehen sich auf die im Textteil des vorangegangenen Jahresberichtes für 2011 beschriebenen Aktivitäten. Sie enthalten auch die mit der Durchführung dieser Aufgaben unmittelbar verbundenen Personal-, Verwaltungs- und Betriebskosten.

Der Personalaufwand für Inlandsmitarbeiter und für die zeitlich befristet angestellten Aushilfen betrug insgesamt 29,1 Mio. € und setzt sich wie folgt zusammen: Lohn- und Gehaltskosten 22,8 Mio. €, Sozialabgaben und sonstige soziale Aufwendungen 6,3 Mio. €.

In den Ausgaben für Stipendien an deutsche und ausländische Studenten sind Betreuungsmaßnahmen für die Stipendiaten (Seminarveranstaltungen und Exkursionen) von 1,6 Mio. € enthalten.

Die Ausgaben für die staatsbürgerliche und gesellschaftspolitische Bildungsarbeit beziehen sich auf Seminarveranstaltungen, Tagun-

gen, Kongresse, Ausstellungen und auf die Erstellung von Publikationen. Die Veranstaltungen fanden in den Häusern in Berlin und Bonn sowie in der stiftungseigenen Akademie und in angemieteten Veranstaltungsorten in der gesamten Bundesrepublik statt.

Die Position »Internationale Zusammenarbeit, Völkerverständigung und Partnerschaft zu den Entwicklungsländern« enthält die Ausgaben für die Auslandsarbeit der Stiftung in Entwicklungsländern, den Ländern Mittel- und Osteuropas und in einigen Industrieländern. Der hier enthaltene Personalaufwand für Auslandsmitarbeiter beträgt 13,8 Mio. €.

Die Fachausgaben der Position »Forschungsprojekte« setzen sich zusammen aus 29 T€ für Forschungsprojekte und -aufträge sowie 1,1 Mio. € für Bücher und Zeitschriften der Bibliothek in Bonn, für Archivalien des Archivs der sozialen Demokratie in Bonn sowie für die Verwaltung des Karl-Marx-Hauses in Trier.

Das Sachanlagevermögen der Stiftung betrug zum 31.12.2011 insgesamt 66,2 Mio. € (siehe Bilanz).

Zur Position »Zuführung zum Sonderposten ...« siehe Bilanz, Passiva, B I – IV.

Die »Sonstigen Betriebs- und Verwaltungsaufwendungen« enthalten die Personal-, Verwaltungs- und Betriebskosten der Gemeinkostenstellen in den Häusern in Bonn und Berlin.

Eigene Einnahmen und Spenden

Die privaten Spenden für die allgemeinen und wissenschaftlichen Satzungszwecke der Stiftung sowie für den Solidaritätsfonds der Studienförderung beliefen sich auf 636 T€. Die Spenden sind eine wertvolle Ergänzung der öffentlichen Zuwendungen.

886 T€ wurden als Beiträge durch die Teilnehmer an den Bildungsveranstaltungen gezahlt. Weitere 1,7 Mio. € wurden erlöst durch sonstige Leistungen der Stiftung (Bewirtungen, Vermietung und Verpachtung, Verkauf von Publikationen und von Reproduktionen historischer Fotos, Eintritt für das Karl-Marx-Haus etc.).

Von besonderer Bedeutung sind die Erträge aus den unselbständigen Stiftungen und Treuhandvermögen. Solche Vermögenszuflüsse aufgrund von Testamenten oder Schenkungen stellen eine ganz besondere Verpflichtung für die Stiftung dar. Mit den Erträgen aus diesen Vermögen können im Sinne und im Namen der Spender Aufgaben dauerhaft übernommen werden, für die öffentliche Mittel sonst nicht ausreichend zur Verfügung stehen.

Gesamtübersicht der im Haushalt 2013 zu erwartenden Einnahmen und Ausgaben

Stand: 31. Dezember 2012

Angaben in Euro

I. Einnahmen		
1. Zuwendungen und Zuschüsse		
<i>Zuwendungen der Bundesministerien</i>		139.734.600
<i>Zuwendungen der Länder und anderer Gebietskörperschaften</i>		2.546.946
<i>Sonstige Zuwendungsgeber</i>		1.743.000
2. Spenden		600.000
3. Teilnehmergebühren		1.114.000
4. Sonstige Einnahmen		900.000
II. Ausgaben		
1. Aufwendungen aus der satzungsmäßigen Tätigkeit/Projektausgaben		
<i>Förderung von Studenten und Graduierten</i>		22.751.805
<i>Staatsbürgerliche und gesellschaftspolitische Bildungsarbeit (Tagungen und Seminare)</i>		20.238.441
<i>Internationale Zusammenarbeit</i>		83.110.883
<i>Veröffentlichungen</i>		
<i>Forschungsprojekte</i>		5.505.644
<i>Förderung von Kunst und Kultur Sonstige Projektausgaben</i>		164.000
2. Personalaufwand für Inlandsmitarbeiter *		
3. Sächliche Verwaltungsaufgaben		
<i>Sonstige Betriebs- und Verwaltungskosten</i>		11.592.886
4. Sonstige Betriebsaufwendungen		
5. Übrige Ausgaben		
6. Ausgaben für Investitionen / Aufwendungen für Abschreibungen		3.274.887
III. Voraussichtliches Jahresergebnis		0

* Der Personalaufwand für Inlandsmitarbeiter ist bereits in den Positionen 1 (Aufwendungen aus der satzungsmäßigen Tätigkeit/Projektausgaben) und 3 (Sächliche Verwaltungsaufgaben) enthalten.

Der Personalaufwand für Inlandsmitarbeiter beträgt insgesamt:	30.415.425 €
Darin sind für Löhne und Gehälter enthalten:	24.036.519 €
Die sozialen Abgaben betragen:	6.378.906 €

Zum Selbstverständnis der Politischen Stiftungen

Die Konrad-Adenauer-Stiftung, Friedrich-Ebert-Stiftung, Heinrich-Böll-Stiftung, Friedrich-Naumann-Stiftung und die Hanns-Seidel-Stiftung haben ihr Selbstverständnis formuliert und ihren Standort bestimmt. Ihre gemeinsame Erklärung ist Selbstverpflichtung und Information der Öffentlichkeit zugleich.

Nachfolgend die Zusammenfassung der Erklärung:

Die Konrad-Adenauer-Stiftung, Friedrich-Ebert-Stiftung, Friedrich-Naumann-Stiftung, Hanns-Seidel-Stiftung und die Heinrich-Böll-Stiftung sind die der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, der Freien Demokratischen Partei, der Christlich Sozialen Union in Bayern und der Bundespartei Bündnis 90/Die Grünen nahe stehenden Politischen Stiftungen. Mit der Wahrnehmung ihrer satzungsmäßigen Aufgaben wollen sie zur Gestaltung der Zukunft unseres Gemeinwesens beitragen. Ihre gesellschafts-politische und demokratische Bildungsarbeit, Information und Politikberatung im In- und Ausland, die auf den Prinzipien der freiheitlich demokratischen Grundordnung aufbauen und den Grundsätzen der Solidarität, Subsidiarität und gegenseitigen Toleranz verpflichtet sind, haben insbesondere zum Ziel:

- durch Vermittlung politischer Bildung die Beschäftigung der Bürger mit politischen Fragen anzuregen sowie ihr politisches Engagement zu fördern und zu vertiefen;
- durch Wissenschaftsförderung, politische Forschung und Beratung Grundlagen politischen Handelns zu erarbeiten sowie den Dialog und Wissenstransfer zwischen Wissenschaft, Politik, Staat und Wirtschaft zu vertiefen;
- die geschichtliche Entwicklung der Parteien sowie der politischen und sozialen Bewegungen zu erforschen;
- mit Stipendien und studienbegleitenden Programmen die wissenschaftliche Aus- und Fortbildung begabter junger Menschen zu fördern;
- durch Veranstaltungen, Stipendien und Pflege und Erhalt von Kulturwerken Kunst und Kultur zu fördern;

- durch Informationen und internationale Begegnungen die europäischen Einigungsbestrebungen zu unterstützen und zur Völkerverständigung beizutragen;
- mit Programmen und Projekten entwicklungs-politische Hilfe zu leisten und zum Aufbau demokratischer, freiheitlicher und rechtsstaatlicher Strukturen, die den Menschen- und Bürgerrechten verpflichtet sind, beizutragen.

Es gehört zum Selbstverständnis der Politischen Stiftungen, ihre Ressourcen mit größtmöglichem Nutzen einzusetzen und darüber öffentlich Rechenschaft abzulegen.

Die Information der Öffentlichkeit über ihre Tätigkeit und die Verwendung ihrer Mittel ist eine selbstgesetzte Verpflichtung der Politischen Stiftungen und stärkt das öffentliche Vertrauen in ihre Arbeit. Auch aus diesem Grund sind die Politischen Stiftungen übereingekommen, die Empfehlungen der vom Bundespräsidenten berufenen Kommission unabhängiger Sachverständiger aufzugreifen, ohne insofern auf eine etwaige gesetzliche Regelung zu warten. In dieser gemeinsamen Erklärung stellen sie ihr Selbstverständnis insbesondere im Hinblick auf die staatliche Finanzierung ihrer Arbeit und die öffentliche Rechenschaftslegung dar.

Der vollständige Text kann bei der Friedrich-Ebert-Stiftung angefordert werden.

Telefon 0228 883-0

Telefax 0228 883-9207

presse@fes.de

Mitglieder des Vorstandes

Stand: Mai 2013

Vorstand

Kurt Beck

Dieter Schulte

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied

und Geschäftsführer

Dr. Roland Schmidt

Mitglieder

Prof. Dr. Peter Brandt

Dr. Jürgen Burckhardt

Sabine Kaspereit

Hannelore Kraft

Dr. Werner Müller

Dr. Rolf Mützenich

Matthias Platzeck

Ehrenvorsitzende

Holger Börner †

Anke Fuchs

Anschrift für Vorstand, Verein und Kuratorium

Postadresse:

Friedrich-Ebert-Stiftung

53170 Bonn

Haus-/Lieferadresse:

Friedrich-Ebert-Stiftung

Godesberger Allee 149

53175 Bonn

Mitglieder des Vereins

Stand: Mai 2013

Dr. Gerd Andres

Prof. Egon Bahr

Kurt Beck

Karl Benke

Prof. Dr. Helmut Berding

Dr. Christine Bergmann

Erik Bettermann

Jens Böhrnsen

Prof. Dr. Peter Brandt

Anke Brunn

Ilse Brusic

Heinz Bühringer

Edelgard Bulmahn

Dr. Jürgen Burckhardt

Dr. Bernhard Bußmann

Wolf-Michael Catenhusen

Prof. Dr. Herta Däubler-Gmelin

Dr. Klaus von Dohnanyi

Heide Dörrhofer-Tucholski

Garrelt Duin

Martin Dulig

Prof. Dr. Horst Ehmke

Dr. Herbert Ehrenberg

Hans Eichel

Gernot Erler

Petra Ernstberger

Anke Fuchs

Sigmar Gabriel

Irmgard Gaertner-Fichtner

Günter Gloser

Reinhard Grätz

Prof. Dr. Helga Grebing

Bettina Hagedorn

Nina Hauer

Dr. Volker Hauff

Dr. Horst Heidermann

Hubertus Heil

Dr. Barbara Hendricks

Dr. Diether Hoffmann

Prof. Dr. Uwe Holtz

Reinhard Höppner

Antje Huber

Berthold Huber

Alois Hüser

Hedda Jungfer

Johannes Kahrs

Sabine Kaspereit

Reinhard Klimmt

Hans-Ulrich Klose

Walter Kolbow

Hannelore Kraft

Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp

Klaus-Dieter Kühbacher

Dr. Gerlinde Kuppe

Prof. Manfred Lahnstein

Dr. Klaus Dieter Leister

Dr. Jürgen Linde

Dr. Anke Martiny

Christoph Matschie

Dr. Werner Müller

Franz Müntefering

Dr. Rolf Mützenich

Andrea Nahles

Dietmar Nietan

Thomas Oppermann

Aydan Özoguz

Johannes Andreas Pflug

Matthias Platzeck

Konrad Porzner

Joachim Poß

Florian Pronold

Prof. Christa Randzio-Plath

Dr. h.c. Hermann Rappe

Karl Ravens

Walter Riestler

Dr. Harald Ringstorff

Prof. Helmut Rohde

Wolfgang Roth

Prof. Heinz Ruhnau

Dr. Karl-Peter Schackmann-Fallis

Axel Schäfer

Thorsten Schäfer-Gümbel

Rudolf Scharping

Harald Schartau

Günter Schlatter

Dr. Nils Schmid

Helmut Schmidt

Renate Schmidt

Dr. Roland Schmidt

Ulla Schmidt

Wilhelm Schmidt

Hubertus Schmoldt

Carsten Schneider

Prof. Dr. Hans-Peter Schneider

Dr. Herbert Schnoor

Olaf Scholz

Gerhard Schröder

Günter Schröder

Prof. Dr. Richard Schröder

Dr. Manfred Schüler

Dieter Schulte

Martin Schulz

Peter Schulz

Werner Schulz

Dr. Angelica Schwall-Düren

Rolf Schwanitz

Manuela Schwesig

Heide Simonis

Prof. Dr. Karl-Heinz Sohn

Michael Sommer

Dr. Frank-Walter Steinmeier

Dr. Manfred Stolpe

Michael Vassiliadis

Ute Vogt

Dr. Henning Voscherau

Dr. Klaus Wedemeier

Ernst Welteke

Heidemarie Wieczorek-Zeul

Dr. Bettina Wieß

Klaus Wowereit

Dr. Monika Wulf-Mathies

Prof. Dr. Jürgen Zöllner

Dr. Christoph Zöpel

Mitglieder des Kuratoriums

Stand: Mai 2013

Vorsitzende

Ingrid Matthäus-Maier

Mitglieder

Doris Ahnen

Wolfgang Altenburg

Richard Becker

Dr. Wilhelm Bender

Prof. Dr. Helmut Berding

Siegfried Bleicher

Dr. Rolf Böhme

Ulla Burchardt

Prof. Dr. Friedrich Buttler

Wolf-Michael Catenhusen

Harro Uwe Cloppenburg

Dr. Klaus von Dohnanyi

Rudolf Dreßler

Dr. Ursula Engelen-Kefer

Dr. Erhard Eppler

Dr. Katharina Focke

Ingeborg Friebe

Florian Gerster

Ingrid Häußler

Prof. Dr. Helene Harth

Dr. Peter Heinemann

Dr. Christine Hohmann-Dennhardt

Helmut Hubacher

Roland Issen

Gerhard Jochum

Prof. Dr. Karl Kaiser

Dr. Karl Kauermann

Prof. Dr. Jürgen Keßler

Prof. Dr. Jürgen Kocka

Prof. Dr. Heiko Körner

Prof. Tomas Kosta

Ursula Kraus

Prof. Dr. Jürgen Kromphardt

Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp

Moritz Leuenberger

Markus Meckel

Prof. Dr. Julian Nida-Rümelin

Edith Niehuis

Karl Otto Pöhl

Dr. Winfried Polte

Barbara Prammer

Dr. h.c. Hermann Rappe

Steffen Reiche

Edzard Reuter

Prof. Dr. Gerhard A. Ritter

Karin Schubert

Dr. Mário Soares

Prof. Dr. Hartmut Soell

Berndt von Staden

Karl Starzacher

Dr. Ralf Stegner

Prof. Dr. Johano Strasser

Helmut Teitzel

Dr. Gerald Thalheim

Dr. Carl Tham

Wolfgang Tiefensee

Dr. Gottfried Timm

Dr. Hans-Jochen Vogel

Gerd Walter

Gerd E. Weers

Dr. Rosemarie Wilcken

Dr. Monika Wulf-Mathies

Brigitte Zypries

Mitglieder des Auswahlausschusses

Stand: Mai 2013

Ehrenvorsitzender

Prof. Dr. Helmut Berding

Vorsitzende

Prof. Dr. Helene Harth

Stellvertretender Vorsitzender

Prof. Dr. Jürgen Keßler

Prof. Dr. Dr. Sefik Alp Bahadır

Prof. Dr. Ingo Balderjahn

Dr. Beate Bartoldus

Prof. Dr. Hans-H. Bass

Christine Biehler

Prof. Dr. Monika Böhm

Prof. Dr. Dr. Franz-Josef Brüggemeier

Dr. Michael Dauderstädt

Prof. Dr. Dorothee de Nève

Prof. Dr. Frank Engehausen

Prof. Dr. Christine Färber

Prof. Dr. Hermann Frister

Prof. Dr. Charlotte Gaitanides

Prof. Dr. Heinz P. Galler

Prof. Dr. Brigitte Georgi-Findlay

Dr. Yvette Gerner

Prof. Dr. Wolfgang Glatzer

Dr. Uwe Gottschalk

Prof. Eberhard E. Grötsch

Prof. Dr. Harald Hagemann

Prof. Dr. Uwe Haneke

Dr. Peter Hantel

Prof. Dr. Dr. Ernest W.B. Hess-Lüttich

Prof. Dr. Gunther Hirschfelder

Prof. Dr. Anke Holler

Prof. Dr. Wolfgang Honnen

Dr. Hans-Gerhard Husung

Dr. Alexander Kallweit

Prof. Dr. Heidrun D. Kämper

Dr. Thomas Keidel

Dr. Ernst-J. Kerbusch

Prof. Dr. Christopher Kopper

Evelin Manteuffel

Prof. Dr. Peter Mayer

Dr. Regine Mehl

Prof. Dr. Nils Metzler-Nolte

Prof. Dr. Andreas Möglich

Prof. Dr. Thomas J. J. Müller

Dr. Yvonne Ott

Prof. Dr. Rachid Ouaisa

Prof. Dr. Anita Pfaff

Petra Popp

Dr. Simone Raatz

Prof. Dr. Walter Reese-Schäfer

Prof. Dr. Emanuel Richter

Prof. Dr. Hermann Rösch

Dr. Michael Schmidt

Dr. Petra Schmitt-Frister

Dr. Ilja-Kristin Seewald

Dr. Ralf Stegner

Prof. Dr. Franz Streng

Prof. Dr. Jochen Struwe

Prof. Dr. Dietmar Süß

Prof. Dr. Peter Vorderer

Prof. Dr. Katina Warendorf

Prof. Dr. Ulrike Wendeling-Schröder

Prof. Dr. Bernd Witte

Vertrauensdozentinnen und Vertrauensdozenten

Stand: Mai 2013

Aachen

Dr. Maysoun Zein Al Din

Fachhochschule

Prof. Dr. Markus Fredebeul-Krein

Technische Hochschule

Dr. Günter Berg

Prof. Dr. Gerhard Gründer

Prof. Dr. Max Kerner

Prof. Dr. Helmut König

Prof. Dr. Hermann Wagner

Augsburg

Dr. Florian Freund

Universität Augsburg

Prof. Dr. Valentin Kockel

Prof. Dr. Friedrich Pukelsheim

Baden Baden

Silke Hillesheim

Bad Dürkheim

Prof. Dr. Dr. Norbert Grulke

Bamberg

Otto-Friedrich-Universität

Dr. Sebastian Krapohl

Prof. Dr. Frank Westerhoff

Bayreuth

Universität

Prof. Dr. Manfred Miosga

Prof. Dr. Herbert Popp

Berlin

Dr. Hans-Peter Böhm

Prof. Dr. Ernst Cloer

Prof. Dr. Dr. Hans Joachim
Gießmann

Dr. Marius Hofmeister

Axel Hutschenreuther

Gerhard Lechleitner

Dr. Andreas Linde

Dr. Klaus Lommatzsch

Prof. Dr. Günther Maihold

Dr. Timo Noetzel

Prof. Dr. Sven Papcke

Prof. Dr. Reinhard Rürup

Bettina Schattat

Dr. Hans-Jörg Schmedes

Prof. Dr. Manuela Spindler

Dr. Nicolai von Ondarza

Dr. Almut Wieland-Karim

Alice Salomon-Fachhochschule

Prof. Dr. Heinz Stapf-Finé

Freie Universität

Prof. Dr. Rolf-Peter Janz

Prof. Dr. Eun-Jeung Lee

Prof. Dr. Martin Lücke

Prof. Dr. Stefan Rinke

Prof. Dr. Eberhard Sandschneider

Prof. Dr. Holm Sundhausen

Hertie-School of Governance

Prof. Dr. Anke Hassel

Hochschule für Technik und Wirtschaft

Prof. Dr. Dr. Volker Boehme-Neßler

Prof. Dr. Sebastian Dullien

Prof. Dr. Sabine Spelthahn

Hochschule für Wirtschaft

Prof. Dr. Holger Rogall

Humboldt-Universität

Prof. Dr. Ulrike Auga

Prof. Dr. Peter Burschel

Prof. Dr. Andreas Eckert

Dr. Kurt Graulich

Prof. Dr. Bernd Henningsen

Prof. Dr. Thomas Mergel

Prof. Dr. Herfried Münkler

Prof. Dr. Wolfgang Scholl

Prof. Dr. Julia von Blumenthal

Prof. Dr. Gerhard Werle

Katholische Hochschule für Sozialwesen

Prof. Dr. Christian Bernzen

Prof. Dr. Axel Bohmeyer

Prof. Dr. Jens Wurtzbacher

Technische Universität

Prof. Dr. Thorsten Beckers

Dr. Sascha Buchholz

Prof. Dr. Rolf Grigorieff

Prof. Dr. Michael Pohst

Prof. Dr. Gert G. Wagner

Bielefeld

Universität

Prof. Dr. Alfred Greiner

Prof. Dr. Wolfgang Jütte

Prof. Dr. Thomas Welskopp

Prof. Dr. Jan Wirrer

Bochum

Universität

Prof. Dr. Bernd Faulenbach

Prof. Dr. Stefan Goch

Prof. Dr. Monika Hasenbring

Prof. Dr. Traugott Jähnichen

Prof. Dr. Klaus Kost

Dr. Manfred Wannöffel

Bonn

Dr. Stefan Klose
Dr. Alexandra von dem Knesebeck
Dr. Christian von Haldenwang

Universität

Prof. Dr. Frank Decker
Prof. Dr. Dieter Dowe
Prof. Dr. Solvay Gerke
Prof. Dr. Doris Lucke
Prof. Dr. Karlheinz Niclaus
Prof. Dr. Michael Schneider

Braunschweig

Technische Universität

Prof. Dr. Ulrich Heyder
Prof. Dr. Rainer Jonas
Prof. Dr. Katja Koch
Prof. Dr. Hermann Wätzig

Bremen

Prof. Dr. Gerd Turowski

Hochschule

Prof. Dr. Corinna Grünh
Prof. Dr. Ernst Mönnich

Jacobs University

Prof. Dr. Phillip Genschel
Prof. Dr. Gerd-Volker
Röschenthaler
Prof. Dr. Günther K. H. Zupanc

Universität

Prof. Dr. Andreas Fischer-Lescano
Prof. Dr. Ursula Rust
Dr. Janna Wolff

Chemnitz

Technische Universität

Prof. Dr. Rudolf Boch
Prof. Dr. Stefan Garsztecki

Coburg

Fachhochschule

Iris Piper

Cottbus

Dr. Tilo Biesecke

Darmstadt

Technische Universität

Prof. Dr. Gerd Lautner
Dr. Sonja Zmerli

Dortmund

Universität

Prof. Dr. Wilfried Bos
Prof. Dr. Frank Lobigs

Dresden

Technische Universität

Prof. Dr. Peter Gründler
Prof. Dr. Wolfgang Melzer
Dr. Melanie Morisse-Schilbach
Prof. Dr. Christian Prunitsch
Prof. Dr. Karl-Siegbert Rehberg
Dr. Mike Schmeitzner
Klemens Schrenk

Duisburg

Dr. Thomas Reichel

Universität Duisburg-Essen

Prof. Dr. Tobias Debiel
Prof. Dr. Rolf Dobischat
Prof. Dr. Heike Roll

Düsseldorf

Prof. Dr. Gerd Krumeich

Fachhochschule

Prof. Dr. Gisela Losseff-Tillmanns

Hochschule für Bildende Künste

Prof. Dr. Ludger Schwarte

Universität

Prof. Dr. Helmut Frister
Prof. Dr. Karl Vorlaufer

Eberswalde

Fachhochschule für Forstwirtschaft

Prof. Dr. Peter Spathelf

Eichstätt

Katholische Universität

Prof. Dr. Stefan Schieren

Eisenach

Prof. Dr. Dorothea Hegele
Dr. Wolfgang Schenk

Elmenhorst

Prof. Dr. Hartmut Krienke

Erfurt

Fachhochschule

Prof. Dr. Eckhard Giese
Prof. Dr. Klaus Merforth

Universität

Prof. Dr. Manfred Baldus
Prof. Dagmar Demming
Dr. Heike Grimm
Prof. Dr. Fritz-Wilhelm Neumann

Erlangen-Nürnberg

Universität

Prof. Dr. Werner K. Blessing
Dr. Susanna Brogi-Däufel
Prof. Dr. Peter Dabrock
Dr. Karin Falkenberg
Prof. Dr. Ludwig Fesenmeier
Prof. Dr. Christian Merkl
Prof. Dr. Heiko B. Weber

Essen

Universität Duisburg-Essen

Prof. Dr. Peter Ulrich Hein

Esslingen

Hochschule

Prof. Dr. Reiner Marchthaler
Prof. Dr. Karin Reiber

Flensburg

Universität

Prof. Dr. Herbert Bruhn
Prof. Dr. Uwe Danker

Frankfurt / Main

Dr. Julie Strube
Dr. Ulrich Walter

FRA School of Finance & Management

Prof. Dr. Adalebert Winkler

Universität

Prof. Dr. Lothar Brock
Prof. Dr. Volker Dötsch
Prof. Dr. Alexander Ebner
Prof. Dr. Ingwer Ebsen
Prof. Dr. Ulfrid Neumann
Prof. Dr. Astrid Wallrabenstein

Frankfurt / Oder

Europa-Universität Viadrina

Prof. Dr. Albrecht Söllner

Freiburg

Prof. Dr. Peter Gotthardt

Pädagogische Hochschule

Prof. Dr. Albert Scherr

Universität

Prof. Dr. Ulrich Bröckling
Prof. Dr. Sabine Dabringhaus
Prof. Dr. Tim Epkenhans
Prof. Dr. Wolfgang Esbach
Prof. Dr. Johanna Pink
Prof. Dr. Ralf Poscher

Fulda

Fachhochschule

Prof. Dr. Peter Haller
Prof. Dr. Helen Knauf

Furtwangen

Fachhochschule

Prof. Dr. Peter Strobach

Gelsenkirchen

Westfälische Fachhochschule

Prof. Dr. Andreas Heinecke
Prof. Dr. Stephan Kress
Prof. Dr. Karl-Martin Obermeier
Prof. Dr. Diethard Reisch

Gießen

Universität

Prof. Dr. Stephan Bröchler
Prof. Dr. Philipp Dann
Prof. Dr. Ulrich Ellinghaus
Prof. Dr. Gerhard Kurz
Prof. Dr. Klaus Lange
Prof. Dr. Friedrich Lenger
Prof. Dr. Joybrato Mukherjee

Göttingen

Universität

Dr. Katharina Hilbig-Lugani
Prof. Dr. Stephan Klasen
Prof. Dr. Volker Lipp
Prof. Dr. Rainer Marggraf,
Prof. Dr. Franz Walter

Greifswald

Universität

Prof. Dr. Hans-Robert
Metelmann
Prof. Dr. Marko Pantermöller

Güstrow

Fachhochschule für Öffentliche Verwaltung und Rechtspflege

Prof. Dr. Bodo
Wiegand-Hoffmeister

Hagen

Fernuniversität

Prof. Dr. Frank Hillebrandt
Prof. Dr. Reinhard Wendt

Halle

Dr. Jutta Günther

Universität

Prof. Dr. Gunnar Brands
Prof. Dr. Walter Thomi

Hamburg

Dr. Stephan Bakan
Prof. Dr. Eberhard Dorndorf
Prof. Dr. Jens Flemming
Dr. Arnim Karthaus
Staatsrat Dr. Ralf Kleindiek
Prof. Dr. Friedrich Koch
Prof. Dr. Yolanda M. Koller-Tejeiro
Prof. Dr. Dieter Martiny
Dr. Torsten Sevecke
Dr. Sven Tode
Prof. Dr. Jürgen Voss

Bucerius Law School

Prof. Dr. Thomas Rönna

Fachhochschule für Ökonomie und Management

Prof. Dr. Marco Zimmer

Hochschule für angewandte Wissenschaften

Prof. Dr. Simon Andreas Güntner
Prof. Dr. Julia Neumann-Szyszka

Hochschule für Bildende Künste

Prof. Dr. Barbara Martwich

Universität

Prof. Dr. Holger Brecht-
Heitzmann
Prof. Dr. Barbara Brüning
Dr. Marcel du Moulin
Dr. Hans-Georg Ehrhart
Prof. Dr. Kathrin Fahlenbrach
Prof. Dr. Peter Heisig
Prof. Dr. Kai-Oliver Knops
Prof. Dr. Franklin Kopitzsch
Prof. Dr. Reiner Lehberger

Prof. Dr. Fritz Sack
Prof. Dr. Dieter Schimanke
Prof. Dr. Arndt Schmehl
Prof. Dr. Benno Stinner
Prof. Dr. Barbara Vogel
Prof. Dr. Bernd-Jürgen Wendt

Hannover

Hochschule

Prof. Dr. Rolf Hüper
Dr. Monika Pinski

Medizinische Hochschule

Dr. Thela Wernstedt

Universität

Prof. Dr. Knut Gerlach
PD Dr. Alexander Kochinka
Prof. Dr. Manfred Walther

Heidelberg

Dr. Walter Mühlhausen

Universität

Prof. Dr. Sebastian Harnisch
Prof. Dr. Herbert Kronke
Prof. Dr. Andreas Kruse
Prof. Dr. Dieter Nohlen
Prof. Dr. Hartmut Soell
Dr. Mathias Witzens-Harig
Prof. Dr. Edgar Wolfrum

Hildesheim

Hochschule für angewandte Wissenschaft und Kunst

Prof. Dr. Gazi Caglar
Prof. Dr. Lutz Finkeldey
Prof. Dr. Ulrich Hammer

Universität

Prof. Dr. Wolfgang Schneider

Iserlohn

Prof. Dr. Volker Busch
Prof. Dr. Stefan Lennardt

Jena

Universität

Prof. Dr. Klaus Dörre
Prof. Dr. Hermann Funk
Prof. Dr. Hans-Werner Hahn
Prof. Dr. Ulrich Hilpert
Staatssekretär Prof. Dr.
Roland Merten
Prof. Dr. Georg Schmidt
Dr. Sebastian Stehr

Kaiserslautern

Technische Universität

Prof. Dr. Michael Schroda
Prof. Dr. Hans-Jürgen Seimetz
Prof. Dr. Bernd Streich
Prof. Dr. Michael von Hauff
Prof. Dr. Jürgen Wilzewski

Karlsruhe

Universität und Institut für Technologie

Prof. Dr. Ulrich Schurath
Prof. Dr. Hans-Peter Schütt
Prof. Dr. Manfred Wilhelm

Hochschule für Technik und Wirtschaft

Prof. Dr. Hagen Krämer

Kassel

Universität

Prof. Dr. Helmut Holzapfel

Kehl

**Fachhochschule für
öffentliche Verwaltung**
Prof. Dr. Ewald Eisenberg

Kiel

Fachhochschule
Prof. Dr. Doris Weßels

Universität

Prof. Dr. Wolfgang Biesterfeld
Prof. Dr. Federico Foders
Prof. Dr. Gerhard Igl
Prof. Dr. Albert Jeck
Prof. Dr. Karl-Heinrich Pohl
Prof. Dr. Klaus Potthoff

Koblenz/Landau

Universität

Prof. Dr. Werner Sesselmeier

Köln

Dr. Matthias von Hellfeld
Dr. Christiane Kling-Mathey
Prof. Dr. Harald Kundoch
Prof. Dr. Dr. Alexander
Lechleuthner

Fachhochschule

Prof. Dr. Harald Hofmann

Katholische Hochschule

Prof. Dr. Werner Schönig

Sporthochschule

Prof. Dr. Jürgen Mittag

Universität

Prof. Dr. Ralph Jessen
Prof. Dr. André Kaiser
Dr. Claudia Nikodem
Dr. Markus Ogorek

Konstanz

**Hochschule für Technik, Wirtschaft
und Gestaltung**
Prof. Dr. Karen-Sibyll Schirmer

Universität

Prof. Dr. Thomas Dekorsy
Prof. Dr. Bianka Pietrow-Ennker
Prof. Dr. Wolfgang Seibel
Prof. Dr. Clemens Wischermann

Leipzig

Dr. Jens A. Katzek

Fachhochschule Nordhessen

Zweigstelle Leipzig
Prof. Dr. Lars Garlepp

Universität

Prof. Dr. Alexander Deeg
Prof. Dr. Hartmut Elsenhans
Prof. Dr. Cornelia Exner
Prof. Dr. Christian Fandrych
Prof. Dr. Birgit Harreß
Prof. Dr. Hartmut Keil
Prof. Dr. Thomas Lenk
Prof. Dr. Harald Morgner
Prof. Dr. Wolfgang Schwarz

Ludwigsburg

**Fachhochschule für öffentliche
Verwaltung und Finanzen**

Prof. Dr. Eleonora Kohler-Gehrig

Ludwigshafen

Fachhochschule

Prof. Dr. Fritz Unger

Lüneburg

Universität

Prof. Dr. Ulrich Günther
Prof. Dr. Axel Halfmeier
Prof. Dr. Claus-Dieter Krohn
Prof. Dr. Wolfgang Ruck
Prof. Dr. Michael Schefczyk

Lüneburg/Schnege

Prof. Dr. Hermann H. Kallfas

Magdeburg

Hochschule Magdeburg-Stendal

Dr. Irmtraut Mecke
Prof. Dr. Susanne Metzner
Prof. Dr. Ilona Wuschig

Universität

Prof. Dr. Erhard Forndran
Prof. Dr. Horst Gischer
Prof. Dr. Klaus Erich Pollmann
Prof. Dr. Wolfgang Rensch

Mainz

Dr. Katarina Barley
Dr. Morna Gruber

Fachhochschule

Prof. Jean Ulysses Voelker

Universität

Prof. Dr. Thorsten Faas
Prof. Dr. Gerd Mielke
Prof. Dr. Oliver Scheiding

Mannheim

Andrea Gronemeyer
Prof. Dr. Klaus Schönhoven

Universität

Prof. Dr. Michael Erbe
Dr. Felix Hörisch
Dr. Benjamin Müller
Prof. Dr. Peter Steinbach

Marburg

Dr. Fabio Longo

Universität

Prof. Dr. Volker Mergenthaler
Prof. Dr. Thomas Noetzel
Prof. Dr. Harald Renz
Prof. Dr. Hans Karl Rupp
Prof. Dr. K.A. Seitz

Merseburg

Fachhochschule

Prof. Dr. Erich Menting

Mittweida

Hochschule
Prof. Dr. Christoph Meyer

München

Dr. Andreas de Bruin
Prof. Dr. Manfred Kloster
Dr. Ludwig Maaßen
Michael Marco Schönlein
Dr. Heribert Staudacher
Dr. Hans Wegner
Dr. Jürgen Zarusky

Hochschule für Angewandte Wissenschaften

Prof. Dr. Peter Hammerschmidt
Dr. Stefan Rappenglück

Katholische Fachhochschule

Prof. Dr. Birgit Dorner
Prof. Dr. Constanze Giese

Staatliche Akademie der Bildenden Künste

Prof. Dr. Maria Isabel Peña Agu-
ado

Technische Universität

Prof. Dr. Manfred Broy
Prof. Dr. Jutta Roosen

Universität der Bundeswehr

Prof. Dr. Stephan Stetter

Universität

Prof. Dr. Christian Albrecht
Dr. Christian Alexander Braun
Prof. Dr. Martin H. Geyer
Prof. Dr. Eckhardt Hellmuth
Dr. Susanne Krones
Dr. Anna Leuchtweis
Prof. Dr. Eckart Otto
Prof. Dr. Berthold Rittberger
Prof. Dr. Ulrich Schroth
Prof. Dr. Rudolf Tippelt

Münster

Fachhochschule

Prof. Dr. Bernhard Frevel

Universität

Prof. Dr. Christian Blodau
Prof. Dr. Peter Burg
Prof. Dr. Siegfried Echterhoff
Dr. Matthias Freise
Prof. Dr. Thomas Großbölting
Prof. Dr. Norbert Schläbitz
Prof. Dr. Manfred Schnecken-
burger
Prof. Dr. Christoph Weischer

Nürtingen

Fachhochschule

Prof. Dr. Willfried Nobel

Oldenburg

Prof. Dr. Ernst Kuper

Universität

Prof. Dr. Gunilla-Friederike Budde

Osnabrück

Universität

Prof. Dr. Wolfgang Junge
Prof. Dr. Helmut Voelzkow

Osnabrück (Bünde)

Dr. Andrea Behrenswerth

Ottobrunn

Prof. Dr. Jürgen Gebhardt

Paderborn

Universität-Gesamthochschule

Dr. Dirk Prior

Passau

Prof. Dr. Rudolf Emons
Prof. Dr. Klaus P. Hansen

Universität

Prof. Dr. Guido Pollak

Potsdam

Staatssekretär Prof. Dr.
Wolfgang Schroeder

Universität

Prof. Dr. Werner Jann
Prof. Dr. Andreas Köstler
Prof. Dr. Georg Küpper
Prof. Dr. Thomas von Winter

Ravensburg

Duale Hochschule Baden-Württemberg

Prof. Dr. Ernst Deuer

Regensburg

Fachhochschule

Prof. Dr. Rolf König

Universität

Dr. Sonja Emmerling
Prof. Dr. Thorsten Kingreen
Dr. Andrea König
Prof. Dr. Tonio Walter

Reutlingen

Fachhochschule

Prof. Henning Eichinger
Prof. Dr. Rudolf Kessler

Saarbrücken

Universität

Prof. Dr. Lutz Götze
Prof. Dr. Volker Köllner
Prof. Dr. Lucia Scherzberg
Dr. Magdalena Telus

Sankt Augustin

Fachhochschule Bonn-Rhein-Sieg

Prof. Dr. Hartmut Ihne

Siegen

Universität

Prof. Dr. Gerold Ambrosius
Prof. Dr. Sigrid Baringhorst
Prof. Dr. Gerhard Brunn

Speyer

Hochschule für Verwaltungswissenschaften

Dr. Hannes Kopf

Stralsund

Fachhochschule

Prof. Dr. Jürgen L. Dräger

Stuttgart

Dr. Christine Heinke

Universität

Prof. Dr. Dr. Ulli Arnold
Prof. Dr. Gerd de Bruyn
Prof. Dr. Rudolf Large

Trier

Fachhochschule

Prof. Dr. Thomas Bonart
Prof. Dr. Michael Bottlinger

Universität

Prof. Dr. Laszlo Goerke
Prof. Dr. Reinhard Hendler
Prof. Dr. Uwe Jun
Prof. Dr. Gerhard Robbers
Prof. Dr. Helga Schnabel-Schüle

Tübingen

Prof. Dr. Helmut Goerlich

Universität

Prof. Dr. Thomas Diez
Prof. Dr. Ewald Frie
Prof. Dr. Ottmar Fuchs
Prof. Dr. Klaus Gestwa
Dr. Lars Schneider

Tutzing

Dr. Michael Mayer

Ulm

Universität

Prof. Dr. Birgit Liss

Vechta

Universität

Prof. Dr. Gertrud M. Backes
Prof. Dr. Karl-Heinz Breier

Weingarten

Pädagogische Hochschule

Prof. Dr. Michael Henninger

Wernigerode

Fachhochschule Harz für Wirtschaft und Technik

Prof. Dr. Armin Willingmann

Wiesbaden

Hochschule RheinMain

Prof. Dr. Jiri Sobota

Wildau

Fachhochschule für Technik

Prof. Dr. Marco Althaus

Wismar

Hochschule für Technik und Wirtschaft

Prof. Dr. Andreas Bücken

Witten / Herdecke

Universität

Prof. Dr. Wolfgang H. Arnold

Wuppertal

Bergische Universität

Prof. Dr. Georg Pegels

Prof. Dr. Ute Planert

Prof. Dr. Ronald Schettkat

Prof. Dr. Andreas Schlenkhoff

Prof. Dr. Roy Sommer

Prof. Dr. Paul J.J. Welfens

Würzburg

Fachhochschule

Prof. Dr. Peter Bradl

Prof. Dr. Lutz Frühbrodt

Universität

Prof. Dr. Gisela Müller-Brandeck-
Bocquet

Ausland

Belgien

Dr. Rudolf Mögele

Paul F. Nemitz

Dr. Karsten Rudolph

Dänemark

Prof. Dr. Wolfgang Gerstlberger

Frankreich

Dr. Falk Bretschneider

Großbritannien

Prof. Dr. Holger Afflerbach

Prof. Dr. Andreas Gestrich

Prof. Dr. Benjamin Ziemann

Niederlande

Prof. Dr. Frank Biermann

Dr. Thomas Conzelmann

Prof. Dr. Wolfgang Wagner

Polen

Prof. Dr. Klaus Ziemer

Schweiz

Prof. Dr. Klaus Neumann-Braun

Dr. Karem El-Haschimi

Dr. Sascha Quanz

Prof. Dr. Dr. Gerhard Rogler

Dr. Oliver Thränert

Tschechische Republik

Prof. Dr. Hans Leo Krämer

Anschriften

Stand: Mai 2013

Friedrich-Ebert-Stiftung

Bonn

Postadresse:

53170 Bonn

Haus-/Lieferadresse:

Godesberger Allee 149

53175 Bonn

Telefon 0228 883-0

Telefax 0228 883-9207

Berlin

Hiroshimastraße 17 und 28

10785 Berlin

Telefon 030 26935-6

Telefax 030 26935-9244

presse@fes.de

www.fes.de

Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung

Dr. Anja Kruke

Godesberger Allee 149

53175 Bonn

Telefon 0228 883-9046

(Information Archiv)

0228 883-8007

(Sekretariat)

Telefax 0228 883-9209

archiv.auskunft@fes.de

www.fes.de/archiv

Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung

Jacques Paparo

Godesberger Allee 149

53175 Bonn

Telefon 0228 883-9056

(Information Bibliothek)

Telefax 0228 883-9220

ausleihe@fes.de

fachauskunft@fes.de

fernleihe@fes.de

www.library.fes.de

Karl-Marx-Haus

Karl P. Salm

Brückenstraße 10

54290 Trier

Telefon 0651 97068-0

Telefax 0651 97068-140

info.trier@fes.de

www.fes.de/karl-marx-haus

Abteilung Studienförderung der Friedrich-Ebert-Stiftung

Dr. Beate Bartoldus

Godesberger Allee 149

53175 Bonn

Telefon 0228 883-7902

Telefax 0228 883-9225

www.fes.de/studienfoerderung

AKADEMIEN, REGIONAL- UND LANDESBÜROS:

Baden-Württemberg

Fritz-Erler-Forum

Baden-Württemberg

Dr. Sabine Fandrych

Werastraße 24

70182 Stuttgart

Telefon 0711 248394-3

Telefax 0711 248394-50

info.stuttgart@fes.de

www.fritz-erler-forum.de

Bayern

BayernForum

Katrin Schömann

Prielmayerstraße 3, Elisenhof

80335 München

Telefon 089 515552-40

Telefax 089 515552-44

bayernforum@fes.de

www.bayernforum.de

Regionalbüro Regensburg

Harald Zintl

Richard-Wagner-Straße 5

93055 Regensburg

Telefon 0941 794759

Telefax 0941 795613

regensburg@fes.de

www.fes.de/regensburg

*Akademien in Zusammenarbeit
mit der Friedrich-Ebert-Stiftung*

Gesellschaft für Politische Bildung e. V.

Akademie Frankenwarte

Karl-Heinz Spiegel

Leutfresserweg 81–83

97082 Würzburg

Telefon 0931 80464-0

Telefax 0931 80464-26

info@frankenwarte.de

www.frankenwarte.de

Georg-von-Vollmar-Akademie e. V.

Bildungsstätte Kochel –

Schloss Aspenstein

Roland Eichmann

Am Aspensteinbichl 9–11

82431 Kochel am See

Telefon 08851 78-0

Telefax 08851 78-23

info@vollmar-akademie.de

www.vollmar-akademie.de

Brandenburg

Landesbüro Brandenburg

Eugen Meckel
Hermann-Elflein-Straße 30/31
14467 Potsdam
Telefon 0331 292555
Telefax 0331 2803356
potsdam@fes.de
www.fes.de/potsdam

Bremen, Hamburg, Schleswig-Holstein

Julius-Leber-Forum Büro für die Bundesländer Bremen, Hamburg, Schleswig-Holstein

Dr. Peter Hurrelbrink
Rathausmarkt 5
20095 Hamburg
Telefon 040 325874-0
Telefax 040 325874-30
hamburg@fes.de
www.fes.de/hamburg

Hessen

Landesbüro Hessen

Nicole Nestler
Marktstraße 10
65183 Wiesbaden
Telefon 0611 341415-0
Telefax 0611 341415-29
landesbuero.hessen@fes.de
www.fes.de/hessen

Mecklenburg-Vorpommern

Landesbüro Mecklenburg-Vorpommern

Jürgen Peters
Arsenalstraße 8
19053 Schwerin
Telefon 0385 5125-96
Telefax 0385 5125-95
info.schwerin@fes.de
www.fes.de/schwerin

Niedersachsen

Landesbüro Niedersachsen

Urban Überschär
Theaterstraße 3
30159 Hannover
Telefon 0511 357708-30
Telefax 0511 357708-40
niedersachsen@fes.de
www.fes.de/niedersachsen

Nordrhein-Westfalen

Kurt-Schumacher-Akademie

Rainer Gries
Willy-Brandt-Straße 19
53902 Bad Münstereifel
Telefon 02253 9212-0
Telefax 02253 8091
munstereifel@fes.de
www.kurt-schumacher-akademie.de

Rheinland-Pfalz

Landesbüro Rheinland-Pfalz

Dr. Martin Gräfe
Große Bleiche 18–20
55116 Mainz
Telefon 06131 96067-0
Telefax 06131 96067-66
mainz@fes.de
www.fes.de/mainz

Sachsen

Landesbüro Sachsen

Matthias Eisel
Burgstraße 25
04109 Leipzig
Telefon 0341 960-2431
Telefax 0341 960-5091
lpzmail@fes.de
www.fes.de/leipzig

Außenstelle Dresden

Christoph Wielepp
Obergraben 17a
01097 Dresden
Telefon 0351 80468-03
Telefax 0351 80468-05
drnmail@fes.de
www.fes.de/dresden

Sachsen-Anhalt

Landesbüro Sachsen-Anhalt

Astrid Becker
Otto-von-Guericke-Straße 65
39104 Magdeburg
Telefon 0391 56876-0
Telefax 0391 56876-15
info.magdeburg@fes.de
www.fes.de/magdeburg

Thüringen

Landesbüro Thüringen

Dr. Paul Pasch
Nonnengasse 11
99084 Erfurt
Telefon 0361 59802-0
Telefax 0361 59802-10
info.erfurt@fes.de
www.fes-thueringen.de

Geschichte History

1925

Sozialdemokrat Friedrich Ebert, erster demokratisch gewählter Reichspräsident der ersten deutschen Republik, stirbt am 28. Februar im Alter von 54 Jahren.

The Social Democrat Friedrich Ebert, the first democratically elected president of the first German Republic, dies on February 28th at the age of 54.

1925

Am 2. März wird die Friedrich-Ebert-Stiftung gegründet. Sie soll im Sinne Eberts der politischen Bildung von Menschen aller Schichten im demokratischen Geiste, der Unterstützung begabter junger Menschen und der Förderung des Verständnisses zwischen Deutschland und anderen Ländern dienen.

On March 2nd the Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) is founded. Its purpose is, in the spirit of Friedrich Ebert, to further the political education of all Germans, regardless of their class, toward democracy, to support financially talented young students, and to promote a better understanding between Germany and other countries.

1933

Verbot durch die Nationalsozialisten
Prohibited by the National Socialists

1946

Wiederbegründung der Friedrich-Ebert-Stiftung
The FES is refounded.

1956

Eröffnung der ersten Heimvolkshochschule der Friedrich-Ebert-Stiftung zur politischen Bildung

The FES's first adult political education center with boarding facilities is opened

1963

Aufbau der durch das BMZ geförderten Entwicklungszusammenarbeit

The development cooperation program is launched, financed by the Federal Ministry for Economic Cooperation and Development.

1969

Eröffnung des Archivs der sozialen Demokratie und der Bibliothek in Bonn

The Archive of Social Democracy and the FES Library are opened in Bonn.

1990

Aufbau der Vertretungen in den neuen Bundesländern und den Staaten Mittel- und Osteuropas

FES offices in the new federal states and in the countries of Middle and Eastern Europe are established

1999

Eröffnung eines Konferenz- und Tagungszentrums in Berlin.

A new conference center is opened in Berlin.

Heute

ist die Friedrich-Ebert-Stiftung als die älteste politische Stiftung Deutschlands eine private, gemeinnützige, kulturelle Institution, die den Ideen und Grundwerten der Sozialen Demokratie verpflichtet ist.

The Friedrich-Ebert-Stiftung – the first political foundation in Germany – is a private, non-profit cultural institution committed to the ideals and values of Social Democracy.

